

Forschungspraktikum SoSe 2004

Univ.Prof. Dr. Eva Kreisky
Mag. Saskia Stachowitsch

„Kriege im 21. Jahrhundert“

Irak Kriegsgründe

Cambring Caroline
Elyas Elamin
Klug Wolfgang
Komarica Amina
Lazarevski-Poklar Elena
Spendim Odza
Tögel Simone
Tschank Christian

Inhaltsangabe

Einleitung:	4
2.1.1. Die Massenvernichtungswaffen, UNO und IAEO.	7
2.1.1.1. Die Massenvernichtungswaffen.	7
2.1.1.2. Einleitung.	7
2.1.1.3. Begriffsklärung.	7
2.1.1.4. Irakische Massenvernichtungswaffenprogramme.	12
2.1.1.5. Einsatz von chemischen und biologischen Waffen.	14
2.1.1.6. UNO-Resolutionen zum Irak	16
2.1.1.6.1. Die Charta der Vereinten Nationen von 1945: Grundlage für das Völkerrecht...	16
2.1.1.6.2. UN-Charta Kapitel VII, Artikel 42.	16
2.1.1.6.3. UN-Charta Kapitel VII, Artikel 51.	17
2.1.1.6.4. Der UN-Sicherheitsrat.	17
2.1.1.7. Waffeninspektoren im Irak.	22
2.1.1.7.1. Internationale Atomenergiebehörde (IAEO).	22
2.1.1.7.2. Die Mission der Waffeninspektoren von UNSCOM und IAEO im Irak.	22
2.1.1.7.3. Die UNO-Waffenkontrollkommission UNMOVIC.	23
2.1.1.7.4. Die Arbeit der Rüstungsinspektoren.	24
2.1.1.8. Terrorismus.	24
2.1.1.8.1. Definition von Terrorismus.	25
2.1.1.8.2. Terror und Terrorismus.	25
2.1.1.8.3. Kampf gegen den Terrorismus.	26
2.1.1.8.4. Saddams Regierung und Al-Qa'ida.	28
2.1.1.9. Die Internationale Sicherheit.	32
2.1.1.9.1. Die UNO, die Irak-Kontroverse und das Prinzip kollektiver Aktion.	34
2.1.1.9.1. Quo vadis UNO?	35
2.1.1.9.2. Zum Spannungsverhältnis zwischen Völkerrecht und politischer Praxis.	36
2.1.1.9.3. Die Weltsicherheit vor und nach dem 11. September 2001.	40
2.1.1.9.4. Die Welt vor dem 11. September.	41
2.1.1.9.5. Die Weltsicherheit nach dem 11. September 2001.	42
2.1.1.10. Schlussbemerkung.	43
Bibliographie.	45
2.1.2. Der Irak-Krieg – Rechtfertigungen, Interessen, Ursachen.	47
2.1.2.1. Einleitung.	47
2.1.2.1.1. Forschungsfragen, Hypothesen, Theoretische Konzeption.	48
2.1.2.2. Der Regimewechsel in Bagdad – die militärische Option.	49
2.1.2.2.1. Die Kriegsrechtfertigungsargumente des amerikanischen Präsidenten.	49
2.1.2.2.2. Der Sturz des Despoten – Von langer Hand geplant?	54
2.1.2.2.3. Das „Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert“ – Idealismus oder Imperialismus?	56
2.1.2.3. Strategische und geopolitische Interessen der USA in der Nahost-Region.	59
2.1.2.3.1. Die geopolitische Bedeutung des Nahen- und Mittleren Osten	60
2.1.2.3.2. Nahost-Konflikt und Existenzrecht Israels.	62
2.1.2.3.3. Neuordnung des Nahen Ostens aus der Sicht der USA.	64
2.1.2.3.4. Partnerschaft Israels mit den USA - eine Special Relationship?	65
2.1.2.4. Der Irak-Krieg als ökonomisches Motiv der USA?	68
2.1.2.4.1. Die Bedeutung der irakischen Ölressourcen für eine mittel- bis langfristige Energiesicherungspolitik der USA in der Region.	68

2.1.2.4.3. Amerikanische Konzerne als Profiteure eines zerstörten Iraks und die personellen Verflechtungen der Bush-Administration zur Industrie.....	73
2.1.2.5. Konklusion.....	76
Bibliographie.....	78
2.1.3. IRAK im ersten Jahr ohne Saddam Hussein.....	84
2.1.3.1. Vorwort	84
2.1.3.2. Einleitung.....	85
2.1.3.3. Kurze geschichtliche Einführung und besondere Relevanz des Themas.....	85
2.1.3.4. Forschungsfrage und Untersuchungsgegenstand.....	88
2.1.3.4.1. Hypothese.....	88
2.1.3.5. Theoriebasis	89
2.1.3.5.1. Klärung der Zentralen Begriffe: Transformation, Demokratisierung, Nation und Staat	89
2.1.3.5.2. Theorieansatz: Nation-Building in gescheiterten bzw. zerfallenen Staaten (failed bzw. collapsed states).....	91
2.1.3.6. Methode	96
2.1.3.7. Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse nach dem offiziellen Kriegsende am 1. Mai 2003 bis zur Regierungsübergabe am 28.Juni 2004	97
2.1.3.8. Situation vor Ort.....	98
2.1.3.8.1. Ausgangslage für Versuch des nation building im Irak.....	98
2.1.3.8.2. Versuch von nation building durch die USA.....	101
2.1.3.8.3. Warum stießen die US-Pläne von Seiten der irakischen Bevölkerung bisher oft auf massive Ablehnung?.....	104
2.1.3.9. Die politische und ethnische Struktur des Irak.....	106
2.1.3.10 Die grundlegenden Elemente des Nation-building.....	106
2.1.3.10.1 Das grundlegende Element Sicherheit.....	108
2.1.3.11. Konklusion.....	111
Bibliographie.....	112

Einleitung:

Unsere Gruppe untersucht in dieser Forschungsarbeit die Ursachen die zum Ausbruch des Irakkrieges 2003 geführt haben. Da wir eine Gruppe von neun Personen sind, haben wir uns für eine Arbeitsteilung entschieden, die in drei Kleingruppen durchgeführt wurde. Jede Kleingruppe behandelt ein Schwerpunktthema. Während sich die erste Kleingruppe der Forschungsfrage „Ist der Irakkrieg ein Präventivkrieg?“ widmet, setzt sich die zweite Kleingruppe mit den offiziellen Kriegsgründen „Massenvernichtungswaffen und Gefährdung der internationalen Sicherheit“ auseinander. Die dritte Kleingruppe analysiert das erste Jahr des Transformationsprozesses im Nachkriegsirak und beschäftigt sich in der Folge mit den Zielsetzungen und Problemen dieses Prozesses. Jeder dieser drei Teile ist mit einer eigenen Einleitung und Conclusio versehen, am Ende jedes Teiles ist die entsprechende Literaturliste angelegt. Trotz der Arbeitsteilung ist dieser Forschungsbericht inhaltlich als Ganzes zu sehen.

I. TEIL: Massenvernichtungswaffen und internationale Sicherheit

1. Einleitung

1.1. Zentrale Fragen

1.2. Thesen

1.3. Theoretischer Ansatz

1.4. Methoden

2. Massenvernichtungswaffen

2.1. UNO-Resolutionen zum Irak

2.2. IAEA (Tätigkeit - Ziel)

2.3. Waffeninspektoren

3. Terrorismus

3.1. Definition

3.2. Geschichte und Entwicklung

3.3. Terror - Irak (Die Verbindungen zwischen Irak und die Terroristen)

4. Internationale Sicherheit

4.1. Definition

4.2. UNO(Sicherheitsrat-Völkerrecht)

4.3. Die Weltsicherheit vor und nach dem 11. September 2001

5. Konklusion

II. TEIL: Der Irakkrieg als Präventivkrieg?

1. Einleitung

2. Der Regimewechsel in Bagdad – Die militärische Option

2.1. Die Kriegsargumente des amerikanischen Präsidenten

2.2. Der Sturz des Despoten – Von langer Hand geplant?

2.3 Präventive Militärschläge – Ein probates Mittel für (irakische) Diktatoren?

3. Geopolitische Motive

3.1. Domino-Theorie – Politische Neuordnung des Nahen Ostens?

3.2. USA und Israel

3.3. USA und Saudi-Arabien

4. Ökonomische Motive

4.1. Der „Faktor“ Öl

4.2. Die OPEC und die USA

4.3. Die kommerzielle Seite des Krieges – Halliburton & Co.

5. Konklusion

III. TEIL: Ein Jahr Transformationsprozess im Irak – ein Rückblick

1. Einleitung

2. Theoretische Gliederung:

2.1. Klärung der Zentralen Begriffe: Transformation, Demokratisierung/ Demokratisierungspolitik, Nation

2.2. Theorieansatz: Nation Building/ Demokratisierung von außen

- 3. Kurze geschichtliche Einführung und besondere Relevanz des Themas**
- 4. Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse nach dem offiziellen Kriegsende (1. Mai 2003) bis zur Übergabe der Regierungsgeschäfte (30. Juni 2004)**
- 5. US- Ziele des irakischen Transformationsprozess:**
- 6. Für den Transformationsprozess wesentliche Faktoren**
 - 6.1. Innere Sicherheit/ Stabilität**
 - 6.2. Parteienlandschaft/ ethnische Gruppen/ Politische Kultur**
 - 6.3. Internationale Organisationen**
 - 6.4. Legitimität der (neuen) Eliten**
 - 6.5. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung**
- 7. Konklusion**

2.1.1. Die Massenvernichtungswaffen, UNO und IAE0

2.1.1.1. Die Massenvernichtungswaffen

Verfasserin: Magdalena Skrzypczyk

2.1.1.2. Einleitung

Am Anfang des 21. Jahrhunderts stellt die Bedrohung der internationalen Sicherheit und Stabilität durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen ein breites Problemfeld der internationalen Politik dar. Trotz Ende des Kalten Krieges, und dem daraus resultierenden Strukturwandel der internationalen Beziehungen hat sich vor allem durch den 11. September 2001 das Phänomen einer allgegenwärtigen „Bedrohung“ weiter verstärkt. Die Ungleichheit von Entwicklung, Globalisierung von Interessen immer größerer Anzahl von Staaten, die Internationalisierung der Weltkulturwerte wirken auf die Sicherheit des internationalen Systems ein. Diese Impulse kommen im Wachsen einer definierten Bedrohung zum Vorschein.

Der Irak bleibt, sowohl in Hinsicht auf die seit Jahrzehnten durchgeführten Programme zur Beschaffung von Massenvernichtungswaffen, als auch in Folge von Anwendung chemischer Waffen während des Krieges mit dem Iran und der Pazifikation von Kurden, im Mittelpunkt der Maßnahmen gegen Proliferation der internationalen Gesellschaft.

2.1.1.3. Begriffsklärung

Unter Massenvernichtungswaffen werden traditionell Kernwaffen, biologische Waffen (einschließlich Toxinwaffen) sowie chemische Waffen verstanden. Diese Unterscheidung ist nicht unproblematisch, da Chemiewaffen bei weitem nicht das gleiche Potential der „Massenvernichtung“ haben wie Kernwaffen oder Biologische Waffen und es mittlerweile neue Waffensysteme gibt, deren Wirkung an die von Massenvernichtungswaffen herankommt.

Kernwaffen sind Waffen, bei denen die Explosionswirkung entweder zur Kernspaltung oder zur Kernverschmelzung (Fusionswaffen) für militärische Zwecke genutzt wird.

Chemische Waffen sind solche, bei denen überwiegend die toxischen (sowie erstickenden, reizerregenden, lähmenden oder die menschliche Psyche verändernden) Eigenschaften synthetischer Verbindungen für Zwecke der Kriegführung genutzt werden. Eine Liste der relevanten toxischen Chemikalien und Vorprodukte ist im Chemischen Annex des

Übereinkommens zum Verbot des Besitzes und der Herstellung von Chemiewaffen (CWÜ) enthalten. Zu den Chemischen Waffen werden auch Herbizide und Tränengase gerechnet, wenn diese zur Kriegsführung genutzt werden. Es gibt zwei internationale Legaldefinitionen für Chemische Waffen: Zum einen die in Artikel II des Übereinkommens zum Verbot Chemischer Waffen CWÜ niedergelegte, ausschließlich auf Toxizität basierende Definition (die heute als die weltweit akzeptierte gilt). Zum anderen die in Anlage II zum Artikel 1 des Protokolls III zum Brüssler Vertrag vom 23. 10. 1954 niedergeschriebene Definition, die weiter geht, und nicht nur Toxizität als Kriterium hat. Diese Definition ist weitgehend hinfällig geworden. Die bekanntesten chemischen Waffen¹ sind:

Senfgas ("Mustard" im englischen Sprachgebrauch) ist einer der Trivialnamen für das Hautgift 2,2'-Dichlor-diethylsulfid. Der Name "Senfgas" stammt vom typischen Geruch des nicht hoch gereinigten Produktes nach Senf oder Knoblauch.

Das technische Yperit ist eine bräunliche, ölige Flüssigkeit, die sich kaum im Wasser löst und stark nach Knoblauch, Senf oder Gummi riecht. Destilliertes Yperit ist praktisch geruchlos. Es löst sich gut in Ölen, Fetten, und organischen Lösungsmitteln (Alkohol, Aceton, Ether) auf. Überdies zeichnet sich Yperit durch ein gutes Durchdringungsvermögen durch Kleider, Schuhe und andere Materialien aus.

Im Irak wurden nach dem 2. Golfkrieg unter der Aufsicht der UNSCOM bis 1998 einige Hundert Tonnen Yperit - teilweise munitioniert - vernichtet. Es ist Aufgabe der UNMOVIC herauszufinden, ob es dem irakischen Regime gelungen ist, weitere Vorräte an chemischen Kampfstoffen dem Zugriff der UNSCOM zu entziehen oder neue Chemiewaffen zu produzieren. In Indien und in Südkorea ist die Vernichtung der Vorräte von einigen Hundert Tonnen Yperit gegenwärtig im Gang. Es sind bisher keine Fälle bekannt, in denen Yperit für Terrorzwecke eingesetzt wurde. Flüssiges Yperit und seine Dämpfe stellen eine extreme Gefährdung dar. Dämpfe führen zu vorübergehender, selten zu dauernder Erblindung und zur Entzündung des ganzen Atemtraktes. Beim Einatmen von gasförmigem Yperit entstehen schwere Entzündungen im ganzen Atmungstrakt mit Zerstörung der Schleimhäute. In den Luftwegen treten Blutungen und Eiterherde auf. Die dauernd massiv erschwerte Atmung bewirkt rasch eine Überdehnung der Lungen (Lungenemphysem). Das Hautgift bleibt lange wirksam und zeichnet sich durch ein sehr gutes Ein- und Durchdringungsvermögen bei Textilien, Leder, Plastik und anderen Materialien aus. Es eignet sich zum nachhaltigen Vergiften von Gelände und Material von Fliegerbomben, Artillerie, Raketen und Minen. Yperit kann das Passieren von vergifteten Abschnitten langfristig erschweren bis verhindern.

¹ Durdys P., Pascholski P., bron masowego razenia Iraku-ocena i ewolucja zagrozenia, Warszawa 2002. S.62.

Sarin ist eines der drei "klassischen" Nervengifte Tabun, Sarin und Soman, welche vor und während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland entwickelt worden sind. Sarin wurde zwar bis in die 60er Jahre in großen Mengen, d.h. Tausenden von Tonnen zur Herstellung von chemischen Waffen durch die Großmächte in Ost und West produziert, es sind aber keine Einsätze größeren Ausmaßes bekannt.

Neuere Entwicklungen vor dem Ende des Kalten Krieges zielten darauf ab, so genannte binäre Sarin-Munition für die Artillerie zu entwickeln. In diesen Geschossen wird das Nervengift erst nach dem Abschuss der Granate oder Rakete aus relativ ungefährlichen Ausgangsstoffen gebildet. Nach dem Golfkrieg haben Inspektionen im Irak ergeben, dass dort einige hundert Tonnen Nervengift produziert worden sind.

Die neue C-Waffen-Konvention verlangt, dass die Vorräte an chemischen Waffen innerhalb von 10 Jahren nach Inkraftsetzung kontrolliert und vernichtet werden müsse. Überdies sieht sie ein internationales Inspektionsregime vor, das die deklarierte Produktion von kritischen Chemikalien (mögliche Ausgangsstoffe für chemische Kampfstoffe) überwacht. Sarin kann gasförmig über die Atemwege und die Augen oder flüssig durch die Haut in den Körper gelangen. Es blockiert die Acetylcholinesterase, ein Enzym, das in der Übertragung von Nervenreizen zwischen zwei aufeinander folgenden Nervenzellen eine wichtige Rolle spielt. Sarin ist einer der gefährlichsten chemischen Kampfstoffe, die zu Waffenzwecken hergestellt worden sind. Es sind noch über mindestens zehn Jahre Tausende von Tonnen an verschiedenen Orten unter wahrscheinlich unterschiedlich sicheren Bedingungen gelagert. Über eine aktuelle Produktion in grösserem Maßstab ist nichts bekannt. Auch für die Herstellung von kleinen Mengen (bis kg) ist eine gute Laboreinrichtung mit entsprechendem Sicherheitsstandard unerlässlich. Überdies ist es nicht einfach, über den Chemikalienhandel an die Schlüsselausgangsstoffe zu kommen. Deren eigene Herstellung ist aufwendig.²

VX ist eine organische Phosphorverbindung und gehört als Nervengift zu den giftigsten chemischen Kampfstoffen. Bei der Suche nach einem Ersatz für das Pestizid DDT stießen britische Forscher 1952 auf die Substanz VX, welche unmittelbar toxisch für Insekten wie für Säuger wirkte. Die Technologie zur Herstellung von VX wurde vorerst in Großbritannien, später nur noch in den USA entwickelt. Ab 1955 bereitete die damalige Sowjetunion eine eigene Version eines so genannten V-Stoffes von ähnlicher chemischer Struktur für die militärische Anwendung vor. Die USA verfügten über Spraytanks und Bomben für VX. Weitere mögliche Einsatzmittel sind Artillerieraketen oder Minen.

Der Irak hat nach dem zweiten Golfkrieg 1990 deklariert, Forschungsarbeiten zur Herstellung von VX betrieben zu haben. Die gegenwärtige Mission der UNMOVIC-Inspektoren soll

² <http://www.emedicine.com/emerg/topic889.htm>

aufklären, ob diese zur Produktion des Nervengiftes geführt haben. Es sind bisher keine Fälle bekannt, in denen V-Stoffe für Kriegs- oder Terrorzwecke eingesetzt wurden.

Tabun gehört zu den so genannten G-Stoffen (G von Germany) und wurde 1936 von dem deutschen Wissenschaftler Gerhard Schrader von den IG-Farben entdeckt und ab dem Jahr 1942 industriell hergestellt. Es ist das älteste der drei damals entwickelten Nervenkampfstoffe (Tabun, Sarin und Soman). Nach dem Krieg wurden zigtausend Tonnen dieses G-chemischen Kampfstoffs u. a. von den USA und Großbritannien in Granaten und Bomben abgefüllt und auf ihren Territorien gelagert. In der damaligen Sowjetunion spielte das Tabun aber eine eher geringere Rolle, dort wurde mehr auf das Soman gesetzt. Ein Einsatz dieser Kampfstoffe erfolgte durch die genannten Staaten jedoch nicht. Tabun kann im gasförmigen Zustand über die Atemwege und die Haut und in flüssigem Zustand vor allem über die Haut in den menschlichen Organismus gelangen. Die Latenzzeit, also die Zeit bis zum ersten Erkennen bzw. Auftreten von Symptomen, beträgt bei Aufnahme über die Atemwege nur wenige Minuten, bei der Aufnahme durch die Haut bis zu 30 Minuten.³

Biologische Waffen sind Waffen, die lebende Krankheitserreger zum Zwecke der Kriegsführung ausbringen, um Menschen, Tiere oder die Umwelt zu schädigen. Toxinwaffen enthalten toxische Substanzen organischen Ursprungs, die für Zwecke der Kriegsführung verwendet werden. Für Biologische Waffen und für Toxinwaffen gibt es mit Ausnahme einer WEU-Definition von 1954 keine international akzeptierte Legaldefinition(2). Das BWÜ vermeidet eine Definition.⁴

Botulismus(Toxine vom Erreger, *Clostridium botulinum*). Es gibt verschiedene, so genannte natürliche Formen des Botulismus: Aufnahme über Nahrungsmittel, Wunden. Eine weitere, künstliche Form des Botulismus erscheint in Form von Staub (Aerosol) der Botulinum-Toxine, der so genannte Inhalationsbotulismus. Alle Formen des Botulismus resultieren durch die Aufnahme von Toxinen in den Körper. Sie dringen nicht über die Haut in den Körper ein. Botulinum-Toxin ist das derzeit giftigste Toxin und findet in kleinstmengen in der Medizin Anwendung (Augenoperationen). Botulismus wird nicht von Mensch zu Mensch übertragen. *Botulismus als B-Kampfstoff*: Vor allem die vierte Form des Botulismus, die Inhalation von Toxinen ist in diesem Zusammenhang relevant. Sie wäre vor allem durch eine große Anzahl auftretender Fälle zu erkennen, die eine zeitliche und örtliche Exposition gemeinsam haben, bei gleichzeitigem Fehlen von Gemeinsamkeiten wie Nahrungsmittelexposition.

³ <http://www.emedicine.com/emerg/topic889.htm>

⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/Massenvernichtungswaffen>

Anthrax: *Toxine vom Erreger Bacillus anthracis (Milzbranderreger)* ist eine akute Infektionskrankheit, die durch das sporenbildende Bakterium *Bacillus anthracis* verursacht wird. Die Wirkung beruht auf Toxinen (giftigen Stoffen), die das Bakterium bildet. Anthrax ist weltweit verbreitet und kommt vor allem in landwirtschaftlichen Gebieten mit Viehnutzung vor.

Anthrax als B-Kampfstoff: Anthrax ist der Klassiker unter den als Biowaffen gehandelten Krankheitserregern und steht auf der Prioritätsliste der USA zuoberst. Das amerikanische Verteidigungsministerium impft damit sein militärisches Personal vor Einsatz in Konfliktgebiete. Epidemiologische und diagnostische Laborkapazitäten und Technologien werden weltweit aufgebaut und verstärkt, um Anthrax im Falle von Bioterrorismus künftig noch schneller zu diagnostizieren und noch besser zu therapieren.

Aflatoxine gehören zur Gruppe der so genannten Mykotoxine. Sie sind natürliche Stoffwechselprodukte von Schimmelpilzen, welche bei Menschen und Tieren eine toxische Wirkung verursachen kann. Aflatoxine werden ausschließlich von bestimmten Schimmelpilz-Stämmen von *Aspergillus flavus* und *Aspergillus parasiticus* gebildet. Für Europa sind die Aflatoxine "importierte" Toxine. Die Gruppe der Aflatoxine umfasst mehr als 20 verschiedene Toxine, doch treten als Kontaminanten von pflanzlichen Lebensmitteln vor allem Aflatoxin B1 auf.

Aflatoxine als B-Kampfstoff: Die Bedeutung von Aflatoxinen für militärische Anwendungen ist ziemlich unklar. Sie besitzen wohl eine akut hepatotoxische Wirkung (Leberschäden/Leberversagen), welche allerdings eine, gemessen an anderen B-Toxinen, höhere Dosis erfordert. Ob die chronische, hepatokanzerogene Wirkung (langfristige Bildung von Lebertumoren) eine Rolle spielt, ist schwierig abzuschätzen. Eine Tatsache ist, dass der Irak Aflatoxine als Teil seines B-Waffenprogrammes deklariert hat. Der genaue Zweck und die Ziele des geplanten Einsatzes von Aflatoxinen als B-Waffen liegen nach wie vor im Dunkeln.⁵

Ricin ist ein Pflanzengift. Die Samen des *Ricinus communis*, L. (dt. Ricinusstrauch oder Wunderbaum, engl. castor bean) aus der Familie der Euphorbiaceae, enthalten etwa 1-2% Ricin. Die subtropische bis tropische Pflanze wird in grossem Massstab, vorwiegend in Indien, Brasilien und China, für die Herstellung von Ricinusöl angebaut. Bei uns findet man sie immer häufiger als prächtige Zierpflanze in den Gärten. Ricin ist eines der stärksten Gifte biologischer Herkunft. Wenige zerkaute Samenkerne wirken tödlich. Die weite Verbreitung der Ricinuspflanze und die einfache Aufbereitung des giftigen Ricins machen es zu einer bevorzugten biologischen Waffe. Ricin war bereits im Zweiten Weltkrieg unter dem Code-

⁵ <http://www.emedicine.com/emerg/topic889.htm>

Namen "W" als Kampfstoff von den Alliierten bereit gestellt, wurde aber nie eingesetzt. Inspektoren der UNSCOM fanden nach dem Golfkrieg im Irak 10 Liter konzentrierte Ricinlösung zum Abfüllen in 155 mm Artilleriegeschosse. Ricin ist in der Liste der verbotenen Stoffe des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) aufgeführt. Heute gilt Ricin immer noch als attraktive Waffe für Terroristen. Anleitungen zur Aufbereitung des Giftes im kleinen Massstab sind in einschlägigen Kreisen bekannt.

Reines, kristallines Ricin ist geruch- und geschmacklos und praktisch nur wasserlöslich. Durch kochendes Wasser wird Ricin inaktiviert. Beim Menschen wirkt weniger als 1 mg Ricin tödlich, wenn das Gift eingeatmet wird. In etwa die gleiche Dosis ist auch bei intravenöser oder intramuskulärer Verabreichung tödlich. Wird das Gift oral aufgenommen, wirken einige wenige mg Ricin tödlich. ⁶

Unter **Raketenwaffen** versteht man sowohl ballistische Raketen (Flugkörper mit einer ballistischen Bahn) wie Marschflugkörper (Cruise Missiles, Flugkörper, die keine ballistische Bahn verfolgen) mit Reichweiten über 50 km.

2.1.1.4. Irakische Massenvernichtungswaffenprogramme

Der Irak begann schon in den siebziger Jahren, mit der Hilfe Frankreichs, ein intensives Programm zur Entwicklung von der Kernenergie zu entwickeln. Der israelische Geheimdienst Mossad erfuhr 1977 von dieser Übermittlung von Kerntechnologie, einschließlich eines kompletten Reaktors, durch die französische Regierung. Das war ein Effekt der Realisierung von der israelischen Operation Babilon, die aus der Kontrolle der Nukleartechnologieentwicklung im Irak bestand. Die Briten und Amerikaner standen auf der Seite von Israel, das seit seiner Entstehung mit dem Irak im Kriegszustand war. Man nahm an, dass der Reaktor für die Herstellung von Plutonium, das bei Neutronenbeschuss von Uran-238, aus dem die Brennstoffelemente gebaut werden, dienen könnte. Die israelische Luftwaffe übernahm das Bombardement des in Al-Tuwejtha (nördlich von Bagdad) gebauten Reaktors. Am 7.06.1981 wurde, trotz Einwände seitens des Mossad Chefs, von der israelischen Luftwaffe um 17:34 Ortszeit der, im Baubefindliche erste Reaktor des Iraks (in Osirak, Tuwejtha), sehr präzise bombardiert. Neun Personen starben und die israelischen Flugzeuge kehrten ohne Schaden zu ihrem Fliegerhorst zurück. Der Irak hatte unter der Herrschaft von Saddam Hussein ein ziemlich großes Produktionspotential an chemischen und biologischen Waffen. Die Maschinen für diese Produktion kaufte man in Europa unter anderem in

⁶ <http://www.emedicine.com/emerg/topic889.htm>

Deutschland. Die Vernichtung des Reaktors 1981 stoppte die Forschungsarbeiten an Nuklearwaffen in Irak nicht.⁷

In den achtziger Jahren verfolgte Mossad sowie die Geheimdienste von anderen westlichen Staaten, weiter die irakische Forschung. Es gelangt ziemlich genau die Verteilung von den irakischen Nuklearanlagen zu erkennen (amerikanische Satelliten: Aufklärung), die Forschung zu überwachen und die Einkäufe von Maschinen und Anlagen, die für die Realisation von Atombomben notwendig sind, zu verfolgen. Die Amerikaner und Briten hatten die Informanten von den Firmen, die diese Anlagen belieferten und von den Banken, in denen die Iraker ihre Kredite hatten.⁸

Der Irak ist seit über dreißig Jahren engagiert in der chemischen und biologischen Waffenforschung. Seine Forschung über chemische Waffen hat 1971 in dem gut bewachten Forschungszentrum in Rashad begonnen, das nordöstlich von Bagdad liegt. Die Forschung verfügte über viele chemische Mittel, einschließlich Senfgas, Chlorgas und Tabun. Später, 1974 wurde dieses Zentrum al-Hasan Ibn al-Haitham genannt. Ende der siebziger Jahre entstand die Staatsfabrik Muthanna, bekannt auch als al-Muthanna. Sie funktionierte unter dem offiziellen Namen Irakische Pestizidfabrik. Die Fabrik al-Muthanna wurde von den drei separaten Magazinen und Fabriken Fallujah 1,2,3, unterstützt, die die Rohstoffe produzierten und nicht weit von Habbaniyah, nordwestlich von Bagdad, liegen.

Der Irak begann die Forschung nach biologischen Waffen in der Mitte der siebziger Jahre. Nach Forschungen im kleinen Maßstab, war das Ziel der Bau des Forschungszentrums und Herstellwerks al-Salman, bekannt auch als Salman Pak. Bis Anfang des Golfkriegs stellte Irak große Menge von chemischen und biologischen Mitteln her. Auf Grund der Deklaration, die die ONZ in den neunziger Jahren vorgestellte, weiß man, dass der Irak seit 1991 (zumindest) folgende Stoffe hergestellte:

19 tausend Liter Botulin; 8,5 tausend Liter Milzbrand; 2,2 tausend Liter Aflatoksinen und Arbeiten an vielen anderen Mitteln führte

2,85 tausend Tonnen Imperyt, 210 Tonnen Tabun, 795 Tonnen Sarin und Cyklosarin, und 3,9 Tonnen VX Gas

Die irakische Kernwaffenforschung wurde unter der Aufsicht der irakischen Atomenergiekommission in den fünfziger Jahren aufgenommen. Im Rahmen der Übereinkunft über Kernforschungskooperation mit den CSSR, die 1959 unterzeichnet wurde, wurde das gebaute Kernforschungszentrum in Tuwautha, mit einem Forschungsreaktor ausgerüstet und wurde das Hauptzentrum der irakischen Kernforschung. Im August 1990 setzte der Irak ein

⁷ <http://www.republika.pl/terror/panstwa.htm>

⁸ Durdys P., Pascholski P., Bron masowego razenia Iraku-ocena i ewolucja zagrozenia, Warszawa 2002.S.63.

Programm in Betrieb, dessen Ziel es war einen Kernsprengkopf pro Jahr zu bauen. Deklariertes Ziel des Iraks war die Herstellung von Sprengköpfen mit 20 Kilotonnen Sprengkraft. Damit wären die Irakischen Sprengköpfe ähnlich den 1945 auf Nagasaki abgeworfenen.

Ballistische Raketen SCUD- mobile Kurzstrecken Raketenabschussvorrichtung, die in den fünfziger Jahren in den CSSR, auf Basis deutscher V-2 Technologie aus dem zweiten Weltkrieg, hergestellt wurden. Vor dem Golfkrieg besaß der Irak sehr gut entwickelte Industrien zur Produktion von ballistischen Raketen. Viele der Raketen die während des Golfkriegs abgeschossen wurden, waren die modernisierte Version der SCUD Raketen, die al-Hussein mit einer größeren Reichweite von bis zu 650 km. Der Irak besaß vor dem Golfkrieg ca.250 gekaufte SCUD Raketen sowie eine unbekannte Zahl von selbstgebaute Triebwerken und Komponenten zum Umbau der SCUD zu einer al-Hussein.⁹

Seit 1999 beobachtete das verbündete Militärkomitee die irakischen Versuche, zur Wiederaufnahme seines Kernwaffenprogramms. Seit dem Abschluss des Irakkriegs, produzierte Irak ganz offen zwei Kurzstrecken Raketentypen bis 150 km, die auf Grund der Resolutionen Nr.687 des UNO Sicherheitsrates zugelassen waren. Der Geheimdienst nimmt an, dass der Irak mindestens 50 solche Raketen produzierte. Weiters nimmt der Geheimdienst an, dass der Irak an der Vergrößerung der Reichweite bis mindestens 200 km arbeitete, was der Sicherheitsresolution Nr. 687. widerspricht.

2.1.1.5. *Einsatz von chemischen und biologischen Waffen¹⁰*

	USA	Irak
Einwohner	256 Millionen	23 Millionen
Staatsform	normalerweise Demokratie; George W. Bush kam allerdings nur durch einen <u>Zählfehler</u> zur Macht.	Diktatur
Massenvernichtungswaffen	ja	bis 1991 ja, seit 1998 wahrscheinlich nicht mehr oder nur noch Reste
Atomwaffen	ja: 7 000 Atomsprengköpfe	Nein

⁹ Durdys P., Pascholski P., Bron masowego razenia Iraku-ocena i ewolucja zagrozenia, Warszawa 2002.S.67.

¹⁰Ebd.,S.68-69.

Chemiewaffen	ja: 30 000 - 50 000 Tonnen	teilweise mit Unterstützung der USA entwickelt; zwischen 1991 und 1998 wahrscheinlich vollständig vernichtet
Biologische Waffen	ja	mit Unterstützung der USA entwickelt; zwischen 1991 und 1998 wahrscheinlich vollständig vernichtet
völkerrechtlich geächtete Waffen	ja: Napalm, Landminen, Streubomben	?
Atomwaffen eingesetzt	ja: 1945 Hiroshima und Nagasaki	nein
Chemiewaffen eingesetzt	ja: Agent Orange in Vietnam	ja: gegen Iran und gegen Kurden
Biologische Waffen eingesetzt	nein	nein
getötete Menschen durch Einsatz von Massenvernichtungswaffen	320 000 bis 370 000 Tote durch Atombombenabwürfe	10 000 bis 50 000 Tote durch Giftgaseinsätze
Gesundheitsschäden durch chemische Kriegsführung	ca. 1 Million Spätschäden durch Entlaubungsmittel, vor allem Missbildungen	wahrscheinlich, aber nicht bekannt
Trägersysteme Kurzstrecken	Zehntausende	380 Al-Samoud 2-Raketen
Trägersysteme Mittelstrecken	Tausende	zwischen 1991 und 1998 wahrscheinlich vollständig vernichtet
Trägersysteme Langstrecken	550 landgestützte Interkontinentalraketen, 18 TRIDENT-U-Boote mit jeweils 24 Interkontinentalraketen, 76 B-52- und 21 B-2 Bomber mit zusammen 6 000 Atomsprengköpfen	keine
Rüstungsetat pro Jahr	343 Milliarden US-\$	1,4 Milliarden US-\$
Bedrohung anderer Länder durch Ersteininsatz von Massenvernichtungswaffen	bis 2002: nein; ab 2002 durch Änderung der 'Sicherheitsdoktrin': ja	?

Zahl der Menschenopfer im Golfkrieg 1991	148 Amerikaner (davon ein Drittel durch eigenen Beschuß)	mehr als 100 000 irakische Soldaten und Zehntausende ziviler Opfer
Zahl der Menschenopfer im Irakkonflikt seit 1991	keine	über anderthalb Millionen Tote, darunter 700 000 Kinder

2.1.1.6. UNO-Resolutionen zum Irak

Verfasser: Elyas Elamin

2.1.1.6.1. Die Charta der Vereinten Nationen von 1945: Grundlage für das Völkerrecht

Die UN-Charta ist eine wesentliche Grundlage für das Völkerrecht. Sie schließt Anwendung von Gewalt grundsätzlich aus, lässt allerdings Ausnahmen zu: Kapitel VII beschreibt "Maßnahmen bei der Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen".

Insbesondere die beiden Artikel 42 und 51 sehen legitimierte Gewaltanwendung vor:

Die Charta der Vereinten Nationen ist die anerkannte Grundlage der Weltordnung und des internationalen Rechts und gilt in der US-amerikanischen Verfassung als das „höchste Gesetz des Landes.“¹¹

In der UN-Charta heißt es, dass „der Sicherheitsrat in jedem einzelnen Fall feststellt, ob der Frieden bedroht ist oder gebrochen wurde oder eine Angriffshandlung vorliegt. Er schlägt vor oder beschließt, welche Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Artikeln 41 und 42 zu ergreifen sind.“ Diese Artikel präzisieren diejenigen „Maßnahmen, die keine Anwendung von Waffengewalt vorsehen“ und erlauben dem Sicherheitsrat, weitergehende Schritte zu veranlassen, falls er gewaltlose Maßnahmen für unzureichend hält.¹²

2.1.1.6.2. UN-Charta Kapitel VII, Artikel 42

„Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. Sie können

¹¹ Noam Chomsky: War against People. Menschenrecht und Schurkenstaaten. Hamburg 2001 (orig. 2000): S. 24

¹² Chomsky 2001: S. 25

Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen.“

2.1.1.6.3. UN-Charta Kapitel VII, Artikel 51

„Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.“

2.1.1.6.4. Der UN-Sicherheitsrat

Der Sicherheitsrat hat 15 Mitglieder: fünf ständige Mitglieder (China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA) und zehn in der Generalversammlung für je zwei Jahre gewählte Mitglieder. Jedes Sicherheitsratsmitglied hat eine Stimme. Eine Wahl ist nur dann gültig, wenn mindestens 9 der 15 Mitglieder abstimmen. Ein Vetorecht haben nur die fünf ständigen Mitglieder.

Die wichtigste Tätigkeit des Sicherheitsrates ist die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit und des Friedens in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Zielsetzungen der Vereinten Nationen.

Der UN-Sicherheitsrat (Security Council)¹³ hat eine Vielzahl von Resolutionen¹⁴ zum Irak-Konflikt beschlossen.

- *Bisherige UNO-Resolutionen zum Irak*

Die in der Diskussion besonders wichtigen Resolutionen sind:

661 (6.8.1990) : Nach der Invasion des Iraks in Kuwait

687 (3.4.1991): Aufforderung zur sofortigen Feuereinstellung

1284 (17.12.1999): Wiederaufnahme der Waffeninspektionen UNMOVIC

1441 (8.11.2002): Verschärftes Inspektionsregime

¹³ www.un.org/Docs/scinfo.htm

¹⁴ Die Resolutionen (englisch) von 1990 bis 2000 sind online abrufbar über die folgende Übersichtsseite bei der FAS (Federation of American Scientists): www.fas.org/news/un/iraq/sres/

2.1.1.6.5. Zusammenfassungen der wichtigeren UNO-Resolutionen zur Irak Resolution 660

(2. August 1990) und Resolution 661 (6. August 1990)

Res. 660: Der Sicherheitsrat verurteilt die irakische Invasion in Kuwait und fordert den sofortigen und bedingungslosen Abzug der irakischen Truppen.

Res. 661: Die UNO beschließt ein Handels- und Finanzembargo gegen den Irak. Nahrungsmittel und Medikamente sind davon ausgenommen.

Noch am Tag der Invasion des irakischen Militärs in Kuwait (2.8.1990) beschließt der UN-Sicherheitsrat einstimmig in der Resolution 660 "den sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller irakischen Streitkräfte aus den von ihnen bezogenen Stellungen". Wenige Tage später (6.8.1990) beschließt der Sicherheitsrat in Resolution 661 gegen die Stimmen Jemens und Kubas ein Handelsembargo gegen Irak.

-Resolution 678 (29. November 1990)

Der Sicherheitsrat setzt dem Irak eine Frist von sechs Wochen für den Rückzug aus Kuwait. Zugleich billigt er "den Einsatz aller notwendigen Mittel" zur Umsetzung von Resolution 660 und zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit in der Region.

-Resolution 685 (31. Jänner. 1991)

betrifft die Beziehungen zwischen Iran und Irak. Die beiden Länder werden aufgefordert, sich um die Sicherheit in der Region bemühen¹⁵.

-Resolution 686 (2. März 1991)

Der Sicherheitsrat fordert vom Irak die Freilassung aller Kriegsgefangenen, die Aufhebung der Annexion Kuwaits, Reparationszahlungen sowie den Verzicht auf "feindselige und provokative Akte".

-Resolution 687 (3. April 1991)

Fünf Wochen nach Vereinbarung einer Feuerpause im Golfkrieg verlangen die Ratsmitglieder die Zerstörung aller ballistischen Raketen sowie aller ABC-Waffen und Waffenanlagen, außerdem ordnet er die Überwachung mittels einer UNO-Spezialkommission (UNSCOM) an. Diese beendet den ersten Krieg der Alliierten gegen den Irak. Unter anderem wird Bagdad die «bedingungslose» Vernichtung aller chemischen und biologischen Waffen und aller ballistischen Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern auferlegt. Zur Überwachung wird die UNO-Kommission für die Abrüstung Iraks (UNSCOM) ins Leben gerufen. Ferner wird die Fortsetzung des Handelsembargos beschlossen. Der Irak soll mit einem Teil seiner zukünftigen Einnahmen aus dem Ölgeschäft für Kriegsschäden aufkommen. Sie lockerte das im August 1990 verhängte Embargo und gestattete wieder die Einfuhr von

¹⁵ UN-Text arabisch (www.un.org)

Lebensmitteln, Medikamenten und Waren für zivile Grundbedürfnisse in den Irak. Der Rest der Sanktionen, ein Embargo, das sich auf alle Lebensbereiche des Staates und seiner Bevölkerung bezog, von wirtschaftlich bis kulturell, blieb bestehen. Seine Aufhebung wurde an die Entwaffnung des Iraks gebunden. Innerhalb von 14 Tagen sollte der Irak eine Darstellung über alle Gegenstände und Anlagen liefern; eine Sonderkommission sollte die Abrüstung des Irak durchführen. Die irakischen Nukleareinrichtungen werden gesondert erwähnt.¹⁶ Die Resolution verlangt konkret die Offenlegung aller Aspekte seiner Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und von ballistischen Flugkörpern mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern, Waffenbestände, Produktionseinrichtungen und Nuklearprogramme. Diesem Anspruch ist der Irak nicht gerecht geworden.¹⁷

-Resolution 688 (5. April 1991)

Der Irak wird aufgefordert, die Unterdrückung der Zivilbevölkerung in großen Teilen des Landes zu unterbinden, insbesondere in den von Kurden besiedelten Gebieten. Ferner soll internationalen Hilfsorganisationen der Zugang gewährt werden.

Die UNO ist besorgt wegen der Unterdrückung der irakischen Zivilgesellschaft auch in den kurdischen Gebieten, die zu Flüchtlingswellen ins Ausland geführt hat. Übergriffe über die internationalen Grenzen hinweg haben die internationale Sicherheit und Frieden bedroht. Der Irak soll dazu beitragen, diese Bedrohung zu beseitigen. Der Irak soll zulassen, dass internationale humanitäre Hilfsorganisationen Zugang zu allen Bedürftigen erhalten.¹⁸

-Resolution 707 (15. August 1991)

Dem Irak wird vorgeworfen, gegen die Resolution 687 verstoßen zu haben. Der Sicherheitsrat verpflichtet Bagdad erneut zur Offenlegung seiner Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Flugkörpern mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern sowie aller seiner Bestände derartiger Waffen. Die Resolution verlangt, dass den Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sofortiger, bedingungsloser und uneingeschränkter Zugang zu allen Gebieten gewährt wird.

Darin verlangt der Sicherheitsrat, dass der Irak «der UNSCOM, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und ihren Inspektionsgruppen unverzüglich unbedingten und uneingeschränkten Zugang zu allen Gebieten, Einrichtungen, Ausrüstungsgegenständen, Dokumenten und Transportmitteln gestattet, die sie überprüfen wollen.» Gegen diese Resolution verstößt der Irak verschiedentlich, etwa durch die Weigerung, den Kontrolleuren Flüge mit Helikoptern und anderen Flugzeugen zu gestatten.

-Resolution 715 (11. Oktober 1991)

¹⁶ Gudrun Harrer: *Kriegs-Gründe. Versuch über den Irak-Krieg*. Wien 2003: S. 19.

¹⁷ Res. 1441

¹⁸ UN-Text arabisch

Mit dieser Resolution wird die irakische Rüstungsindustrie unter Dauerkontrolle gestellt. Der UNO-Sicherheitsrat will sicherstellen, dass diese keine atomaren, biologischen oder chemischen Waffen mehr herstellen kann. Mit der Überwachung wird die UNSCOM betraut. Erst im November 1993 erklärt sich Irak zur vollständigen Erfüllung dieser Auflagen bereit. Angesichts der irakischen Behinderung der Arbeit der UNSCOM-Kontrolleure fordern die UNO-Resolutionen 1060, 1115 und 1134 von 1996 und 1997 den freien Zugang dieser Kontrolleure zu sämtlichen Militäranlagen und drohen mit Sanktionen.

-Resolution 986 (14. April 1995)

Der Irak erhält die eingeschränkte Erlaubnis, seine Erdölexporte unter Aufsicht der UNO wieder aufzunehmen. Das UNO-Programm *Öl für Lebensmittel* soll der Not leidenden irakischen Zivilbevölkerung helfen.

-Resolution 1051 (27. März 1996)

Die Reporte der IAEA werden ab jetzt halbjährlich eingereicht. Bis jetzt hat es 13 dieser Reporte gegeben.¹⁹

-Resolution 1154 (1998)

Darin werden der irakischen Führung «schwerste Konsequenzen» angedroht, falls sie gegen das von UNO-Generalsekretär Kofi Annan und dem irakischen Ministerpräsidenten Tarik Aziz am 23. Februar 1998 in Bagdad unterzeichnete Abkommen über Rüstungskontrollen verstoßen sollte. In diesem Abkommen erklärte sich der Irak zur vollen Zusammenarbeit mit der UNSCOM bereit. Unter anderem wurde die Kontrolle verschiedener Paläste und Präsidialresidenzen vereinbart.

Ende Oktober 1998 beendet der Irak die Zusammenarbeit mit der UNSCOM und weist die Kontrolleure aus. Der Sicherheitsrat fordert daraufhin in der Resolution 1205 vom 5. Nov. 1998 den Irak zur sofortigen und bedingungslosen Rücknahme dieser Maßnahme auf. Zur Durchsetzung der Forderungen führen die USA und Großbritannien Mitte Dezember 1998 die «Operation Wüstenfuchs» mit Luftangriffen auf den Irak durch.

-Resolution 1205 (5. November 1998)

Der Sicherheitsrat verurteilt die Haltung der irakischen Regierung gegenüber den UNO-Waffeninspektoren. Die Mitglieder verlangen eine sofortige Kooperation mit den Rüstungskontrolleuren.

-Resolution 1284 (17. Dezember 1999)

bestätigt das Mandat der UNSCOM, die jedoch durch das UNMOVIC ersetzt wird.²⁰

¹⁹ www.iaea.org/

²⁰ www.iaea.org/worldatom/Programmes/ActionTeam/index.html

Der Weltsicherheitsrat stimmt für die Wiederaufnahme der seit einem Jahr unterbrochenen Rüstungsinspektionen und gründet die Abrüstungskommission UNMOVIC.

Eine neue UNO-Kommission zur Kontrolle des irakischen Waffenarsenals, die UNMOVIC wird ins Leben gerufen, die die Arbeit der UNSCOM fortführen soll. Die Kommission soll ein Kontrollsystem einrichten, das die Wiederaufrüstung des Iraks dauerhaft verhindert, und dem Sicherheitsrat alle drei Monate Bericht erstatten. Die Resolution bietet Bagdad gleichzeitig die Aussicht auf eine Aussetzung der Wirtschaftssanktionen an. Der Irak will sie aber nicht anerkennen.

-Resolution 1409 (14. Mai 2002)

zum Irak-Embargo. Exportanträge für "zivile" Waren sollen ohne Beanstandung stattgegeben werden. Das 1995 eingeführte "Oil for Food" Programm wurde durch die UN-Resolution 1409 modifiziert, um den Irakhandel zu vereinfachen

Der Sicherheitsrat beschließt einstimmig, die Einfuhr ziviler Güter in den Irak zu erleichtern. Dafür soll das Rüstungsembargo aber verschärft werden. Mit Ausnahme von Telekommunikations- und Informationstechnologie dürfen alle zivilen Güter in den Irak exportiert werden.

-Resolution 1441 (8. November 2002)

Der Sicherheitsrat fordert den Irak eindringlich zur Abrüstung und zur Zusammenarbeit mit den Waffeninspektoren der Vereinten Nationen auf.

Der Irak hatte nicht mit den Waffeninspektoren der UNSCOM und der IAEO kooperiert. Seit Dezember 1998 hatte die internationale Überwachung, Inspektion und Verifikation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Flugkörpern nicht mehr stattgefunden. Binnen 30 Tagen soll die Regierung des Iraks eine „vollständige und umfassende Erklärung aller Aspekte seiner Programme zur Entwicklung chemischer, biologischer und nuklearer Waffen, ballistischer Flugkörper und anderer Trägersysteme wie unbemannter Luftfahrzeuge und für den Einsatz mit Luftfahrzeugen bestimmter Ausbringungssysteme, einschließlich aller Bestände sowie der Standorte derartiger Waffen, Komponenten, Subkomponenten, Bestände von Agenzien sowie dazugehörigen Materials und entsprechender Ausrüstung, der Standorte und der Tätigkeit seiner Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionseinrichtungen sowie aller sonstigen chemischen, biologischen und Nuklearprogramme, einschließlich jener, bezüglich derer sie geltenden Macht, dass sie nicht Zwecken im Zusammenhang mit der Produktion von Waffen oder Material dienen,“ vorlegen. Die Inspektoren sollen ohne Hindernis alle Stätten durchsuchen und Mitarbeiter befragen dürfen. Alle Mitgliedstaaten

sollen UNMOVIC und IAE0 bei der Erfülluug ihres jeweiligen Mandats rüchhaltlos unterstützen.²¹

2.1.1.7. Waffeninspektoren im Irak

Verfasser: Odza Spendim

2.1.1.7.1. Internationale Atomenergiebehörde (IAEO)

Die IAEO ist keine VN-Sonderorganisation, sondern eine autonome zwischenstaatliche Organisation. Sie richtet sich in Struktur und Arbeitsorganisation nach dem VN-System und unterhält eine enge Verbindung zur Generalversammlung und zum Sicherheitsrat der VN. Die IAEO wurde im Jahr 1957 in Wien gegründet, mit dem Ziel, den Beitrag der Kernenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand in der Welt zu erhöhen, gleichzeitig aber eine militärische Nutzung zu verhindern.²²

Gemäß Artikel III des 1968 geschlossenen Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) ist es die Aufgabe der IAEO, durch die Vereinbarung von Sicherungsmaßnahmen (*safeguards*) mit allen Nichtkernwaffenstaaten sicherzustellen, dass aus deklarierten Aktivitäten auf dem Nuklearsektor kein spaltbares Material für die Produktion von Atomwaffen abgezweigt wird.²³

2.1.1.7.2. Die Mission der Waffeninspektoren von UNSCOM und IAEO im Irak

“Wenn eine Lüge nur groß genug ist und ständig wiederholt wird, werden die Menschen sie schließlich glauben.“²⁴

Die US-Regierung und all diejenigen, die einen Angriff auf den Irak befürworten, konzentrieren sich im allgemeinen auf die Massenvernichtungswaffen und die mögliche Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al-Qa'ida.

Ob der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt? Ein früherer UN-Waffeninspektor Scott Ritter erklärte, dass die Inspektoren der vom Sicherheitsrat etablierten UNO-Sonderkommission (UNSCOM) sowie der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) zwischen Mai 1991 bis zu ihrem überhasteten Abzug Mitte Dezember 1998 rund 95 Prozent der von ihnen

²¹ Text aus der Original-Resolution

²² Vgl. www.iaeo.org 28.05.04

²³ Vgl. Eva, Wimmesberger: „I.A.E.O. Die Sicherheit von Kernkraftwerken“, Dipl. Wien, im November 1994. S. 16-18.

²⁴ Übersetzte Zitat von einer albanischer Tageszeitung: „Fakti“

vorgefundenen Massenvernichtungswaffen und dazu benötigten Grundsubstanzen sowie 980 der 1.000 irakischen Raketen mit Reichweiten von über 150 Kilometern zerstört haben. Produktionsanlagen für diese Waffen wurden von der UNSCOM unbrauchbar gemacht oder durch Sprengung vollständig zerstört.²⁵

In ihrem Abschlussbericht bestätigt die UNSCOM die vollständige Beendigung des irakischen Atomwaffenprogramms. Offene Fragen verblieben mit Blick auf die nicht zerstörten 20 ballistischen Raketen sowie auf chemische und biologische Waffen und zu deren Herstellung benötigter Grundsubstanzen, die die UNSCOM zwar nicht gefunden hatten, für deren Vorhandensein den Inspektoren aber verschiedene Indizien vorlagen (Regierungsdokumente, Aussagen einzelner irakischer Wissenschaftler etc.). Die IAEA und UNSCOM- Mitarbeiter wurden am 16. Dezember 1998 wegen der unmittelbar bevorstehenden Luftangriffe der USA und Großbritanniens auf irakische Militäranlagen abgezogen. Nach diesen Angriffen verweigerte Saddam Hussein der UNSCOM die Rückkehr in den Irak. Bagdads damaliger Vorwurf, dass unter den UNSCOM - Inspektoren zahlreiche US-amerikanische und britische Militärs und Geheimdienstler waren, die die UNO-Mission zur Spionage und zur Auskundschaftung von Zielen für Luftangriffe missbrauchten, wurde inzwischen vom ersten Leiter der UNSCOM, Rolf Ekeus (Schweden) sowie von dem stellvertretenden Leiter bis August 1998, Scott Ritter (USA) ausdrücklich bestätigt.²⁶

2.1.1.7.3. Die UNO-Waffenkontrollkommission UNMOVIC

Im November 1999 etablierte der UNO-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1248 die "UN-Monitor-, Observation- and Inspection Commission" (UNMOVIC) als Nachfolgerin der Ende 1998 aus dem Irak abgezogenen UNSCOM. Die Verhandlungen des UNO-Generalsekretärs mit dem Irak über die Wiederaufnahme von Rüstungsinspektionen zogen sich bis Sommer 2002 hin. Streitpunkt war unter anderem die Zusammensetzung der UNMOVIC. Bagdad wollte anscheinend verhindern, dass unter dem Mantel einer UNO-Mission US-amerikanische und britische Spione in den Irak kommen. Diese Gefahr ist insofern weitgehend gebannt, als die UNMOVIC - anders als die UNSCOM - nicht aus kurzfristig von nationalen Regierungen entsandten Personen bestanden, sondern aus langjährigen Mitarbeitern der UNO. Die Kompetenzen der UNMOVIC, die der Sicherheitsrat in seiner Resolution 1441 vom 8. November 2002 detailliert festgelegt hat, gehen weit über die Befugnisse der ehemaligen UNSCOM hinaus. So kann die UNMOVIC ohne jede Einschränkung und ohne

²⁵ Vgl. William River mit Scott Ritter: „Krieg gegen den Krieg“ 5 Auflage 2003 S. 39-40

²⁶ Ebenda S. 75 (Ritter aufs Interview mit Pitt sagte: Ein Team aufzustellen, in dem unter anderem auch CIA-Mitarbeiter sind so wie ich es gemacht habe, ist das eine- in allen meinen Teams gab es auch CIA- Mitarbeiter)

Vorankündigung alle von ihr ausgesuchten zivilen und militärischen Anlagen im Irak untersuchen sowie irakische Wissenschaftler und ehemalige Mitarbeiter von Rüstungsprogrammen auch im Ausland befragen.²⁷

2.1.1.7.4. Die Arbeit der Rüstungsinspektoren

Am 27. November 2002 nahmen die Inspektoren der UNMOVIC und der IAEA ihre Arbeit im Irak auf. In einem ersten Zwischenbericht an den UNO-Sicherheitsrat bescheinigten UNMOVIC - Chef Hans Blix und der IAEA-Direktor Mohammed el-Baradei der irakischen Regierung eine zufrieden stellende Kooperation mit den Inspektoren. Diese hätten in den ersten fünf Wochen ihrer Tätigkeit im Irak weder verbotene Massenvernichtungswaffen und ballistische Raketen noch Beweise für entsprechende Rüstungsprogramme gefunden.²⁸ Die Vorwürfe der USA und Großbritanniens bezüglich der Produktion biologischer Waffen und für ballistische Raketen stellten sich bei einer Vorort-Überprüfung durch die UNMOVIC als falsch heraus. IAEA-Direktor el-Baradei stellte fest: Bagdads Darstellung, die Spezial-Aluminiumröhren seien für ein konventionelles Rüstungsprogramm importiert worden und nicht zur Herstellung von Atomwaffen, habe sich bei den bisherigen Überprüfungen „mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit als zutreffend herausgestellt“²⁹. Die UNMOVIC und die IAEA kritisieren allerdings, dass der irakische Rüstungsbericht an die UNO zahlreiche Fragen offen lasse: so zum Beispiel nach dem Verbleib mutmaßlicher Altbestände an B- und C-Waffen sowie dazu benötigter Grundsubstanzen, die Bagdad (nach von der UNSCOM bis Ende 1998 vorgefundenen Indizien) vor dem Golfkrieg von 1991 hergestellt bzw. aus dem Ausland importiert haben soll. Bagdad erklärt hierzu, diese Vermutungen der UNSCOM seien zum Teil falsch. Im Übrigen habe man alle Altbestände zerstört. Von der UNMOVIC verlangte Dokumente, die diese Zerstörung belegen sollen, seien allerdings nicht mehr vorhanden.

2.1.1.8. Terrorismus

Verfasser: Odza Spendim

²⁷ Vgl. Gudrun Harrer: „Kriegs-Gründe“, Versuch über den Irak- Krieg, Mandelbau Verlag Wien 2003, S.71-111

²⁸

²⁹ Vgl. Ebenda 5

2.1.1.8.1. Definition von Terrorismus

So oft das Wort „Terrorismus“ gehört oder gelesen wird, so unkritisch wird es auch von den meisten zur Kenntnis genommen, als handle es sich dabei um einen selbstverständlichen, weltweit einheitlich akzeptierten Begriff. Meist erscheint das Wort in den Schlagzeilen von Tageszeitungen oder wird in den Nachrichten europäischer und amerikanischer Sender erwähnt. Trotz steigender pädagogischer Bestrebungen unserer Medien hat bis jetzt niemand das Bedürfnis gehegt, theoretische Klarheit zu schaffen, geschweige denn hat sich jemand getraut, eine endgültige Definition des „Phänomens“ zu geben. Die Tatsache dieses Mangels an konzeptueller Einheit ist dafür verantwortlich, dass bis dato internationale Vereinbarungen und die Ausarbeitung von Gegenmaßnahmen beträchtlich behindert worden sind.

Das, was wir vage unter Terrorismus verstehen, ist die Sammelbezeichnung für politisch motivierte Gewaltkriminalität extremistischer Organisationen, Gruppierungen oder Einzelpersonen in Form von gezielten, direkten Aktionen gegen hohe Funktionsträger in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft oder gegen symbolträchtige Einrichtungen und Institutionen. (<http://www.sgh.hbg-edu.de/projekte/ethik11/maj/Definition.html> 15.06.04).

Das Ziel des Terrorismus ist es, durch Androhung und Anwendung von Gewalt, die Verbreitung von Angst und Schrecken, die Schaffung eines Klimas der tiefen Verunsicherung und Bedrohung die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung zu destabilisieren und damit den Boden für eine grundlegende politisch-gesellschaftliche Umwälzung zu bereiten. Zur Strategie gehört es dabei, den Staat bzw. seine Institutionen wie Regierung und Sicherheitsapparat als unfähig oder hilflos gegen terroristische Aktionen bloßzustellen und die Loyalität der Bürger gegenüber den Staat zu erschüttern, sowohl indem der Staat als hilflos bloßgestellt wird, als auch indem der Staat gezwungen wird, selbst ein Klima der Unfreiheit zu erzeugen, etwa durch Sonderrechte für den Kampf gegen den Terrorismus. Die Mittel des Terrorismus resultieren aus der personellen, logistischen und materiellen Unterlegenheit gegenüber dem Staat und konzentrieren sich auf gezielte Einzelaktionen wie z. B. Anschläge auf öffentliche Gebäude und Einrichtungen, Entführungen prominenter Funktionsträger oder Flugzeugentführungen, und zwar in der Regel ohne Rücksicht auf Opfer in der Zivilbevölkerung. (Encarta, 2005)

2.1.1.8.2. Terror und Terrorismus

In der Literatur werden die Begriffe „Terror“ und „Terrorismus“ häufig synonym verwendet. Aus wissenschaftstheoretischen Gründen und zur besseren Verständlichkeit ist vom Begriff

„Terror“ dann die Rede, wenn es sich um Staatsterrorismus handelt, während sich der Begriff „Terrorismus“ auf politisch motivierte Gewalt „von unten“ bezieht. (Nohlen:2001, 514)

Dieser Unterscheidung folgend bezeichnet der Begriff Terror „die Verwendung des Herrschaftsinstruments der Einschüchterung durch die Mächtigen“, während Terrorismus eine „Nachahmung und Praxis von Terrormethoden“ umreißt, welche von (einstweilen noch) „Machtlosen, Verachteten und Verzweifelten“ eingesetzt werden, „die glauben, auf keine andere Weise als durch Terrorismus ernst und für voll genommen zu werden“. Grundsätzlich wollen die Träger und Befürworter von Terror respektive Terrorismus signalisieren, dass grundsätzlich jeder, überall und zu jeder Zeit, unbeschadet seiner gesellschaftlichen Stellung vom „unwiderstehlich wirkungsvollen Image von Allmacht, Allwissenheit und Allgegenwart“ des Terrors bedroht ist und betroffen sein kann. Dies gilt gleichermaßen für den Terror bereits an der Macht befindlicher Diktatoren wie auch für die Gewaltaktionen von (noch) im Untergrund agierenden Terroristen. Vor allem aber sind die Grenzen zwischen beiden Bereichen äußerst fließend. Das Regime der Taliban, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, übte als totalitäre Diktatur „Terror“ auf die eigene (im Besonderen auf die weibliche) Bevölkerung aus und förderte beziehungsweise fördert gleichzeitig den islamistischen Terrorismus im Ausland. (Dirk Baecker/Peter Krieg/Fritz B. Simon, 12-30) Darüber hinaus zeigt sich zwischen Terror und Terrorismus eine deutliche Verwandtschaft in ihrer Abhängigkeit von Propaganda und Publizität, die es ihnen ermöglicht, ihre rücksichtslose, brutal vereinfachte und vergegenständlichte Gewaltanwendung mit der dieser anhaftenden betonten Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben möglichst breit zur Schau zu stellen. Wenn auch die Methoden „der Machtbegründung durch die Machtbesitzenden und die der Machteroberung durch die Habenichtse der Macht“ im Einzelnen wohl voneinander abweichen, so ist doch das Ziel, wofür die gewalttätigen Mittel eingesetzt werden, im Grunde gleich: Durch ständige Einschüchterung, gezielte Furchterregung und totale Verunsicherung sowie Androhung von Gewalt und Tod soll Kontrolle über das Denken, Fühlen und letztlich Handeln der Mitmenschen gewonnen werden.(Nohlen: 2001, S. 515-518)

2.1.1.8.3. Kampf gegen den Terrorismus

Nach Beginn des Krieges gegen Afghanistan wurde in den USA die Diskussion über die 2. Phase im „Kampf gegen den Terrorismus“ eröffnet und der Irak als mögliches nächstes Angriffsziel in die Debatte gebracht. So erklärte Georg Bush im Oktober 2001, dass *„der Kampf gegen den Terrorismus erst begonnen habe und dieser Kampf Jahre andauern würde. Der Kampf richte sich gegen alle Staaten, die Terroristen Unterschlupf gewährten.“* (Kiechle,

2003. S. 157) Die US-Regierung vertritt dabei die Auffassung, dass es ihrer Definitionsmacht zusteht, einzuteilen, wer als Terrorist anzusehen ist. Als Leitsatz dafür gilt: *“Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“*. (Kiechle, 2003. S. 157)

Befürchtungen erwiesen sich jedoch als unbegründet, die US-Regierung handelte im Gegenteil sehr bedacht. Zunächst versicherte sich die US-Regierung des uneingeschränkten Rückhalts für ihren Kampf gegen den Terrorismus bei den NATO-Partnern und vereinte praktisch alle Staaten in einer Antiterrorcoalition, ehe sie am 7. Oktober 2001 mit Militärschlägen gegen Ziele in Afghanistan begann, den Aufenthaltsort des mutmaßlichen Drahtziehers der Anschläge, des saudischen Terroristen Osama bin Laden. Zuvor hatte Bush in einer viel beachteten Rede vor beiden Häusern des Kongresses am 20. September seine Landsleute zur Geduld aufgerufen und sie auf einen möglicherweise langen Feldzug vorbereitet, wobei er den Begriff „Feldzug“ deutlich relativierte. Er nahm ihm viel von seiner martialischen Schärfe und deutete ihn in ein umfassendes Konzept um, das politische, diplomatische und ermittlerische Maßnahmen ebenso einschloss wie militärische. (The President’s State Of The Union Address, www.whitehous.gov/news/releases/20020129-11.html 20.07.04). Zugleich dankte er der Internationalen Staatengemeinschaft für ihre Unterstützung und forderte auf der anderen Seite das Taliban-Regime in Afghanistan unter Kriegsdrohung zur Auslieferung Osama bin Ladens auf.

Auch nach dem Sturz des Taliban- Regimes hatte der Kampf gegen den Terrorismus oberste Priorität auf der außen- wie der innenpolitischen Agenda. Schon im Oktober 2001 setzte Bush den vorerst bis Anfang 2005 geltenden, so genannten Patriot Act in Kraft, ein umfangreiches Gesetzeswerk zur Bekämpfung des Terrorismus im eigenen Lande, das in erheblichem Umfang in die Bürger- und Persönlichkeitsrechte eingreift und vor allem gegen Ausländer gerichtet ist. (The President’s State Of The Union Address, www.whitehous.gov/news/releases/20020129-11.html 20.07.04)

Im Januar 2004 erklärte eine Bundesrichterin allerdings Teile des Gesetzes für verfassungswidrig. Zudem bildete die Regierung Bush im November 2001 so genannte Militärkommissionen zur raschen Aburteilung von dem Terrorismus verdächtigten Ausländern. Im Dezember 2001 kündigte Bush einseitig den 1972 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossenen ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty: Antiraketen-Vertrag), der ein von Bush vorrangig vorangetriebenes Projekt untersagt, nämlich den Aufbau eines Raketenabwehrsystems. Die Kündigung des Vertrags rechtfertigte Bush mit dem Hinweis auf die grundlegenden Veränderungen der Weltlage seit Unterzeichnung des Vertrags, nämlich *„den Untergang der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges, vor*

allem aber die in Form des internationalen Terrorismus neu entstandene Gefahr, vor der die USA zu schützen die oberste Pflicht des Präsidenten sei“. (Kiechle,2003 S. 157-160)

Ebenfalls unter Hinweis auf den notwendigen Kampf gegen den Terrorismus forderte und erreichte Bush im Januar 2002 folgerichtig die Erhöhung des Militäretats um 48 Milliarden US-Dollar auf 379 Milliarden US-Dollar – seit der Präsidentschaft Ronald Reagans wurde der Wehretat nicht mehr in diesem Maße erhöht. Ebenfalls erhöht wurde aber auch im Zusammenhang mit dem No child left behind-Act der Etat für die Schulen. Durch dieses Gesetzeswerk, das Bush im Januar 2002 unterzeichnete und das als die größte Schulreform in den USA seit 1965 gilt, soll die öffentliche Bildung erheblich verbessert werden. (Clark, 2004 S.199-244)

2.1.1.8.4. Saddams Regierung und Al-Qa’ida

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verschärfen die USA ihren Kurs auch gegenüber dem Irak erheblich. Bush rückte den Irak bzw. seinen Machthaber Saddam Hussein in die Nähe des islamistischen Terrors eines Osama bin Laden und reihte ihn in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 neben Iran und Nordkorea in die „Achse des Bösen“ ein (www.whitehous.gov/news/releases/20020129-11.html, 20.07.04).

Schon bald nach Beginn des Krieges in Afghanistan begann der US-Präsident, den Boden zu bereiten, indem er die Aufmerksamkeit auf den Irak lenkte. In einer Rede im Rosengarten sagte er am 26. November: *„Afghanistan ist erst der Anfang.“* (www.whitehous.gov/news/releases/20020129-11.html, 20.07.04)

Und drei Tage später, noch bevor Hamid Karzai als afghanischer Interimspräsident akzeptiert war, begann Vizepräsident Cheney, einen Angriff auf den Irak zu signalisieren. Am 29. November sagte er:

“Ich glaube, man muss kein Genie sein, um herauszufinden, dass dieser Kerl Saddam Hussein eindeutig ein wichtiges potentiell Problem für die Region, für die Vereinigten Staaten und jeden ist, der Interessen in der Region hat“. (Deutsche Wochenzeitung : Neue Solidarität, Nr.5, 2004)

Die Befürworter eines Krieges gegen den Irak versuchten mit allen Mitteln, diese Verbindungen zwischen Saddam und dem 11.September und Al-Qa’ida zu erhärten, und sie behaupteten, Saddam stehe kurz davor, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen. Sie schufen ein Büro für Sonderprojekte im Pentagon, um die Geheimdienstinformationen für einen Krieg zu analysieren. Sie umgingen den traditionellen Prüfungsprozess und setzten die Geheimdienstbüros unter Druck, die gewünschten Informationen und Analysen zu produzieren.

In der Folgezeit wurde mit der Behauptung gearbeitet, der Irak habe Kontakte zu Osama bin Laden und hätte Anhängern seiner Organisation Aufenthalt und Durchreiserechte gewährt. Auch dafür konnten keine Beweise vorgelegt werden. Als nächste Variante wurde dann behauptet, der Irak unterstütze das Netzwerk Al-Qa'ida, Das Regime in Bagdad habe eine lange und anhaltende Verbindung mit terroristischen Organisationen und es gäbe Al-Qa'ida-Leute im Irak. Die schlechte Beweislage umgeht die Bush-Regierung nun mit Hinweisen auf unüberprüfbare Aussagen von inhaftierten Al-Qa'ida-Mitgliedern. Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice spricht gar von einem: *“Geheimbund zwischen Bagdad und bin Ladens Terrornetz“* (Kiechle, 2003 S. 162).

Kombiniert werden die Beschuldigungen mit der weiteren Behauptung, es bestehe die Gefahr, der Irak könne Massenvernichtungswaffen an Terrorgruppen weitergeben. Ein konkreter Ansatzpunkt, aus welchen Ereignissen sich diese Befürchtung für die gegenwärtige Situation ableiten lässt, konnte nicht benannt werden.

In dieser Zeit versuchte Bush, die Bündnispartner der USA von der Notwendigkeit zu überzeugen, im Irak einen Regimewechsel herbeizuführen, und setzte dabei zusehends auf den Einsatz militärischer Mittel. Er stieß jedoch mit diesem Kriegskurs bei zahlreichen Staaten auf Kritik, darunter bei den meisten Mitgliedern der Europäischen Union; allein Großbritannien unterstützte rückhaltlos diesen Kurs. Entsprechend lehnte der UN-Sicherheitsrat auch eine von den USA angestrebte Resolution ab, die dem Irak ultimativ mit militärischer Gewalt drohte, sofern sich das Land der Wiederaufnahme und Durchführung der 1998 eingestellten UN-Waffenkontrollen und der Abrüstung seiner mutmaßlich noch vorhandenen Massenvernichtungswaffen widersetze. Verabschiedet wurde im Sicherheitsrat dagegen nur eine Resolution (Nr. 1441 vom 8. November 2002), die dem Irak mit „ernsten Konsequenzen“ drohte, sofern er gegen die Bestimmungen dieser Resolution (detaillierte Informationen über sein Waffenprogramm, ungehinderter Zugang der UN Waffeninspektoren zu allen gewünschten Einrichtungen etc.) verstoße.

In der Folgezeit intensivierte Bush seine Drohungen gegen den Irak noch, beschuldigte ihn wiederholt, die Resolution 1441 zu verletzen und ließ in großem Umfang Truppen in die Golfregion verlegen, obwohl die seit November 2002 wieder im Irak agierenden UN-Rüstungskontrolleure keinen zwingenden Hinweis auf Produktion oder Lagerung von Massenvernichtungswaffen fanden (William Rivers Pitt/ Scot Ritter, 2003 S.39-42).

In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2003 bereitete Bush die amerikanische Bevölkerung implizit auf einen notfalls auch von den USA allein zu führenden Krieg gegen den Irak vor. Er untermauerte die Notwendigkeit eines Krieges gegen den Irak mit Geheimdienstinformationen, die die potentielle, von Hussein ausgehende Gefahr beweisen

sollten, die sich im Nachhinein aber teilweise als falsch oder veraltet herausstellten. Nachdem es weder Bush gelungen war, im UN-Sicherheitsrat eine Mehrheit für eine Resolution zu gewinnen, die einen Krieg gegen den Irak legitimierte, noch den Kriegsgegnern, die US-Regierung von der Möglichkeit einer diplomatischen Lösung des Konflikts zu überzeugen, stellte Bush alle diplomatischen Bemühungen ein und forderte am 17. März 2003 Hussein ultimativ auf, binnen 48 Stunden freiwillig ins Exil zu gehen; andernfalls drohe dem Irak Krieg. (www.whitehouse.gov/index.html 20.07.04)

Kurz nach Ablauf des Ultimatums begannen US-Streitkräfte mit der Bombardierung ausgewählter Ziele in Bagdad, den als Operation Iraqi Freedom titulierten Krieg gegen den Irak. Bushs Kriegsziel war nicht nur die in den verschiedenen UN-Resolutionen geforderte Entwaffnung des Irak, sondern in erster Linie der durch keine Resolution gedeckte Sturz des Regimes Saddam Husseins. Der im Wesentlichen von den USA und Großbritannien geführte Krieg rief international scharfe Kritik hervor: Völkerrechtler bezeichneten ihn als völkerrechtswidrig, der UN-Charta widersprechend; zahlreiche Regierungen hielten ihn für unnötig, da der Konflikt auch friedlich zu lösen gewesen wäre, und weltweit protestierten Hunderttausende gegen den Krieg. Bush rechtfertigte den Krieg als Befreiung des irakischen Volkes von dem unbestritten die Menschenrechte missachtenden Diktator Saddam Hussein, sprach zudem von einer „göttlichen Mission“, der er sich verpflichtet fühle. Wenige Tage nach Kriegsbeginn beantragte Bush im US-Kongress 75 Milliarden US-Dollar für den Irak-Krieg und erhielt sogar knapp 80 Milliarden bewilligt, womit sich das Haushaltsdefizit des laufenden Jahres auf die Rekordsumme von 400 Milliarden US-Dollar erhöhte. Die von Bush geplanten umfangreichen Steuererleichterungen mussten daher um mehr als die Hälfte auf 350 Milliarden US-Dollar, verteilt auf zehn Jahre, gekürzt werden.“ (Clark, 2004 S.199-244)

Zwar ging der Vormarsch der Alliierten auf Bagdad weniger rasch und reibungslos vonstatten als erwartet; dennoch stießen die alliierten Truppen schon am 9. April 2003 in das Zentrum von Bagdad vor, und mit der Einnahme der Stadt galt der Irak als weitgehend besiegt bzw. das Regime Saddam Husseins als gestürzt, zumal es auch in anderen Teilen des Landes kaum noch nennenswerten Widerstand gab. Das Ende der Kampfhandlungen verkündete Bush jedoch erst am 1. Mai 2003.

In Bezug auf die irakische Nachkriegsordnung hatte Bush schon während des Krieges eine Führungsrolle für die USA reklamiert und wiederholte dies auch nach dem Krieg; die Vereinten Nationen sollten nach seinen Vorstellungen – anders als von anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates gefordert – lediglich begrenzte Koordinationsbefugnisse erhalten. Entsprechend installierte die Regierung Bush US-amerikanische Zivilverwalter im Irak, die den Wiederaufbau und die Neuordnung des Landes leiten sollten. Die ebenfalls von einigen

Mitgliedern des Sicherheitsrates geforderte Rückkehr der UN-Waffeninspektoren in den Irak lehnte Bush ab, entsandte stattdessen eigene Waffeninspektoren, die allerdings, wie schon vor dem Krieg die UN-Inspektoren, keinerlei brisantes Material entdecken konnten, das auf Produktion und Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen hindeutete, womit Bushs offizieller Kriegsgrund – die Entwaffnung des Irak – immer fragwürdiger wurde. Zusätzlich brachte ihn die Tatsache, dass der Wiederaufbau im Irak deutlich weniger rasch und reibungslos voranschritt als erwartet, sowie die Erkenntnis, dass Teile des Geheimdienstmaterials, mit dem er den Krieg gegen den Irak gerechtfertigt hatte, falsch waren bzw. über die Maßen dramatisiert wurden, stark in die Kritik.

Nachdem er in Bezug auf seine Rechtfertigung des Irak-Krieges mehr und mehr unter Druck geraten war, erklärte sich Bush im Februar 2004 bereit, die Geheimdienstinformationen über die angeblichen Massenvernichtungswaffen zugänglich zu machen, und setzte eine unabhängige Kommission zur Überprüfung dieser Geheimdienstinformationen ein. Außerdem räumte er ein, aufgrund der Geheimdienstinformationen das Waffenarsenal im Irak falsch eingeschätzt zu haben. Aber er verteidigte seine Entscheidung für den Irak-Krieg weiterhin nachdrücklich, da Saddam Hussein die Kapazitäten gehabt habe, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, und sie „finsternen Terrornetzen“ hätte zukommen lassen.

(<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/09/20020912-1.html> 10.08.2004)

Wie die Welt heute weiß, war die die Annahme einer Verbindung Saddams zum Anschlag vom 11. September 2001 falsch. Saddam war ein übler Diktator, aber er stand niemals kurz davor, nukleare Kapazitäten zu besitzen. Die Regierung hat keine Arsenale chemischer oder biologischer Waffen gefunden. Sie hat keine überzeugenden Verbindungen zu Al-Qa'ida gefunden.“ (Pitt/ Ritter,2003 S.39-106)“.

All das hätte klar sein sollen. Die Regierung hätte die Tatsachen nicht mit ideologischen Scheuklappen und einer bedenkenlosen Entschlossenheit betrachten sollen, um die Ergebnisse zu erhalten, die sie sich wünschte.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Carnegie-Stiftung kam zu dem Schluss, dass die Regierung die Bedrohung durch die nuklearen, chemischen und biologischen Waffenprogramme des Irak systematisch falsch dargestellt hat. Er kam auch zu dem Ergebnis, dass die Geheimdienste in unangebrachter Weise beeinflusst wurden. Der Bericht verwies auch auf die ungewöhnliche Eile, mit der die nationale Lageeinschätzung der Geheimdienste verfasst wurde, und auf die ungewöhnlich hohe Anzahl abweichender Meinungen, die in diesem Dokument enthalten waren, das eigentlich einen Konsens dokumentieren sollte.“ (Neue Solidarität, Nr.5, 2004)“

2.1.1.9. Die Internationale Sicherheit

Verfasserin: Magdalena Skrzypczyk

Die Bedeutung des Begriffs internationale Sicherheit, respektive Internationale Sicherheitspolitik, hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges gewandelt. Während bis Ende der 1980er Jahre die Blockkonfrontation der beiden Supermächte das weltweite politische Geschehen und demzufolge auch die Sicherheitslage beherrschte, bestimmt nun eine Vielzahl von Akteuren und komplexen Konfliktlinien die Prozesse und Ereignisse im internationalen System. Der Sicherheitsbegriff umfasst deshalb nicht mehr allein die politisch-militärische Dimension der internationalen Beziehungen, sondern beschreibt zunehmend auch soziale, ökonomische und ökologische Aspekte.

Gewalt in den internationalen Beziehungen anzuwenden oder auch nur anzudrohen ist laut UNO-Charta eindeutig verboten. So heißt es im Artikel 2 der Charta, der die Grundsätze festlegt, nach denen die Mitgliedstaaten der UNO zu handeln haben: „Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.“ (2.3) „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede sich gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ (2.4) Nach der Charta der Vereinten Nationen ist ein Krieg nur dann gerechtfertigt und legitim, wenn er der Verteidigung gegenüber einem drohenden Angriff dient oder ein Beschluss des Sicherheitsrates vorliegt, der zum Intervenieren ermächtigt. Im Falle Irak waren diese Voraussetzungen nicht gegeben. Präventivkriege sind illegal. Der Angriff der Streitkräfte der USA und Großbritanniens war daher rechtswidrig. Die USA haben jedoch aus dem einseitigen Bruch des Völkerrechts den Anspruch abgeleitet, dass das Völkerrecht und das Gewaltverbot der UNO für sie auch in Zukunft nicht gelte, wenn es um ihre nationalen Interessen geht, d.h. dass sie allein entscheiden werden, wann sie gegen einen Staat Krieg führen wollen. Dies mit der Begründung, dass die USA als Supermacht eine neue Weltordnung begründet hätten, wodurch das Völkerrecht, das System der kollektiven Sicherheit und die UNO-Charta obsolet wurden. Nach ihrer Ansicht hätten nicht die USA, sondern jene Mitglieder des Sicherheitsrates, die sich gegen den Irak-Krieg ausgesprochen haben, die Autorität des Sicherheitsrates untergraben.³⁰

³⁰ Mader Gerald „Konturen einer Militärischen Globalisierung“: in: „Schurkenstaaten und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung“, Münster 2004. S.60.

Wir haben erlebt, wie die USA-Regierung eklatant gegen diese grundlegenden Normen des Völkerrechts verstößt, indem sie den Irak mit einem Angriffskrieg bedroht und dazu inzwischen auch gemeinsam mit Großbritannien ihre Streitkräfte für den Überfall disloziert hat. Das geschieht nicht nur ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats, sondern auch ohne dass der UN-Sicherheitsrat diesen offenkundigen Verstoß gegen diese grundlegende Völkerrechtsnorm der UN-Charta kritisiert oder verurteilt. Angesichts der immer strengeren Bemühungen der USA-Regierung, für ihren auf Unterwerfung und Besetzung des Irak zielenden Angriffskrieges doch noch das Mandat des UN-Sicherheitsrates zu erhalten, muss die Friedensbewegung ihre Anstrengungen zur Verhinderung dieses Krieges noch erheblich verstärken. Vor allem darf sie sich nicht durch die Tricks irritieren lassen, mit denen Politiker und Ideologen des USA-Imperialismus gegenwärtig im UN-Sicherheitsrat eine Resolution durchzusetzen versuchen, die ihren lange geplanten Krieg gegen den Irak so oder so legitimiert.³¹

Nun muss ein bedrohter Staat nicht unter allen Umständen einen Angriff der anderen Seite abwarten, bis er sich auf das Recht zur Selbstverteidigung berufen kann. Aber die UN-Charta lässt sich im Grunde nur so interpretieren, dass die "Vermutung" (wie die Juristen sagen) gegen den Anspruch auf präventives Handeln spricht. Im Fall des Irak liegt keinerlei plausible Bedrohung der USA vor, und auch keine direkte Verbindung zu der Al-Qaida-Gefahr, wie sie etwa in Afghanistan gegeben war und die Anschuldigungen gegen das Taliban-Regime hinreichend glaubwürdig machte. Wenn man diesen Konflikt ganz leidenschaftslos betrachtet - und die erdrückenden Verpflichtungen sieht, die dem Irak nach dem Golfkrieg auferlegt wurden, und dazu die nun schon zehn Jahre währenden überharten Sanktionen - dann lässt sich ohne weiteres behaupten, dass der Irak viel eher "bedroht" als "bedrohlich" ist. Um auf die begriffliche Unterscheidung von Edward Kennedy zurückzukommen: Im Fall Irak legitimieren die Fakten nicht einmal einen Präventivkrieg, geschweige denn einen Präventivkrieg. Und ein weiterer Punkt ist zu betonen: Auch wenn man auf Gründe für präventives Handeln verweisen könnte, müssten sich diese auf erdrückende Beweise stützen, um eine Abweichung von der allgemein akzeptierten Bedeutung des Begriffs "Selbstverteidigung" rechtlich begründen zu können.

Die völkerrechtliche Diskussion drehte sich auf der Ebene der UN eher um den Begriff "antizipatorische Selbstverteidigung" als um Präemptiv- oder Präventivkrieg. Dabei ging es vor allem um die feinen Unterscheidungen zwischen militärischen Vergeltungsschlägen und einem regel- rechten Krieg.

³¹ <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/falk.html>

Defizite im System der Vereinten Nationen verhinderten eine effektive und vor allem frühzeitige Bewältigung einer Vielzahl neuer Herausforderungen. Vor allem aber hat der im Völkerrecht grundlegende Ausgangspunkt für Konflikte, die klassische Zwischenstaaten-Bedrohung nicht mehr die frühere Relevanz. Die schwersten und akutesten Gefahren für den Weltfrieden gehen gegenwärtig von der Existenz bzw. Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie einem terroristischen Islamismus in Verbindung mit Staatszerfall und verbrecherischen bzw. diktatorischen Regimen. Sie stellen damit – neben Umwelt-Katastrophen und Pandemien – die aktuell größten politischen Herausforderungen an das Völkerrecht und für die Vereinten Nationen dar.

Freilich liegt es gewiss nicht im Interesse der Staatengemeinschaft, dass die Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch geschwächt wird, dass Staaten unter Berufung auf ihr „naturegegebenes Recht zur Selbstverteidigung“ die Definitionsmacht über die Rechtmäßigkeit internationaler Gewalt wieder an sich reißen. Andererseits werden die Vereinten Nationen ihre Friedenswahrende Rolle nur erfolgreich ausüben können, wenn sie ihre rechtliche Ordnung dem Wandel der Ursachen internationaler Unsicherheit anpassen können. Mit diesen veränderten Bedingungen stellt sich die Frage, welche Rolle die Vereinten Nationen für die Wahrung der internationalen Sicherheit zukünftig spielen können.

2.1.1.9.1. Die UNO, die Irak-Kontroverse und das Prinzip kollektiver Aktion

In der Irak Frage entschloss sich die „Koalition der Willigen“ unter der Führung der USA zu einem Präemptivkrieg gegen das Regime Saddam Husseins, nachdem eine Einigung über das angemessene Vorgehen gegenüber Bagdad im obersten UN-Gremium nicht erzielt werden konnte. Zumindest heftig umstritten war seinerzeit die Legitimität diese Maßnahme. Während die Vereinigten Staaten sich mehr oder minder auf die einschlägigen Irak-Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere 687 und 1441, sowie auf die nach dem 11. September 2001 erlassenen Anti-Terrorismus-Resolutionen 1368 und 1373 stützten, galt ihr Handeln in der Wahrnehmung etlicher Experten und Entscheidungsträger als Bruch des Völkerrechts. Zugleich wurde die politische Dimension dieses unilateralen Aktes als grobe Verletzung der Regeln kollektiven Handelns und als Brückierung der Völkergemeinschaft und ihres wichtigsten Organs bezeichnet. Kommentatoren sprachen von einer ernsten und anhaltenden Krise des Systems der Vereinten Nationen, selbst von ihrer völligen Marginalisierung war die Rede.

Die Bush-Administration hatte anfangs gegenüber den UN zwar eine klare Position bezogen- von Beginn ihrer Amtszeit an ließ sie keinen Zweifel daran, dass die UNO für sie ein optimales Instrument politischen Handelns darstellt, sie weltpolitische relevante Entscheidungen gegebenenfalls aber eher unilateral oder per *coalitions of the willing* treffen und ausführen will. Dies hatte Washington bereits von der Irak-Krise mehrfach unter Beweis gestellt: man denke an den Widerruf des Kyoto-Protokolls, die Aufkündigung des ABM-Vertrags zur Raketenabwehr oder die Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Einzig unmittelbar nach dem 11. September favorisierten die Vereinigten Staaten klar den Multilateralismus: Die Intervention in Afghanistan wurde von der Staatengemeinschaft nahezu einmütig unterstützt. Im Kontext des drohenden Irak-Krieges allerdings erklärte der US-Präsident die UN für irrelevant, nachdem seine Regierung mit ihrem Bemühungen gescheitert war, die Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrats hinter sich zu scharen. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Irak aber, und gerade einmal ein halbes Jahr nach dem Tauziehen um einen unilateralen Präemptivkrieg, mussten die Vereinigten Staaten eine empfindliche Korrektur ihrer nach dem 11.9.2001 verkündeten außenpolitischen Doktrin „Gerne mit allen, notfalls aber auch allein“ vornehmen. Die Vereinten Nationen waren wieder im Spiel, und dies gemäß ihrer schon traditionellen Doppelnatur sowohl als Forum für globale politische Entscheidungsfindung als auch als eigenständiger Akteur.

Wenn schon keine völlige Marginalisierung eingetreten ist, so ist dennoch und umso mehr die Frage zu stellen, welche Lehren für die UNO aus der Irak-Kontroverse anstehen und welche Konsequenzen für Form, Funktion und Inhalt ihrer künftigen Arbeit zu ziehen sind: eine Diskussion der grundsätzlichen *terms of reference* ist notwendig.

2.1.1.9.1 Quo vadis UNO?

Was anfangs noch als Krise des Völkerrechts wahrgenommen wurde, könnte nun, zumal angesichts der neuen Kooperationsbereitschaft der USA, die seit langem überfällige Reform des Sicherheitsrats sowie grundlegender Entscheidungs- und Organisationsprinzipien innerhalb der Weltorganisationen voranbringen. Bereits Anfang 2003 formierte sich um Frankreich, Deutschland und Russland eine Koalition der UN-Willigen, deren aus der Krise heraus motiviertes Engagement eine gestärkte Weltorganisation- vielleicht in verändertem Gewand und neuer Akzentuierung- zum Ziel hatte.³² Bemerkenswert ist, dass der im Rahmen der Irak- Krise zutage getretene Riss innerhalb der Weltgemeinschaft zwischen

³² http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=265

rivalisierenden Kulturen, sondern quer durch alle bisher für homogen gehaltenen Staaten – und Weltgruppierungen – symbolisiert durch die in der Irak –Frage faktische gespaltenen Blöcke im UN-Sicherheitsrat, verläuft. Dennoch: auch wenn ehemals angesichts der Legitimitäts- und Machtkrise des Weltgremiums und der zumindest vorübergehenden Paralyse des Systems kollektiver Sicherheit postmoderne Konzepte von *global governance* und supranationalem Primat äußerst unrealistisch erschienen, erwies sich rasch, dass der von Teilen der US-amerikanischen Regierung prognostizierte Verfall von Autorität und Handlungsfähigkeiten der Vereinten Nationen nicht eingetreten ist.

Bei dem so anstehenden zwischenstaatlichen Diskurs über die Zukunft der UN- Systems, seiner Strukturen und Aufgabenfelder, muss es gehen um:

eine resümierende Betrachtung des Spannungsverhältnisses zwischen Völkerrecht und politischer Praxis und den daraus zu ziehenden Konsequenzen für dessen Stellenwert im Rahmen kollektiver Entscheidungsfindungsprozesse im internationalen Bereich;

die überfällige Strukturreform der Hauptorgane der UN, insbesondere Sicherheitsrat und seine Repräsentations- und Mehrheitsprinzipien;

eine Überwindung jeglicher Verengung der Debatte über die Effektivität der Vereinten Nationen auf friedens- und sicherheitspolitische Aspekte und gleichzeitig um eine nachhaltige Aufwertung der humanitären, wirtschaftlichen und sozialen Anteile des UN- Programms;

die Identifikation von gemeinsamen Prioritäten und strategischen Optionen zur Stärkung des Systems kollektiver Aktion.

2.1.1.9.2. Zum Spannungsverhältnis zwischen Völkerrecht und politischer Praxis

Die in der Charta der Vereinten Nationen verankerte völkerrechtliche Architektonik basiert auf einem Set abstrakter normativer Regeln, zum Teil erheblich älter als die UNO selbst, zum Teil aus der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs gewonnen. Eine empirische Analyse der Anwendungspraxis wesentlicher Charta- Grundsätze ergibt, dass diese immer wieder relativiert, modifiziert und fortgeschrieben wurden. Das zeigt ein Blick auf drei Grundbestimmungen der Charta:

Verbot der Gewaltanwendung- Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zwischen Staaten sind untersagt, Konflikte sind friedlich zu regeln (Art. 2 und 33). Ausgenommen ist die Ausübung des Rechts auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (Art. 51) sowie der vom Sicherheitsrat sanktionierte Gewalteinsetz (Kap. VII).

Verbot der Intervention- Das Konzept der Staatensouveränität und territorialen Integrität verwehrt den UN das „Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zu inneren Zuständigkeit eines Staates gehören“ (Art.2).

Gleichheit der Staaten- Die UNO setzt „souveräne Gleichheit ihrer Mitglieder“ voraus; jeder Mitgliedstaat hat in der Generalversammlung daher gleiches Stimmrecht (Art. 2).

Dieser letzte Grundsatz wird paradoxerweise bereits in der Charta selbst relativiert : Die tatsächlichen Machtverhältnisse nach dem Zweitem Weltkrieg abbilden, erhielten die fünf Siegermächte eine herausragende Stellung und besitzen als einzige ein faktisches Vetorecht- ein Widerspruch , der politisch und zeitgeschichtlich nach Auflösung verlangt.

Für die beiden erstgenannten Grundsätze gilt weiters, dass es bereits in der Vergangenheit und damit lange vor der Irak- Krise einerseits völkerrechtlich fragwürdige und vom Sicherheitsrat nicht ermächtigte Gewaltaktionen einzelner Staaten und Staatengruppen gegeben hat (Kosovo 1999 als jüngstes Beispiel) und andererseits selbst Militäransätze mit UN- Mandat häufig ad hoc und ohne eindeutige Abdeckung durch einschlägige Artikel der UN- Charta durchgeführt wurden (z. B. Somalia 1993). So sehr also Politiker und Experten auf die strikte Einhaltung des Völkerrechts und insbesondere der Bestimmungen der UN- Charta bestehen, sind sie doch gut beraten, eine starre positivistische Fixierung zu vermeiden. Denn Völkerrecht schließt gewohnheits- und präzidenzrechtliche Elemente wesentliche ein und hat sich, das zeigen die Beispiele, in wechselnden politischen Konstellationen häufig als dehn- und fortschreibbar erwiesen. Insofern ist, sowohl aus Gründen wissenschaftlicher wie auch politischer Redlichkeit, eine Diskussion darüber erforderlich , wie künftig normativ- rechtliche Grundsätze einerseits und politische Interessen und Problemlagen andererseits in einem stark veränderten Weltumfeld mit neuartigen Krisenszenarien in Einklang zu bringen sind. Zu den Herausforderungen zählen neue Gefahren wie der internationale Terrorismus, das Problem so genannter *failed states* sowie die Frage nach der Rechtmäßigkeit von Präventivschlagen- Phänomene, die von der UN- Charta nicht erfasst sind, für deren Lösung es also keine gesicherte völkerrechtliche Basis gibt, obwohl eben diese- vorzugsweise multilaterale- Lösung dringlich ist.³³

Ein möglicher Lösungskorridor könnte sich innerhalb des seit etwa einer Dekade sich stetig intensivierenden Global Governance Diskurses finden. Wenn offensichtlich weder globale Verrechtlichungsprozesse noch hierarchische Ordnungsprinzipien in der internationalen Politik das Regulierungsdilemma gegenüber neuen globalen Herausforderungen lösen können , so mag die Zukunft dem Interface zwischen politischer Vertikale und Horizontale,

³³ Schorlemer von, Sabine (Hg) 2003: „Sicherheit und Terrorismus“ in: Praxishandbuch UNO: Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen. Berlin.

zwischen hierarchischen und nicht- hierarchischen Organisations- und Steuerungsformen gehören. Wohlverstandene Eigeninteressen der Akteure, nicht nur der Nationalstaaten, und geteilte normative Grundlagen bilden dabei eine Basis, oberhalb derer sich neue Formen kollektiver Aktion entwickeln können. Der vom UN- Generalsekretär initiierte Global Compact mag hier als erster Testfall gelten.

Reformbedarf

Beim System der Vereinten Nationen handelt es sich, aus amerikanischer Sicht, um eine von souveränen Staaten verträglich begründete Einrichtung, also nicht etwa um einen autonomen Akteur, sondern um ein Instrumentarium der Mitgliedstaaten, ein *set of tools*. Die wechselhafte Geschichte der UNO lässt den Eindruck aufkommen, als hätten sich in ihr letztlich immer die aktuellen Phasen und Zustände im Staatensystem widergespiegelt, als sei sie im Zweifelsfall eher *optional* denn ausschließlich beansprucht worden. Diese Sicht ist allerdings konträr zur europäischen: Während sich die UNO zum Zeitpunkt ihrer Gründung im wesentlichen auf sicherheits- und friedenspolitische Aufgaben beschränkte und um die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte besorgt war, erfuhr das System UNO von Dekade zu Dekade – vorangetrieben durch Prozesse wie Entkolonialisierung, Überwindung der Blockbildung und fortschreitende Globalisierung- eine kontinuierliche Ausweitung seiner Zuständigkeitsbereiche, bis hin zur Förderung von strategischen Management in globalen Angelegenheiten, wie Umwelt-, Entwicklungs-, Sozial-, Handels- und Wirtschaftspolitik. Ungeachtet dieser Erweiterung auf von der Gründungscharta nicht präjudizierte Felder internationaler Ordnungspolitik, einschließlich gewissen Einflussnahmemöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure und transnationale Unternehmen, basiert das Entscheidungs- und Kontrollsystem der Organisation noch immer auf ihrer ursprünglichen strukturellen Verfasstheit: Diese wurzelt in den unmittelbaren Folgen des Zweiten Weltkriegs und bildet in ihrem wichtigsten Gremium die machtpolitischen Verhältnisse einer längst überkommenen Epoche ab- ein Atavismus.

Die Krise UN- Systems hat daher tiefer legende Gründe und wurde nicht erst durch einen Alleingang einiger, sich zumindest in einer völkerrechtlichen Grauzone bewogender Mitgliedstaaten hervorgerufen- die bisherige Blockade der Reform der Weltorganisation muss überwunden, ihre Leitungs- und Entscheidungsprinzipien müssen den seit 1945 drastisch veränderten Verhältnissen angepasst werden. In Teilen der aktuellen Diskussion über Sinn und Zweck der Vereinten Nationen und das Organ des Sicherheitsrates einerseits und auf den Aufgabenbereich „Friedenserhaltung und Sicherheit“ andererseits festzustellen.

Eine Reform des Sicherheitsrates ist unerlässlich, eine zeitgemäße und gerechte Repräsentation der Weltregionen, insbesondere Asien, Afrikas und Lateinamerikas, ist ebenso unabdingbar wie die Diskussion über eine Modifizierung des starren Veto- Prinzips.

Auf kaum einem Aufgabengebiet hat die UN ähnlich viele Fehlschläge zu verbuchen wie auf dem der friedenserhaltenden und –erzwingenden Maßnahmen. Die Liste der Misserfolge (z.B. Alt-Afghanistan, Angola, Somalia, Ruanda oder Ex- Jugoslawien) ist bei weitem länger als die Erfolge (Namibia, Alt-Irak). Und die im Brahimi- Report im Jahr 2000 geforderten weitreichenden Verbesserungen für Friedenseinsätze- im wesentlichen robust Mandate, schnelle Eingriffstruppen der Mitgliedstaaten und finanzielle und personelle Aufstockung des *Department of Peacekeeping Organisation* in New York- wurde bislang nicht umgesetzt.³⁴

Es stellt sich die Frage, ob Friedensmissionen künftig von den Vereinten Nationen zwar mandatiert und evaluiert, aber nur noch im Ausnahmefall im Sinne von Blauhelmeinsätzen operativ durchgeführt werden sollten- vielleicht können andere Institutionen wie NATO, noch zu schaffende EU- Eingreiftruppen oder andere stehende internationale Einheiten dies besser. Statt dessen könnte sich die UNO neben der Legitimations- Supervisionsfunktion für solche Missionen stärker auf andere Kernbereiche wie etwa Flüchtlingshilfe, Menschenrechte und humanitäre Einsätze, Wahrung von einheitlichen Standards im technischen, sozialen und kulturellen Bereich, Umwelt und Entwicklung, Welthandel konzentrieren , da sie hier eindeutig gegenüber bilateral ausgehandelten Regimen im Vorteil ist. Wichtig ist jedoch, dass solche Überlegungen nicht im Sinne einer Arbeitsteilung „Die NATO fürs Grobe, die UNO fürs Aufräumen“ missverstanden werden.

Die Vereinten Nationen haben in ihrer Geschichte wiederholt Renaissancen erlebt. So steht das jetzt zu erwarten, dass Deutschland, Frankreich, Russland und andere Staaten sich für ein Widererstarben des Multilateralismus engagieren werden. Und: den Vereinigten Staaten wird sich mittelfristig- keine Alternative zum Prinzip der Kollektiven Aktion bieten. Wichtig ist , die UNO sowohl als globales Entscheidungsforum für Nationalstaaten als auch als eigenständiger Akteur in den weiter oben aufgeführten Kernarbeitsbereichen zu begreifen. Eine realistische Debatte um deren Möglichkeiten und Grenzen ist jedenfalls eher angebracht als Marginalisierung- oder Irrelevanzvermutungen auf der einen oder *wishful thinking* auf der anderen Seite. Kern künftiger Reformbedarf dürfte jedoch ein konsensfähiger Global Governance Ansatz mit einem ausgewogenen Verhältnis hierarchischer und nicht – hierarchischer- Steuerungsmuster sein.³⁵

³⁴ www.un.org/peace/reports/peace_operations/report.htm

³⁵ <http://www.swp-berlin.org/>

Dieser Völkerrechtsverstoß durch den Krieg gegen den Irak, für den sicherlich wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend waren, und- nicht zu vergessen – auch zu einem gewissen Maße eine in Erbfolge tradierte Männerfeindschaft, ist kein Ausrutscher. Die erste und größte Demokratie der Welt ist gerade in Begriff, durch ihre Ignoranz gegenüber der Völkerrechtsordnung diese in Beliebigkeit zu wenden, die den Namen „Ordnung“ nicht verdient. Denn ein zentrales Element einer neuen Strategie der Administration von US-Präsident George W. Bush ist eine generelle Abwertung von internationalen Normen, Verträgen und Sicherheitspartnerschaften.

Die problematischsten Fälle der Verabschiedung der Vereinigten Staaten von zentralen Normen der Völkerrechtsordnung gehen aber ohne Zweifel mit dem aktuellen „Krieg gegen Den Terrorismus“ einher. Und mit dem Bild „Achse des Bösen“, verknüpft mit einem Konzept der „präemptiven, also vorbeugenden Selbstverteidigung“, wird jetzt sogar der Kern der Verfassung der Staatengemeinschaft, das Gewaltverbot der UN- Charta, in frage gestellt. Diese Konzept der Präventivkriege gegen so genannte „Schurkenstaaten“ ist ein besonderes dramatischer Fall, da es an den Grundfesten der internationalen Ordnung rüttelt. Es ist der Versuch der endgültigen Abstreifung der Verpflichtungen aus der UN-Charta, der endgültigen Lösung von der Bindung durch den UNO- Sicherheitsrat. Damit kann der Krieg gegen den Irak durchaus als Krieg gegen die UNO, als Krieg gegen das Völkerrecht, wie wir es zur Zeit kennen, verstanden werden. Denn das zur Zeit geltende Völkerrecht lässt zwischenstaatliche Gewaltanwendung nur in zwei Fällen zu:

Als Verteidigungskrieg gegen einen bewaffneten Angriff oder als vom UNO-Sicherheitsrat autorisierte Polizeiaktion der Staatengemeinschaft gegen einen Friedensbrecher. Keine dieser beiden Grundlagen war für den Irakkrieg gegeben.³⁶

2.1.1.9.3 Die Weltsicherheit vor und nach dem 11. September 2001

Verfasser: Elyas Elamin

Der Kalte Krieg ist seit mehr als einem Jahrzehnt vorbei. Die Welt ist jedoch instabiler geworden. Der Irakkrieg, der am 20. März 2003 mit der sogenannten „Iraqi Freedom Mission“ der US-Amerikanischen Streitkräfte und ihrer Verbündeten seinen Ausgang nahm, beschäftigte und schockierte gleichermaßen bis heute politisch interessierte als unpolitische Menschen auf der ganzen Welt. Die wichtigsten Gründe für den Krieg gegen den Irak waren

³⁶ Mader Gerald „Konturen einer Militärischen Globalisierung“: in: „Schurkenstaaten und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung“, Münster 2004. S.97.

1) Massenvernichtungswaffen, die bis heute nicht gefunden worden sind bzw. die angeblichen Quellen heute in Frage gestellt werden. In seiner Rede vom 29. Jänner 2002 erhob Bush Jr. vor einer breiten Öffentlichkeit den Vorwurf, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze. Solche Waffen können in den Händen eines unberechenbaren und blutrünstigen Diktators massiv die politische Stabilität des Nahen Ostens und der internationalen Staatengemeinschaft gefährden: „The Iraqi Regime has plotted to develop Anthrax nervegas, nuclear weapons for over a decade. [...] They could attack our allies or attempt to blackmail the United States. [...] And all nations should know: America will do what is necessary to ensure our Nations’ security.”³⁷

Die Regierung im Irak plane mit seinen Massenvernichtungswaffen Angriffe auf die unmittelbaren Anrainerstaaten (Kuwait, Saudi-Arabien und Israel) oder die USA.

Folgende Worte hinterließen einen dauerhaften Eindruck. „This is a regime that has something to hide from civilised world.“³⁸

2) Die Verbindung zum Terrorismus wie zum Beispiel Kontakte zu al-Qa’ida. In seiner Rede zur Lage der Nation unmittelbar vor Ausbruch des Krieges glaubte George W. Bush ein letztes Mal auf der Annahme, der Irak habe Terroristen des al-Qa’ida-Netzwerkes geholfen, trainiert und ihnen Unterschlupf gewährt.³⁹ Beweise für Kontakte zwischen beiden Akteuren hat eine unabhängige USA-Untersuchungskommission nicht erbringen können.

3) Sein Regime war tatsächlich eine Bedrohung für die internationale Sicherheit. Um eine sichere Welt zu schaffen, muss Saddam Hussein und sein Regime beseitigt werden.

2.1.1.9.4. Die Welt vor dem 11. September

Die Regierung der USA hat schon in den 90er Jahren einen Krieg gegen den Irak geführt und ihn mit einem Kreuzzug für Demokratie begründet, der kaum das Interesse verhehlen konnte, im Nahen Osten mit seinem reichen und für den Westen wie auch für Russland wichtigen Energieressourcen eine regionale Vormachtstellung aufzubauen.⁴⁰

Die Beweise dafür, dass die Welt nach dem Zerfall der Sowjetunion instabiler war, zeigt eine chronologische Gliederung von terroristischen Anschlägen der 90er Jahre:

³⁷ <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129g11.html> (5.10.2004)

³⁸ ebenda

³⁹ ebenda

⁴⁰ Hippler, Jochen (2003): US-Dominanz und Unilateralismus im Internationalen System. Strategische Probleme und Grenzen von global governance, in: Jochen Hippler, Jeanette Schade (Hg.): US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Governance, INEF-Report 70, Duisburg.

1. - 30.11.1995 Vor einem Schulungsgebäude der saudischen Nationalgarde in Riadh explodiert eine Autobombe. Unter den 7 Toten sind fünf US-Ausbilder.⁴¹
2. – 7.8.1998 Gleichzeitig explodieren Autobomben vor den USA-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania). Unter den insgesamt 230 Todesopfern sind 12 US-Bürger. Usama bin Laden lobte die Anschläge in Video-Botschaften.⁴²
3. – 12.10.2000 Anschlag mit einem mit Sprengstoff beladenen Boot auf den US-Zerstörer „Cole“ vor Aden (Jemen). 11 US-Soldaten sterben.⁴³

2.1.1.9.5. Die Weltsicherheit nach dem 11. September 2001

Die Anschläge vom 11. September waren verheerend, lieferten den USA jedoch eine unerwartete Gelegenheit. Sie schwenken das Banner des Antiterrorismus und kommandieren die Welt unter diesem Vorwand.⁴⁴ Der Kampf gegen den Terrorismus hat eine neue Welle des Terrorismus mit sich gebracht. Die folgende Chronologie der schweren al-Qa'ida-Anschläge seit dem 11. September 2001 zeigt, dass die Weltsicherheit nach der Besetzung Iraks sich nicht erhöht hat:

1. – 11.4.2002 Bei einem Anschlag auf eine Synagoge auf der tunesischen Ferieninsel Djerba kommen mindestens 19 Menschen ums Leben, darunter 14 Deutsche.
2. – 14.6.2002 Vor dem US-Konsulat in Karachi (Pakistan) explodiert ein mit Sprengstoff beladenes Auto. 12 Menschen, alle Pakistani, sterben bei dem angeblich von al-Qa'ida finanzierten Anschlag.
3. – 12.10.2002 Insgesamt 202 Menschen, vorwiegend Australier, werden auf der indonesischen Ferieninsel Bali getötet. Mit den Anschlägen auf zwei Diskotheken, für die al-Qa'ida die Verantwortung übernimmt, sollten eigentlich die USA getroffen werden.
4. – 28.11.2002 Bei einem Selbstmordanschlag auf eine überwiegend von Israelis besuchtes Hotel nahe der kenianischen Küstenstadt Mombasa sterben mit den drei Attentätern 14 Menschen. Fast zeitgleich feuern Terroristen, denen enge Kontakte zu al-Qa'ida nachgesagt werden, zwei Raketen auf ein startendes israelisches Flugzeug, treffen aber nicht.

⁴¹ http://www.adf-berlin.de/html_docs/chronologie/chronologie_el_kaida.html (Oktober 2004; Quelle n-tv.de)

⁴² ebenda

⁴³ ebenda

⁴⁴ <http://www.bjrunschau.com/world/2003/10-world-3.htm> (Oktober 2004)

5. – 12.5.2003 Bei einer Serie von Selbstmordanschlägen in der saudischen Hauptstadt Riyadh werden in einer Wohnanlage für Ausländer 34 Menschen getötet und rund 200 verletzt. Die Attentäter sollen Verbindungen zu al-Qa'ida haben.⁴⁵
6. – 17.05.2003 3 Anschläge auf die jüdische Gemeinde, ein spanisches Restaurant und einen Sozialen Club in Casablanca, Marrakesch und Rabat; rund 41 Todesopfer und 100 Verletzte.
7. – 15.11.2003 Terroranschläge auf zwei Synagogen „Neve Schalom“ und „Beth Israel“ in Istanbul. 30 Todesopfer und 300 Verletzte.⁴⁶
8. – 20.11.2003 Autobombenanschläge in Istanbul auf das Britische Konsulat in Beyoğlu und die britische Bank HSPC in Levent. 27 Todesopfer, unter ihnen der britische Konsul und eine britische Diplomatin und mehr als 450 Verletzte.
9. – 11.3.2004 Anschlag gegen Pendlerzüge in Madrid. Über 200 Menschen sterben.
10. – 8.10.2004 Anschläge auf Touristenziele in Ägypten, Sinai-Halbinsel in Taba. 34 Todesopfer, darunter 25 Israelis und 9 Ägypter und über 100 Verletzte. Über 20 gelten noch als vermisst.⁴⁷

2.1.1.10. Schlussbemerkung

Der Krieg der USA gegen den Irak und seine Folgen als Teil des US-amerikanischen „Krieges gegen den Terrorismus“ haben die internationalen Beziehungen und die Sicherheitslage weltweit dramatisch beeinflusst: Beide haben aber besonders massive Auswirkungen auf die Regionen des Persisch-Arabischen Golfs und auf den Nahen und Mittleren Osten.

Die Auswirkungen hängen darüber hinaus auch von der weiteren Entwicklung der Sicherheitslage und dem Erfolg einer zukünftigen irakischen Regierung (und der weiteren Entwicklung in Palästina) ab. Das Verhältnis „des Westens“ (beziehungsweise seiner Führungsmacht) zu den muslimisch geprägten Ländern und Gesellschaften und zur Dritten Welt ist weiter erschwert, das Misstrauen ist noch gewachsen. Der Krieg und die Besetzung des Irak haben aber auch die transatlantischen Beziehungen schwer beschädigt und sich von einem schwierigen zu einem krisenhaften Verhältnis entwickelt. Sie haben innerhalb Europas neue Gräben aufgeworfen, und all dies hat zu einer Belastung des Integrationsprozesses und

⁴⁵ Die Angaben der ersten 5 Anschläge stammen aus http://www.adf-berlin.de/html_docs/chronologie/chronologie_el_kaida.html (Oktober 2004; Quelle n-tv.de)

⁴⁶ www.antisemitismus.net/europa/istanbul.htm

⁴⁷ Informationen zu den Anschlägen stammen von n-tv.de und heute.t-online.de/zdfheute/artikel/5/0,1367,pol-0-2083205,00.html

der gemeinsamen Handlungsfähigkeit geführt. Und schließlich hat der Irakkrieg auch den gemeinsamen Rahmen der internationalen Beziehungen schwer geschädigt. Das Völkerrecht und die Vereinten Nationen sind nicht ohne Blessuren aus dem Konflikt hervorgegangen. Bei dieser negativen Bilanz darf man allerdings nicht den Fehler machen, die Ursachen beim Irakkrieg allein zu suchen. Viele seiner destruktiven Folgen entsprangen nicht ihm selbst, sondern waren das Ergebnis grundlegenderer Veränderungen, die ihn in dieser Form erst ermöglichten, etwa der unipolaren Struktur des internationalen Systems nach dem Ende des Kalten Krieges und der Politik des neuen Unilateralismus Washingtons“ (Heinz Gärtner SS: 2004, 39)“. Als zentrales Ergebnis der Reaktion auf den 11. September, des „Anti-Terror-Krieges“ und der Kriege in Afghanistan und dem Irak bleibt festzuhalten, dass die USA ihre Machtposition im Nahen und Mittleren Osten und in Zentralasien massiv ausbauen konnten, dass die Region inzwischen mit einem Netz US-amerikanischer Militärstützpunkte überzogen ist, das von der Türkei und Ägypten über den Persisch-Arabischen Golf bis zu Ländern wie Usbekistan, Kirgistan und Pakistan reicht “(Robert Kagan, 55)“. Für diese massive Machtausdehnung mussten die USA allerdings einen hohen Preis bezahlen: mit einer verstärkt unsicheren Situation in der Region, einer Verschlechterung der Beziehung zu einigen Schlüsselverbündeten, der Schwächung von UNO und Völkerrecht und einem weltweit gewachsenen Misstrauen gegenüber den Absichten und Mitteln einer verstärkt unilateralen Politik der USA.

Bibliographie

- Brigitte Kiechle(2003), Irak: Vergangenheit Gegenwart Zukunft. Schmetterling Verlag.
- Dieter, Nohlen Kleines Lexikon der Politik(2001), Orig.-Ausgabe- Beck, München.
- Dirk Baecker(2002), Terror im System: der 11. September 2001 und die Folgen:1. Auflage- Heidelberg: Verleg: Carl-Auer-Systeme.
- Durdys P.,Pascholski P(2002)., bron masowego razenia Iraku-ocena i ewolucja zagrozenia, Warszawa.
- Gudrun Harrer(2003), Kriegs-Gründe. Versuch über den Irak-Krieg. Wien.
- Heinz Gärtner(2004),Theorie und Sicherheit, Uni. Wien. Skriptum.
- Kagan Robert(2003), “Macht und Ohnmacht“ – Amerika und Europa in den neuen Weltordnung , Siedler Verlag, Berlin.
- Mader Gerald(2004), Konturen einer Militärischen Globalisierung: in: „Schurkenstaaten und Staatsterrorismus. Die Konturen einer militärischen Globalisierung“, Münster.
- Malec M.,Durdy P., Pacholski P.: Proliferacja broni masowego razenia i srodki jej prznoszenia-aktualne wyzwania.
- Microsoft Encarta Enzyklopädie 2005
- Noam Chomsky (2001), War against People. Menschenrecht und Schurkenstaaten. Hamburg.
- Schorlemär von, Sabine(2003), „Sicherheit und Terrorismus“ in: Praxishandbuch UNO: Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen. Berlin.
- Solomon N.,Erlich Reese(2003), Angriffsziel Irak-wie die Medien und den Krieg verkaufen, New York.
- Wesley Clark(2004), “Das andere Amerika Ullstein Buchverlag; 1. Auflage München
- William River mit Scott Ritter(2003), „Krieg gegen den Krieg“ 5 Auflage
- United Nations(1995), Basic Facts about the United Nations. New York.
- W.B., Balistycznie pociski rakietowe panstw dalekiego wschodu, in:“Wojskowy Przegląd Zagraniczny“, Nr.2, 2000, s.89-93.

Alle Homepages wurden zwischen dem 20. März 2004 und dem 1. November 2004 aufgerufen.

<http://www.republika.pl/terror/panstwa.htm>

<http://www.upi-institut.de/irakkrieg.htm>

http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID1780950_REF1_NAVSPM1,00.htm

<http://www.weltpolitik.net/sachgebiete/sicherheit/article/166.htm>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Massenvernichtungswaffen>

<http://www.emedicine.com/emerg/topic889.htm>

<http://www.sgh.hbg-edu.de/projekte/ethik11/maj/Definition.html>

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020912-1.html>

www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020912-11.html

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/falk.html>

<http://www.boell.de/downloads/kurzfassungmemo.pdf>

<http://www.swp-berlin.org/>

www.un.org/peace/reports/peace_operations/report.htm

www.iaea.org/

www.iaea.org/worldatom/Programmes/ActionTeam/index.html

www.uno.de/presse/2003/UNIC571.htm

www.jf-archiv.de/archiv03/233yy22.htm; www.dgap.org/IP/ip0308/res1483.htm

www.gruenebt.de/rsvgn/rs_dok/0%2C%2C37694-print%2C00.htm - 7k - Im Cache

www.un.org/Docs/scinfo.htm

UN-Text arabisch (www.un.org)

2.1.2. Der Irak-Krieg – Rechtfertigungen, Interessen, Ursachen

2.1.2.1. Einleitung

Our Nation's cause has always been larger than our Nation's defense. We fight, as we always fight, for a just peace – a peace that favors liberty. [...] And we will extend the peace by encouraging free and open societies on every continent. [...] We must take the battle to the enemy [...] the only path to safety is the path of action. And this Nation will act. (Rede des US-Präsidenten Georg W. Bush vor Absolventen der Militärakademie West Point in New York am 1. Juni 2002)

Gegenstand der drei nachfolgenden Kapitel ist der Versuch einer Analyse der Rechtfertigungsargumente, Interessen und Ursachen des Irak-Krieges, welcher am 20. März 2003 durch den Angriff der amerikanischen Streitkräfte und ihrer Verbündeten auf den Staat im Nahen Osten seinen Ausgang nahm.

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit den Kriegsargumenten bzw. den Bemühungen des amerikanischen Präsidenten, internationale Unterstützung für den Regimewechsel in Bagdad zu erhalten. Ferner wird der Frage nachgegangen, inwieweit der Militärschlag gegen den Irak das Ergebnis eines langandauernden Entscheidungsprozesses innerhalb der amerikanischen Politik war und welches ideologische Programm die Bush-Administration in der Außenpolitik vertritt.

Der zweite Schwerpunkt widmet sich den geopolitischen Motiven der USA in der Nahost-Region. Der Fokus dieser Analyse ist hier insbesondere auf die strategische und „besondere“ Partnerschaft (Special Relationship) Israels mit den USA und der Frage der Existenzsicherung des jüdischen Staates gerichtet. Es soll somit geklärt werden, welche Auswirkungen eine politische „Neuordnung“ des Nahen Ostens, die amerikanische Regierungspolitiker vor dem Krieg mehrmals ankündigten, für die zentralen Akteure der Region mit sich bringen würden. Aus diesem Grunde wird auch auf die spezielle Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens eingegangen.

Der dritte Abschnitt ist auf ökonomische Belange fokussiert; als essentiell erachten wir in diesem Kontext die Bedeutung der irakischen Ölressourcen für eine mittel- bis langfristige Energiesicherungspolitik der USA in der Region und welche Rolle die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) bei der Planung des Krieges aus der Sicht der Bush-

Administration gespielt haben könnte. Abgeschlossen wird das Kapitel mit der Frage, inwieweit amerikanische Konzerne am Wiederaufbau des zerstörten Iraks profitieren und ob personelle Verflechtungen zwischen Mitgliedern der US-Regierung und der Industrie existieren.

2.1.2.1.1. Forschungsfragen, Hypothesen, Theoretische Konzeption

Die vorliegende Arbeit war geprägt von nachfolgenden Forschungsfragen: *„Mit welchen Argumenten versuchte US-Präsident George W. Bush die (inter-)nationale Öffentlichkeit von einem militärischen Vorgehen gegen den Irak zu überzeugen?“* und *„Inwieweit waren ökonomische und politische Interessen der Bush-Administration die tatsächlichen Motive für den Irak-Krieg?“* Um zu gesicherten Erkenntnissen zu gelangen, bedienten wir uns dem Mittel der Hypothesenformulierung; hinsichtlich der ersten Forschungsfrage vermuteten wir, dass *mit dem Verweis auf das Gefahrenpotential des Iraks für die internationale Sicherheit und der Notwendigkeit von demokratischen Reformen im Nahen Osten, der US-Präsident versuchte, internationale Unterstützung für einen Regimewechsel zu erhalten.* Die zweite Frage wurde durch die Hypothese *„Nationale Interessen (ökonomische und politische Motive) der USA waren die tatsächlichen Gründe für die Entscheidung den Krieg zu führen. Durch den Regimewechsel in Bagdad und der dadurch veränderten politischen Lage erhofften sich die USA ihre Interessen in der Nahost-Region effizienter zu wahren bzw. auch auszuweiten.“* gestützt.

Aufgrund der Komplexität des Irak-Krieges wurden zwei Partikulartheorien zur Analyse der politischen und ökonomischen Gründe für den Krieg herangezogen. Hinsichtlich der politischen Dimension machten wir uns die neorealistische Theorie zu Nutze. Vertreter des Neorealismus sehen das internationale System durch einen anarchischen Zustand charakterisiert, in dem alle Akteure (ausschließlich Nationalstaaten) durch militärische Aufrüstung, Abschreckung und durch begrenzte Bündnisse mit anderen Staaten kontinuierlich versuchen, ihre eigene territoriale Sicherheit und ihre nationalen Interessen zu wahren (Waltz 1979, 88-99). Da ein Nationalstaat nie sicher sein kann, ob andere Staaten militärische Mittel gegen ihn einsetzen, um seine Sicherheit bzw. seine außenpolitischen Interessen zu gefährden, muss der betroffene Staat sich auf alle Eventualitäten vorbereiten und besonders die militärische Prävention beherrschen: *„Because some states may at any time use force, all states must be prepared to do so, or live at the mercy of their militarily more vigorous*

neighbors.“ (Waltz 1979, 102). Im Falle des vorliegenden Irak-Krieges stellten wir die These auf, dass die US-Regierung ihre nationalen Interessen in der Nahost-Region ausweiten wollte, als eine Form der Machtausübung zum Selbstzweck. Um dies zu erreichen, wurde der Einmarsch im Irak beschlossen. Die Erhöhung der amerikanischen Militärausgaben bzw. der Sturz des Saddam-Regimes sollte ferner als Abschreckung für USA-feindlich gesinnte Staaten dienen.

Hinsichtlich der ökonomischen Dimension des Krieges sowie individueller Motive der Kriegakteure zogen wir Herfried Münklers Konzeption der „Neuen Kriege“ als Theorie heran. Münkler spricht davon, dass die „neuen Kriege“ sich gravierend von früheren Staatenkriegen unterscheiden:

Zum einen durch Privatisierung und Kommerzialisierung, also das Eindringen privater, eher von wirtschaftlichen als von politischen Motiven geleiteter Akteure [...], und zum anderen durch Asymmetrisierung, das heißt durch das Aufeinanderprallen prinzipiell ungleichartiger Militärstrategien, [...], die sich [...] völkerrechtlichen Regulierungen und Begrenzungen zunehmend entziehen. (Münkler 2004, 57).

Bezogen auf unser Beispiel sahen wir in der Privatisierung und Kommerzialisierung die rege Tätigkeit amerikanischer Konzerne hinsichtlich des Wiederaufbaus des zerstörten Iraks und enge Verflechtungen zwischen der amerikanischen Industrie und Protagonisten der Bush-Administration. Im Irak-Krieg sollten somit nicht nur politische, sondern auch ökonomische und private Interessen reflektiert werden.

2.1.2.2. Der Regimewechsel in Bagdad – die militärische Option

Autor: Christian Tschank

2.1.2.2.1. Die Kriegerrechtlichungsargumente des amerikanischen Präsidenten

Nach der Wahl George W. Bushs zum amerikanischen Präsidenten im November 2000 und den Ereignissen vom 11. September 2001 schienen die Tage Saddam Husseins als irakischer Staatschef gezählt. Die USA „kürteten“ ihn, der während des irakisch-iranischen Krieges von

1980 bis 1988 noch ihr treuer Weggefährte im Kampf gegen den islamistischen „Satan“ Iran war und nach seinem Kuwait-Abenteuer 1990/91 deren Unterstützung verlor, öffentlich zum personifizierten Bösen, dem Feindbild der zivilisierten Welt und insbesondere der amerikanischen Werte von Freiheit, Friede, Demokratie und ökonomischem Liberalismus. In seiner damals vielbeachteten Ansprache zur Lage der amerikanischen Nation am 29. Jänner 2002 verwendete Bush erstmals die medienwirksame Metapher der „Achse des Bösen“ („axis of evil“), die eine Gruppe von „Schurkenstaaten“ darstellen soll. Zu diesen Staaten, die nach Massenvernichtungswaffen streben und dabei ihre Völker unterdrücken zählte er Nordkorea, den Iran und den Irak. Letzterer, so Bush, “[...] continues to flaunt its hostility toward America and to support terror.” (Rede des Präsidenten zur Lage der amerikanischen Nation am 29. Jänner 2002).

Die eindimensionale Bildsprache und die Dichotomie in Gut und Böse durch den evangelikalen Fundamentalisten George W. Bush setzte auf diese Weise eine bereits bekannte Tradition amerikanischer Außenpolitik fort, denn schon Ronald Reagan sprach während seiner Amtszeit vom „Reich des Bösen“ (Sowjetunion) und sogenannten „Outlaw States“ (u.a. Iran, Nicaragua, Kuba), welche die Werte der USA zutiefst ablehnen und eine Gefahr darstellen würden (Bill, 91). Mit der Rede des Präsidenten vom 29. Jänner 2002 an das amerikanische Volk und der darin enthaltenen öffentlichen Brandmarkung des Iraks als „Rogue State“ (Schurkenstaat), spitzte sich der seit mehr als einem Jahrzehnt schwelende Konflikt zwischen der Weltmacht USA und dem irakischen Despoten spürbar zu. In den folgenden zwei Jahren bemühte sich George W. Bush in unzähligen Reden und Stellungnahmen vor dem amerikanischen Volk, der UNO oder Veteranenverbänden, die Gefahren für die Sicherheit der USA und der internationalen Staatengemeinschaft, die durch das Aggressionspotential des Irak gegeben seien, darzulegen und medial zu lancieren. Da er dabei kaum nennenswerte Beweise für das Gefahrenpotential des Saddam-Regimes vorlegen konnte bzw. diese fast ausschließlich aus Quellen geheimdienstlicher Provenienz (vgl. u.a. CIA (Hg): Iraq’s Weapons of Mass Destruction Programs) stammten, waren die Regierungen und Völker abseits der Vereinigten Staaten von Amerika zu einem Großteil von der Gefährlichkeit des Iraks nicht zu überzeugen. Infolgedessen beteiligte sich im Frühjahr 2003 auch nur eine geringe Anzahl an Staaten an der sogenannten „Coalition of the willing“ zum gewaltsamen Sturz des irakischen Staatschefs. So stellte sich der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder einhellig gegen die Position Bushs, da „wir [...] für Abenteuer [...] nicht zur Verfügung [stehen].“ (Hedtstück/Hellmann 2003, 225). Frankreich, eines der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, lehnte den amerikanischen Wunsch nach einem Militärschlag zwar nicht gänzlich ab, ein Angriff ohne Mandat der UNO wurde jedoch

ebenfalls stets dezidiert ausgeschlossen. Auch die Russländische Föderation unterstützte die französische Missbilligung eines nicht völkerrechtlich legitimierten Krieges gegen den Irak (Sapper 2003, 207). Die Gründe dafür lagen einerseits in den massiven Wirtschaftsinteressen der Franzosen, Deutschen und Russen im Irak, die im Falle einer US-amerikanischen Besetzung gefährdet waren, doch weitaus wichtiger war der Wunsch der Achse Berlin-Paris-Moskau, ein effizientes politisches Gegengewicht zu den USA zu bilden, die seit dem Ende des bipolaren Weltsystems 1989 bzw. 1991 als einzige Weltmacht zurückblieben. Nur Großbritannien unter Tony Blair erwies sich als loyaler Anhänger der amerikanischen Außenpolitik und bekräftigte ein hartes Vorgehen gegenüber dem Irak, notfalls auch unter Umgehung der Vereinten Nationen (Telp 2003, 199). Die Besetzung des Iraks durch amerikanische Truppen war für die Bush-Administration der wichtigste strategische Schritt zur Sicherung und Ausweitung ihrer nationalen Interessen im Irak und in der Region. Doch mit welchen Argumenten versuchte Bush vor dem 20. März 2003 den Irakkrieg international zu legitimieren? Welche Gründe sollten einen militärischen Sturz Saddam Husseins rechtfertigen?

Erstens, der vermeintliche Besitz von Massenvernichtungswaffen; in seiner Rede vom 29. Jänner 2002 erhob Bush jr. vor einer breiten Öffentlichkeit den Vorwurf, der Irak verfüge über atomare, biologische und chemische Waffen bzw. trachte nach ihnen. Der Besitz von Massenvernichtungswaffen in den Händen eines unberechenbaren und blutrünstigen Diktators würde laut Bush die politische Stabilität des Nahen Ostens und der internationalen Staatengemeinschaft massiv gefährden. Um sich dieser Gefahr nicht aussetzen zu müssen, wären offensive Handlungen zur Entwaffnung des zwischen Euphrat und Tigris gelegenen Landes unabdingbar:

The Iraqi regime has plotted to develop anthrax, and nerve gas, and nuclear weapons for over a decade. [...] They could attack our allies or attempt to blackmail the United States. [...] And all nations should know: America will do what is necessary to ensure our nation's security. (Rede des Präsidenten zur Lage der amerikanischen Nation am 29. Jänner 2002).

Bushs Verweis auf die mangelnde Kooperation des Saddam-Regimes hinsichtlich der vom UN-Sicherheitsrat verhängten Waffeninspektionen⁴⁸ im Irak sollte bei den Rezipienten seiner öffentlichen Reden wiederum den bleibenden Eindruck hinterlassen, das Regime plane mit seinen Massenvernichtungswaffen Angriffe auf die unmittelbaren Anrainerstaaten oder

⁴⁸ Rüstungskontrollinspektionen durch die UNSCOM (United Nations Special Commission on Iraq) wurden erstmals in der Waffenstillstandsresolution 687 im April 1991 festgeschrieben, eine Verschärfung der Kontrollen erfolgte später noch in den Resolutionen 1284 (Dezember 1999) und 1441 (November 2002), vgl. Meier 2003, 175f.

die USA, denn “[...] *this is a regime that has something to hide from the civilized world.*” (Rede des Präsidenten zur Lage der amerikanischen Nation am 29. Jänner 2002). Nun kann das Argument, ein Regime, das UN-Waffeninspektoren den Zugang zu den Waffenbeständen und Anlagen verweigert, mache sich verdächtig, berechtigt sein, doch ebenso berechtigt erscheint hier in diesem Kontext der Vorwurf an die USA, in Rüstungsfragen mit zweierlei Maß zu messen (z.B. Indien, Pakistan). Wenn es im Vorfeld des Irakkrieges ausschließlich nach der akuten Gefahr eines Anschlages mit ABC-Waffen gegangen wäre, hätten die Amerikaner zunächst Nordkorea bombardieren müssen, denn dessen Bedrohungs- und Risikopotenzial war und ist für die unmittelbar angrenzende Region weitaus gefährlicher als jenes des Irak (Adam/Schmidt 2003, 117). Nordkorea, das mit über einer Million Mann eine der größten Armeen der Welt besitzt, wäre für die USA bedeutend schwieriger zu besiegen gewesen, insbesondere auch deshalb, weil hier im Gegensatz zum schwachen irakischen Militär, im Sinne Münklers, eine asymmetrische Kriegsführung nicht möglich gewesen wäre. *Zweitens*, die vermeintliche Unterstützung von Terroristen; die Anschuldigung, das Saddam-Regime könnte seine Massenvernichtungswaffen an terroristische Gruppen weitergeben, damit diese Anschläge gegen die amerikanische Bevölkerung durchführen, war ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Rechtfertigungsstrategie. Bush und mehrere seiner Berater vertraten ferner die Meinung, der Irak wäre bereits an den Anschlägen in New York direkt bzw. indirekt beteiligt gewesen. So soll sich der amerikanische Präsident dem Journalisten Bob Woodward zufolge am 17. September 2001 während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates zu einer Beteiligung Saddams an den Terroranschlägen folgendermaßen geäußert haben: *„Ich glaube, dass der Irak beteiligt war, aber ich werde sie jetzt nicht angreifen. Mir fehlen im Moment die Beweise.“* (Woodward 2003, 133). Ähnliche Äußerungen des Präsidenten in der Öffentlichkeit stießen innerhalb Amerikas auf fruchtbaren Boden (Adam/Glebocki/Wicker 2003, 82f.). In seiner Ansprache zur Lage der Nation unmittelbar vor Ausbruch des Krieges beharrte George W. Bush ein letztes Mal auf der Annahme, der Irak habe Terroristen des Al-Qaida-Netzwerkes „geholfen, trainiert und ihnen Unterschlupf gewährt“ und somit eine Alternative zu einer militärischen Entwaffnung des Regimes nicht möglich ist (Rede des Präsidenten zur Lage der amerikanischen Nation am 17. März 2003). Stichhaltige Beweise für diese Vorwürfe blieb er jedoch auch zu diesem Zeitpunkt schuldig. Eine unabhängige US-Untersuchungskommission, die klären sollte, ob es hinsichtlich der Anschläge vom 11.9. eine Zusammenarbeit des Irak mit Al-Qaida gab, kam in einem am 16. Juni 2004 veröffentlichten Teilbericht zu dem Ergebnis, dass eine Kooperation

zwischen den beiden Akteuren nicht nachzuweisen ist (Salzburger Nachrichten, 18.6.2004, 11).⁴⁹

Drittens, die Befreiung des irakischen Volkes von der Diktatur Saddam Husseins; der Krieg gegen den Irak sollte aus Sicht der Bush-Administration nicht nur zur Verhinderung von Terroranschlägen und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen geführt werden, sondern auch aus humanitären Gründen. Bushs Reden in den letzten Monaten vor Kriegsbeginn waren in einem signifikanten Ausmaß charakterisiert durch die ständigen Verweise auf das Leiden der irakischen Bevölkerung unter der über 20jährigen Herrschaft des Diktators. Insbesondere in seiner Rede vor den Repräsentanten der UN-Generalversammlung im September 2002 betonte der US-Präsident die Notwendigkeit den Tyrannen zu stürzen, um dem irakischen Volk seine Würde und Freiheit zurückzugeben:

Tens of thousands of political opponents and ordinary citizens have been subjected to arbitrary arrest and imprisonment, summary execution and torture by beating and burning, electric shock, starvation, mutilation and rape [...] all of these horrors concealed from the world by the apparatus of a totalitarian state. (Rede des Präsidenten vor der UN-Generalversammlung am 12. September 2002)

Die Betonung auf den Kampf für Menschenrechte und individuelle Freiheit sehen die USA analog zur Stärkung des freien Unternehmertums als die Grundpfeiler westlicher Demokratie an (Nationale Sicherheitsstrategie der USA, Vorwort George W. Bushs). Nun handelt es sich dabei um hehre Ziele, deren Unterstützung man sich nicht verweigern sollte; dennoch werfen vor allem die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit (u.a. die systematischen Folterungen an Irakern im Abu Ghraib-Gefängnis durch amerikanische Soldaten) einen dunklen Schatten auf die „Menschenrechtspolitik“ der Vereinigten Staaten. Ferner ist der „Export“ von „westlicher“ Demokratie wenig vielversprechend, solange keine irakischen Organisationen am Aufbau von demokratischen Strukturen wesentlich beteiligt sind.

Das „Bemühen“ des US-Präsidenten um die Zustimmung der Vereinten Nationen und der neben den USA und Großbritannien drei ständigen Sicherheitsratsmitglieder zu einem Krieg gegen den Irak wurde durch die unmissverständliche Betonung unilateraler Maßnahmen konterkariert und scheiterte. Nach der Ansprache vor der UNO schienen die Würfel endgültig gefallen zu sein; die letzten Zweifel darüber ob die Hardliner in der Bush-Administration sich mit ihrem bedingungslosen Kriegskurs durchsetzen würden, waren weitgehend ausgeräumt, daran konnte auch die am 8. November 2002 verabschiedete UNO-Sicherheitsratsresolution 1441 inklusive der folgenden Waffeninspektionen nichts mehr ändern. Bereits am 10. und 11.

⁴⁹ Al-Qaida-Führer Osama Bin Laden soll dem Bericht zufolge lediglich im Jahre 1994 einmal einen irakischen Geheimdienstoffizier getroffen haben, um Möglichkeiten einer Kooperation auszuloten. Diese kam jedoch aufgrund unterschiedlicher Ansichten nie zustande.

November 2002 gaben die beiden Häuser des US-Kongresses mit großer Mehrheit dem Kurs des Präsidenten ihre Zustimmung (Kremp 2003, 93).

Heute gilt es als gesichert, dass der irakische Despot, der während seiner Regentschaft zwei Kriege in der Region anzettelte, zur Jahreswende 2002/03 über keinerlei ABC-Waffen (mehr) verfügte und auch keine Kontakte zu Terrororganisationen hatte. Das Instrumentarium der Waffenkontrollen durch die Inspektoren der Vereinten Nationen erwies sich somit als weitgehend effizient, auch wenn Saddam Hussein im Dezember 1998 die Waffeninspektionen für beendet erklärte. Diese einseitige Aufkündigung war aus heutiger Sicht – eine Ironie des Schicksals – wohl zugleich der Anfang des Endes des irakischen Staatschefs und bot Bush die einmalige Chance, einen ehemaligen, nun ungeliebten Verbündeten loszuwerden.

Für die internationalen Beziehungen und das Völkerrecht hatte der Krieg gegen den Irak freilich schwerwiegende Folgen.

2.1.2.2.2. Der Sturz des Despoten – Von langer Hand geplant?

Der Aufbau eines Nationalen Raketenabwehrsystems sowie der Regimewechsel in Bagdad waren für die Bush-Administration seit Beginn ihres Amtsantritts wesentliche politische Ziele; für letzteres Ziel existieren bis dato zwar keine (öffentlich zugänglichen) Dokumente oder Berichte der Regierung Bush jr., die explizit belegen würden, dass der Irak-Krieg bereits kurz nach dem 11. September 2001 bzw. bereits vorher „beschlossene Sache“ war, doch verbale Stellungnahmen und Äußerungen führender Vertreter der Regierung bzw. ihnen nahestehender Personen lassen dennoch erkennbare Aufschlüsse zu, die diese These stützen würden. Nach dem umstrittenen Präsidentschaftswahlsieg Bushs im Jahre 2000 kam es zu gravierenden Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik. Während sein Vorgänger Bill Clinton mit Hilfe von UN-Waffeninspektionen und Wirtschaftssanktionen den irakischen Diktator in die Knie zu zwingen versuchte, beriefen sich Bush und zentrale Personen seiner Administration deutlich auf den außenpolitischen Kurs des früheren, amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Ziel dieser außenpolitischen Kehrtwende sollte die Wiederherstellung der Reagan'schen militärischen Stärke sein, die Aufrechterhaltung der politischen und ökonomischen Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten (insbesondere im Nahen Osten und in Zentralasien), sowie die Gestaltung einer internationalen Sicherheitsordnung, die ausschließlich auf amerikanischen Interessen und Prinzipien aufgebaut sein sollte. Eine nicht unbedeutende Rolle in der Formulierung von Regierungszielen der Bush-Regierung, ausdrücklich in sicherheitsstrategischen und

außenpolitischen Fragen, nehmen (neo-)konservative Think Tanks wie das „Project for the New American Century“ (PNAC), das „American Enterprise Institute“ (AEI) oder das „Center for Security Policy“ (CSP) ein (Szukala/Jäger 2003, 39). Bei Think Tanks (Denkfabriken) handelt es sich um nicht-profitorientierte Organisationen, die sich aus Politikwissenschaftlern, Ökonomen, Experten für außenpolitische Fragen, Intellektuellen und Journalisten zusammensetzen, deren Hauptziel die Beeinflussung von Regierungsentscheidungen durch wissenschaftliche Gutachten, Kommentare und Einschätzungen in (organisationseigenen) Zeitschriften⁵⁰ und ideologisch-nahestehenden Fernsehanstalten, Buchveröffentlichungen etc. ist.⁵¹ Ferner entsenden sie häufig Experten in Ausschüsse des US-Kongresses, da diese sich für die Verabschiedung des amerikanischen Budgets verantwortlichen zeigen und infolgedessen über beträchtlichen politischen Einfluss verfügen; manche Mitglieder („Senior Fellows“) der Think Tanks agieren jedoch auch direkt als Berater von Regierungen (Homolar-Riechmann 2003, 33).

Die Konzepte und Strategien der PNAC, AEI oder des CSP beziehen sich im wesentlichen auf die Bereiche „starke Außenpolitik“ und effektive „nationale Verteidigungspolitik“. Im Gegensatz zu den traditionellen konservativen Strömungen innerhalb der Republikanischen Partei, deren außenpolitische Anschauungen eher als isolationistisch charakterisiert werden müssen, bekennen sich neokonservative Ideologen zu einem offensivem Internationalismus, der „die gewaltsame Verbreitung von Demokratie durch amerikanische Interventionen“ (Homolar-Riechmann 2003, 38) zum Ziel hat, aber dennoch auch mit den neorealistischen Ansichten (Interessenssicherung und –maximierung) kompatibel ist. Diese Betonung auf internationalistische Ideen hat ihre Wurzeln in den Anfängen des Neokonservatismus. Die erste Generation von Aktivisten, wie Irving Kristol oder Norman Podhoretz, fanden ihre politische Sozialisation zunächst in der internationalistischen, extremen politischen Linken, namentlich im Trotzismus. Als überzeugte Anti-Stalinisten lehnten sie die vorsichtige außenpolitische Annäherung der USA an die UdSSR in den 1960er und 1970er Jahren als „Appeasement-Politik“ zu tiefst ab und wechselten die politischen Lager. Mit dem Amtsantritt Ronald Reagans als US-Präsident 1980 gelangten bereits einige von ihnen in das Weiße Haus (Homolar-Riechmann 2003, 37). Die extreme Abneigung gegenüber nicht-militärischer Außenpolitik wird auch in der Auseinandersetzung um den Irak deutlich sichtbar.⁵²

⁵⁰ Zu neokonservativen Zeitschriften zählen u.a. „Weekly Standard“, „The National Interest“ und „Commentary“.

⁵¹ Vgl. <http://www.aei.org>, <http://www.csp.org>, oder <http://www.newamericancentury.org>

⁵² Das Verhalten der Clinton-Administration gegenüber dem Irak wurde von neokonservativer Seite stets zutiefst abgelehnt; der politische Kurs Clintons erhielt als Anspielung auf die „Beschwichtigungspolitik“ (Appeasement) des britischen Premiers Chamberlain gegen Hitler während der 1930er Jahre dieselbe diffamierende Bezeichnung, vgl. u.a. <http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm>

2.1.2.2.3. Das „Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert“ – Idealismus oder Imperialismus?

Das Zentrum der Ideen des momentanen außenpolitischen Kurses der USA scheint gegenwärtig das „Project for the New American Century“ (Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert, PNAC) zu sein. Besonders bemerkenswert an dieser Denkfabrik ist die unübersehbare thematische Fokussierung auf die Irak-Problematik.⁵³

Die Position der im Juni 1997 gegründeten Organisation wurde mit dem Einzug Bushs und seines Kabinetts in das Weiße Haus massiv gestärkt. Diese Schlussfolgerung kann deshalb gezogen werden, weil Angehörige bzw. Berater der Bush-Administration PNAC-Dokumente und Stellungnahmen mitverfassten und begrüßten. Es wäre dennoch falsch anzunehmen, dass neokonservative Denkmuster die amerikanische Außen- bzw. Verteidigungspolitik zur Gänze beherrschen würden. So versuchte Außenminister Powell zunächst einen Regimewechsel im Irak ohne militärische Sanktionen herbei zu führen; Saddam Hussein sollte durch Waffeninspektionen entwaffnet und somit im eigenen Land politisch geschwächt werden. Ein „demokratischer“ Regimewechsel durch eine wiedererstarke irakische Opposition wäre dann nur mehr eine Frage der Zeit gewesen: „[...] *there was a realistic chance that it could have worked if [Saddam, Anm. d. Verf.] realized the seriousness of the President's intent.*“ (Kreft 2003, 458f.). Powell gelang es jedoch nicht, sich gegen die ideologischen Hardliner in der Regierung und seinem Ministerium⁵⁴ durchzusetzen.

Zu jenen Personen, die dem PNAC nahe stehen, die Grundsatzerklärung der Organisation 1997 unterzeichneten oder andere Dokumente unterstützten bzw. als offizielles oder inoffizielles Mitglied geführt werden, zählen u.a. Vizepräsident Richard „Dick“ Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und sein Vize Paul Wolfowitz, als auch Richard Perle, bis zum Frühjahr 2003 Vorsitzender des „Defense Policy Boards“ und nunmehriger „einfacher Berater“ des Pentagons.⁵⁵ Ebenfalls dem PNAC verbunden bzw. zuzuordnen sind der Staatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheitsfragen, John R. Bolton, Bushs Kontaktmann zur irakischen Opposition, Zalmay Khalilzad, sowie Dick Cheneys persönlicher Assistent und Experte für nationale Sicherheitsfragen, I. Lewis „Scooter“ Libby.

⁵³ Auf der Website des PNAC stehen eine Vielzahl an Dokumenten, Stellungnahmen und Kommentare zum Thema Irak (unter Saddam Hussein) zum Download bereit, vgl. <http://www.newamericancentury.org>

⁵⁴ Zu den Hardlinern im Außenministerium zählen insbesondere Powells Vize Richard Armitage sowie der Staatssekretär für internationale Sicherheit und Rüstungskontrolle, John Bolton; beide wurden gegen die Vorbehalte Powells für ihre Posten ernannt, vgl. Laurent 2003, 115.

⁵⁵ Das „Defense Policy Board“ ist ein Beratergremium des Pentagons, das - auch wenn es rein rechtlich keine Entscheidungskompetenzen besitzt – sehr einflussreich ist.

Erstmals medienwirksam in Erscheinung trat das PNAC am 26. Jänner 1998, als 18 ihrer Mitglieder einen offenen Brief an den damaligen amerikanischen Präsidenten Clinton schrieben, der jedoch unbeantwortet blieb. Das als „Clinton Letter“ titulierte Pamphlet beinhaltete massive Kritik am Vorgehen des Präsidenten in der Causa Irak. Die Unterzeichner, u.a. Rumsfeld, Wolfowitz, Perle und der stellvertretende Außenminister Richard Armitage, forderten bereits damals Clinton zu einem Sturz Saddam Husseins mit militärischen Mitteln auf, da vitale Interessen der USA in der Nahostregion in Gefahr wären:

We urge you to [...] enunciate a new strategy that would secure the interests of the U.S. [...]. That strategy should aim, above all, at the removal of Saddam Hussein's regime from power. We stand ready to offer our full support in this difficult but necessary endeavor. [...] The only acceptable strategy is one that eliminates the possibility that Iraq will be able to use or threaten to use weapons of mass destruction. In the near term, this means a willingness to undertake military action [...]. [...] it means removing Saddam Hussein and his regime from power. That now needs to become the aim of American foreign policy. [...] We believe the U.S. has the authority under existing UN resolutions to take the necessary steps, including military steps, to protect our vital interests in the Gulf. (vgl. „Iraqclintonletter“, einsehbar auf der Website des PNAC).

Das ideologische Fundament des PNAC kam bereits in der Grundsatzerklärung vom 3. Juni 1997 zum Vorschein; es wird eine Rückbesinnung auf wesentliche Elemente der früheren Regentschaft Ronald Reagans gefordert, die Clinton angeblich so beharrlich negierte; dazu zählen u.a. die Bereitschaft der Regierung die nationalen Streitkräfte massiv zu stärken, um momentanen und zukünftigen Gefahren mutig entgegenzutreten zu können, sowie die Schaffung einer Außenpolitik, die Amerikas Werte und Prinzipien eindrucksvoll in der Welt verbreitet (Prinzipienerklärung des Think Tanks, einsehbar auf der Website des PNAC). Diese Sichtweise der Außenpolitik erinnert frappierend an das Selbsthilfesystem, das neorealistic Vertreter propagieren: militärische Aufrüstung, permanente Abschreckung, begrenzte politische Bündnisse (z.B. „Coalition of the willing“).

Im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes 2000 publizierten die führenden Köpfe des PNAC, Thomas Donnelly, Donald Kagan und Gary Schmitt ein imposantes 90 Seiten starkes Strategiepapier mit dem Titel „*Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources For a New Century*“ (Amerikas Verteidigungsmittel umgestalten: Strategien, Kräfte und Ressourcen für ein neues Jahrhundert) (Dokument einsehbar auf der Website des PNAC), dessen inhaltliche Vorgaben später von der Bush-Administration in die „offizielle“ Theorie bzw. auch in die Praxis umgesetzt werden sollten (vgl. u.a. auch Nationale Sicherheitsstrategie der USA). In ihrem „Manifest“ erneuerten die Autoren ihre Kritik an der

nun mehr scheidenden Clinton-Regierung und warfen ihr abermals vor, während ihrer Regentschaft die militärischen Kapazitäten der USA vernachlässigt zu haben, sodass essentielle Interessen und die internationale Macht Amerikas gefährdet seien. An den neuwählenden Präsidenten wird die Forderung gestellt, das Budget für Militärausgaben zu erhöhen (3,5-3,8% des BSP = 100 Milliarden US-\$), um die „*einzigartige Position der Vereinigten Staaten*“ (Rebuilding Americas Defenses, 75) zu Lande, zu Wasser, in der Luft, im Weltraum und im „Cyberspace“ (!) wieder sicherzustellen. Besondere Aufmerksamkeit muss der zukünftige amerikanische Präsident den Autoren zufolge auf den Persischen Golf richten:

[...] the United States has for decades sought to play a more permanent role in Gulf [...] the unsolved conflict with Iraq provides the immediate justification, the need for a substantial American force presence in the Gulf transcends the issue of the regime of Saddam Hussein. (Rebuilding Americas Defenses, 14).

Anders als im sogenannten „Clinton Letter“ vermieden die PNAC-Strategen diesmal explizit von militärischen Schlägen als Mittel zur Beseitigung des Saddam-Regimes zu sprechen, doch ihre verbalen Ausführungen waren dennoch nicht misszuverstehen: *“After eight years of no-fly-zone operations, there is little reason to anticipate that the U.S. air presence in the region should diminish significantly as long as Saddam Hussein remains in power.”* (Rebuilding Americas Defenses, 17). Auch von der Verlegung amerikanischer Militärbasen von Saudi-Arabien in einen durch einen Machtwechsel veränderten Irak war im September 2000 bereits die Rede. Interessant ist ferner, dass der Irak, Nordkorea, der Iran und Libyen bereits damals als „Schurkenstaaten“ (Rogue States) bezeichnet wurden, eine Metapher, die George W. Bush erst anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Jänner 2002 öffentlich bekannt machte. Zufall?

Einer der eifrigsten Verfechter eines militärischen Sturzes Saddam Husseins war der frühere Vorsitzende des „Defense Policy Boards“, Richard Perle. Bereits vor seinem de facto erzwungenen Rücktritt von dieser Position im Frühjahr 2003 aufgrund zu enger Verstrickung von politischen und ökonomischen Machenschaften, präsentierte er sich als Hardliner in der Causa Irak. In einem Artikel der „San Diego Union-Tribune“ vom 16. Dezember 2001 sah er einen Krieg gegen den Irak als logische „zweite Phase“ des „war against terrorism“ an (vgl. Richard Perle: Should Iraq be next?). Diese Aussage stärkt die Vermutung, dass der Militärschlag gegen die Taliban nur der Beginn für größere militärische Operationen der USA in der Nahost-Region darstellte. Unmittelbar nach Ausbruch des Irakkrieges resümierte Perle zufrieden in der englischen Tageszeitung „The Guardian“: *„[...] thank god for the death of the UN“*. (vgl. Richard Perle: Thank God for the Death of the UN). Perle's Theorien wurden

von seinen Regierungskollegen in die Praxis umgesetzt: Zerstörung des irakischen Regimes und Marginalisierung der Vereinten Nationen.

Der Sturz des Saddam-Regimes war sowohl für die Clinton- als auch für die Bush jr.-

Administration ein wichtiges politisches Ziel; führende Protagonisten der heutigen Regierung planten bereits vor den Terroranschlägen der Al-Qaida in New York und Washington den Regimewechsel, doch erst die Ereignisse des 11.9. brachten eine Rechtfertigung für einen Militärschlag. Der „Regimewechsel-Plan“ musste nur aus der „Schublade“ hervorgeholt werden. Als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 und des daraus resultierenden Macht- und -Sicherheitsdilemmas bekannte sich die amerikanische Regierung am 17.

September 2002 mit der Unterzeichnung der National Security Strategy of the United States of America (NSS) zu präemptiven⁵⁶ bzw. präventiven⁵⁷ Militärschlägen gegen staatliche und nichtstaatliche Akteure, die Massenvernichtungswaffen besitzen und weiterverbreiten (könnten) und terroristische Zellen aktiv oder logistisch unterstützen. Diese Militärstrategie fand mit der Invasion im Irak erstmals ihre praktische Umsetzung und soll als Abschreckungsszenario für vermeintliche Schurkenstaaten wie Syrien oder dem Iran auch zukünftig Gültigkeit besitzen.

Auch wenn in der NSS von einer konstruktiven Zusammenarbeit mit anderen „freiheitsliebenden“ Staaten im Kampf gegen den Terror gesprochen wird und man deshalb einen kurzen Moment geneigt ist, die Vereinigten Staaten als Unterstützerin institutionalistischer internationaler Beziehungen zu sehen, lässt der Sicherheitsbericht dennoch kaum Zweifel darüber aufkommen, dass die Verantwortlichen durch den Verweis auf die allumfassende politische, ökonomische und v.a. militärische Überlegenheit der USA einem neorealistischen Weltbild zugewandt sind.

2.1.2.3. Strategische und geopolitische Interessen der USA in der Nahost-Region

Autorin: Amina Komarica

⁵⁶ Präemption ist militärisches Handeln, um unmittelbar bevorstehende Gefahren zu bekämpfen., vgl. Gärtner 2004, 27.

⁵⁷ Prävention ist eine bewusste Entscheidung eines Akteurs, militärische Gewalt anzuwenden, wenn er glaubt, militärisch überlegen zu sein, sich strategische Vorteile davon verspricht oder damit einen unzumutbaren Schaden abwenden kann., vgl. Gärtner 2004, 26.

2.1.2.3.1. Die geopolitische Bedeutung des Nahen- und Mittleren Osten

Über die geopolitischen Motive der USA ist viel spekuliert worden. Für einige Strategen ist die US-Geopolitik⁵⁸ im Mittleren Osten hauptsächlich durch drei strategische Ziele bestimmt worden: die Eindämmung des sowjetischen Einflusses, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch die Herstellung einer regionalen Stabilität abgelöst worden ist; die Sicherung des freien Zugangs zum Erdöl, sowie die Garantie der Sicherheit des Staates Israel. Schon die Frage, wo der „*Greater Middle East*“ liegt, sprich: welche Region er umfassen soll, ist von erheblicher Relevanz. Amerikanische und einige europäische Autoren verbinden mit dem „Mittleren Osten“ durchaus unterschiedliche geopolitische Vorstellungen – Formulierungen wie von Marrakesch bis Bangladesch. Neben den arabischen Ländern, Israel und Iran zählen manche auch Zentralasien, den Kaukasus oder die Türkei und gelegentlich auch Südasien zur Region. Dabei wird jedoch häufig, wenn es um die konkrete Problemanalyse geht, nur von den arabischen Staaten gesprochen. Als ein strategisch und politisch wichtiges Gebiet beherbergt die Region auch die größten und produktivsten Öl- und Gasreserven der Welt. Die Region ist zwischen drusischen, schiitischen, sunnitischen und christlichen Ghettos geteilt. Fünf Hauptgruppen (Arabische Halbinsel, Irakisch, Syrisch - Palästinensisch, Ägyptisch, Maghrebisch), drei monotheistische Religionen, unterschiedliche Gesellschaftsformen, Wirtschaftssysteme und Kulturen treffen hier aufeinander. Starkes Bevölkerungswachstum, mangelnde sozioökonomische Basis, der islamische politische Fundamentalismus schaffen immer ein latentes Konflikt- und Krisenspektrum (Kirchner 2004, 172).

Die Nahost-Region ist in den letzten Jahrzehnten permanenter Brennpunkt der Weltpolitik gewesen. Alle Länder des Nahen Ostens befinden sich in einer unruhigen und oft bedrohlichen Nachbarschaft. Eine geopolitisch relevante Bestimmung der Region muss die maßgeblichen regional bildenden Faktoren (Konfliktzusammenhänge, transnationale Bindungen) berücksichtigen.

Wegen seiner territorialen Größe, seiner militärischen Stärke und strategischen Tiefe, seiner reichen Rohstoffvorkommen und seiner großen Bevölkerung ist der Iran traditionell ein herausgehobener Machtfaktor der Nahost-Region. Durch seine beherrschende Lage am

⁵⁸ Der Begriff „Geopolitik“ wurde vor über 100 Jahren von Rudolf Kjellen in die Literatur eingefügt, die heute einer praktisch orientierten politischen Geographie gewichen ist. Zum einen ist die Geopolitik die Analyse der spezifischen Interessen von Nationalstaaten in Bezug auf die Sicherung und wirtschaftliche Nutzung von Territorien und ihrer Strategien Gegenstand der Untersuchungen. Zum anderen geht es um die akademische Geopolitik im Sinne eines Ansatzes, staatliche und internationale Politik zu interpretieren und zu erklären. Diese akademische Variante der Geopolitik ist immer in ihrem jeweiligen Teilbereich (Geostrategie, Geoökonomie etc.) eine politische engagierte bzw. angewandete Wissenschaft vgl. Nohlen 2002, 265f.

Persischen Golf und der Straße von *Hormuz* verfügt der Iran über strategische Einflussmöglichkeiten auf die für die westliche Welt wichtigste Öltransport-Route (Peres 1996, 51).

Aufgrund seiner geostrategischen Lage besitzt Ägypten die Brückenfunktion zwischen Nordafrika und dem Nahen Osten und ist einer der Schlüsselstaaten für den Nahost-Friedensprozess. Seine politische und wirtschaftliche Stabilität ist für Europa wie die USA von strategischem Interesse. Durch den wachsenden Asienhandel europäischer Volkswirtschaften und den zunehmenden Warenverkehr durch den Suez-Kanal nimmt die Bedeutung Ägyptens für Europa ständig zu (Peres 1996, 63).

Die Rückgewinnung der *Golan*-Höhen bleibt für Syrien ein strategisches Ziel. Längerfristig ist die Golan-Frage nur durch einen politischen Kompromiss zwischen Israel und Syrien und entsprechende völkerrechtliche Regelungen und Garantien zu lösen. Dieser bedingt die Wiederaufnahme syrisch-israelischer Friedensverhandlungen, die allerdings auf absehbare Zeit nicht stattfinden wird. Syrien hält im offiziellen Sprachgebrauch weiterhin die militärische Option gegenüber Israel offen. Darüber hinaus ist Syrien im Besitz von C-Waffen und verfügt über mehrere hundert Raketen kurzer und mittlerer Reichweiten. Außer militärischen Sicherheitsfragen sind damit auch Wasserzugangs- und Verteilungsprobleme mit Israel berührt (Peres 1996, 67).

Jordanien hat als Konsequenz aus dem Friedensvertrag mit Israel seine Streitkräfte reduziert. Die Annäherung an Israel ist in Jordanien jedoch nicht unumstritten. Neben der Unzufriedenheit mit innenpolitischen Entwicklungen war sie der Anlass für die Islamische Aktionsfront, die Parlamentswahlen des 4. November 1997 zu boykottieren. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage, die sich aus dem großen Bevölkerungswachstum und dem Fehlen eigener Öl-, Gasvorkommen sowie ständiger Wasserknappheit ergibt, ist es König Hussein gelungen, ein erstaunliches Maß an Stabilität zu erhalten - dies trotz eines über 60% igen palästinensischen Bevölkerungsanteils. Die ehemals fundamentalistische Islamische Aktionsfront genießt seit 1989 offizielle Anerkennung. Ihre frühzeitige Einbindung bei den ersten freien Wahlen im selben Jahr beugte bisher einer Radikalisierung vor. Die Systemstabilität hat sich nach dem Tode König Husseins in der reibungslosen Nachfolge durch seinen ältesten Sohn Abdullah gezeigt (Peres 1996, 73).

Das Hauptanliegen des Libanon im Nahost-Friedensprozess ist die Beseitigung der völkerrechtswidrigen israelischen Besetzung des Süd-Libanon (ca. 10 % des libanesischen Staatsgebietes) auf der Grundlage von „*Security Council Resolution No. 425 (1978)*“. Diese ist inzwischen auf Beschluss der Knesset durch den einseitigen israelischen Truppenabzug erfüllt worden. Positiv anzumerken ist, dass die befürchteten Unruhen im Süd-Libanon nach

diesem Truppenabzug ausgeblieben sind. Die Aufstockung der UN-Mission UNIFIL⁵⁹ könnte auch künftig dafür sorgen, dass dieses Gebiet befriedet bleibt, zumal die Hisbollah ihr strategisches Ziel, die Befreiung des Süd-Libanon von den israelischen Besetzern, erreicht hat (Peres 1996, 82).

Die militärische und politische Führungsrolle im Nahen und Mittleren Osten strebt der Irak an. Er grenzt an Kuwait, Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien, die Türkei, Iran und an die Persische Golf-Region, die längst in den geostrategischen Würgegriff der Vereinigten Staaten geraten war. Der Irak ist in 18 Provinzen unterteilt. Wichtigster Wirtschaftszweig des Landes ist die Erdölförderung und er hätte nach Saudi-Arabien die größten erkundeten Erdölvorräte.

2.1.2.3.2. Nahost-Konflikt und Existenzrecht Israels

Der Nahen Osten ist geprägt durch unruhige und oft bedrohliche Nachbarschaftsverhältnisse. Zu viele ungelöste geopolitische und innergesellschaftliche Konflikte, zu wenig regionale Institutionen sind vorhanden. Seit der Staatsgründung von Israel gab es nicht weniger als sechs arabisch-israelische Kriege, verschiedene innerarabische Konflikte, zahllose Anschläge und Bürgerkriege. Die Geschichte des Nahostkonfliktes, den man als Konflikt zwischen Israel und Palästinensern bezeichnet, zieht sich vom Beginn der zionistischen Einwanderung nach Palästina im 19. Jahrhundert⁶⁰ bis in die heutige Zeit hin (Chomsky 1999, 21). Im weiteren Sinne ist es der Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Anrainerstaaten, darunter Ägypten, Syrien, Jordanien und Irak.

Gegenstand des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern ist die Forderung der Palästinenser nach einem eigenen Staat zu Beginn auf dem Gebiet ganz Palästinas (also unter Vernichtung Israels), später nur noch auf dem Territorium des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Das Existenzrecht Israels spielt in diesem Konflikt eine zentrale Rolle. Israel hat sich dieser Staatsgründung lange widersetzt und auch heute noch sind bedeutende Teile der israelischen Bevölkerung dagegen. Andererseits wurde das Existenzrecht Israels von der in den Palästinensergebieten einflussreichen palästinensischen Organisation PLO erst 1998 offiziell in ihrer Charta anerkannt. Viele palästinensische Organisationen, wie beispielsweise Jassir Arafats "Fatah", sowie die islamistischen Organisationen ("*Hamas*", "*Islamischer Dschihad*") fordern jedoch weiterhin die "Befreiung ganz Palästinas", was einer Verneinung

⁵⁹ United Nations Interim Force in Lebanon

⁶⁰ Vor diesem Hintergrund entstand die Idee, einen eigenen Staat für die verfolgten Juden zu schaffen. Schon vorher waren immer wieder Juden aus religiösen Gründen nach Palästina ausgewandert. Der erste Zionistische Kongress 1897 in Basel unter der Führung von Theodor Herzl goss den Zionismus in eine neue, politische Form, vgl. Chomsky 1999, 21.

des Existenzrechtes Israels und dem Aufruf zur Vernichtung des jüdischen Staates gleichkommt (Chomsky 1999, 44). Von den 1960er Jahren bis zu den 1980er Jahren war das Ziel der PLO, der *Palestinian Liberation Organization*, gemäß interner und offizieller Dokumente, einen palästinensischen Staat zu errichten, der Jordanien, Israel, das Westjordanland und den Gazastreifen einschließen sollte (Glasneck/Timm 1992, 121). Durch die Bekundung einer gemeinsamen historischen, kulturellen und politischen Identität war es den palästinensischen Arabern gelungen, eine Gemeinschaft zu organisieren, die ein politisches Programm für eine gemeinsame Zukunft in einem zu gründenden Staat Palästina zu forcieren. Die Bildung der palästinensischen "Nation" dürfte vor diesem Hintergrund mindestens bis zur Gründung der PLO im Jahre 1964 und der Entstehung ihrer Charta zurückreichen (Glasneck/Timm 1992, 128). Nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 verübte die PLO eine Reihe von Anschlägen gegen Israel, was in der Schlacht von Karame 1968 auf jordanischem Territorium seinen Höhepunkt findet. König Hussein von Jordanien geriet immer mehr in einen Konflikt mit der PLO, weil er einerseits durch ihre Provokationen gegen den Nachbarstaat und andererseits durch die revolutionäre innenpolitische Haltung der PLO in Jordanien eine ernstzunehmende Gefahr für seine Monarchie sah. Dies eskaliert 1970 nach einem Attentatsversuch auf ihn zum "Schwarzen September". In der Folge muss die PLO ihre Basen in den Libanon verlegen. Seitdem bezeichnet Palästina nur das Gebiet westlich des Jordans (Glasneck/Timm 1992, 129). Israel hat bis zum heutigen Tag seine territorialen Grenzen nicht definiert. Es hatte vor und nach der Staatsgründung stets eine Eroberungsstrategie verfolgt, die bis heute anhält. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges von 1948 lehnte Israel das Angebot der arabischen Staaten ab, Frieden auf der Basis des UN-Teilungsplans zu schließen. Die israelische Regierung zog es stattdessen vor, im Bündnis mit dem jordanischen Königreich das Mandatsgebiet Palästina aufzuteilen und sich auf seine bereits damals überlegene Militärmacht zu stützen. Der von der UNO im Jahre 1947 beschlossene Teilungsplan sah die Aufteilung des ursprünglichen palästinensischen Gebiets in 56 Prozent für den jüdischen Staat und 44 Prozent für einen palästinensischen Staat vor. Israel besetzte im Sechs-Tage-Krieg 1967 100 Prozent des früheren palästinensischen Territoriums. Nach dem Mitchell-Plan sollen nun 40 bis 50 Prozent der noch übrigen 22 Prozent den Palästinensern als Gebiet für einen zukünftigen Palästinenserstaat zur Verfügung stehen (Chomsky 1999, 73). Auf dem Weg zur Anerkennung als Volk durch die internationale Gemeinschaft kamen den Palästinensern zahlreiche politische Faktoren zugute wie etwa ihre Unterstützung durch die einflussreiche Lobby der arabischen Staaten. Diese verfügten über die scharfe „Ölwaffe“ und zögerten im Kampf gegen Israel nicht mit deren Einsatz gegen den Westen. Um wirtschaftliche Reibungen zu vermeiden, mussten die westlichen Industriestaaten

den Arabern politisch entgegenkommen, dabei jedoch ebenso ihrem Grundsatz folgen, Israels Existenzrecht nicht aufs Spiel zu setzen. Hier boten sich unverbindlich gehaltene diplomatische Zugeständnisse in der Palästinenser-Frage an.

2.1.2.3.3. Neuordnung des Nahen Ostens aus der Sicht der USA

Der Begriff „Neue Weltordnung“ ist im nahöstlichen Raum seit den neunziger Jahren im Umlauf. Im Triumphgefühl hatte ihn der damalige amerikanische Präsident George Bush nach dem Ende des zweiten Golfkrieges 1991 geprägt. Ziel der amerikanischen Politik seit Beginn der neunziger Jahre war und ist die Wahrung der US-Führungskontrolle und der Ausschluss von alternativen Vermittlern im arabisch-israelischen Konflikt. Nach der Wende in Osteuropa sollte jetzt die friedliche Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts und die Beschleunigung laufender Demokratisierungsprozesse im Nahen Osten folgen. Die Mehrzahl der arabischen Staaten akzeptierte beide Eckpfeiler und zeigte Bereitschaft, sich an der Neugestaltung der Region konstruktiv zu beteiligen. Dennoch genoss der Begriff „Neue Weltordnung“ keinen guten Ruf, weil Politiker und Intellektuelle darin vor allem den Versuch, die amerikanische Hegemonie zu festigen, sahen.

Bis zu den Auswirkungen des 11. September bestand die amerikanische Strategie auf den Arabisch-Persischen Golf zunächst aus drei Elementen:

[...] zum Einen aus der finanziellen Unterstützung der irakischen Exilopposition, mit deren Hilfe Informationen über Militärprogramme und Verletzungen der internationalen Wirtschaftssanktionen gesammelt [...]); zum Zweiten aus der strikten militärischen Überwachung und Durchsetzung der Flugverbotszonen über dem Nord- bzw. Südirak [...]; zum Dritten leitete die Bush-Administration eine Neuausrichtung der Sanktionspolitik der Vereinten Nationen gegen den Irak ein. (Kremp/Wilzewski 2003, 337f.).

Nach den Anschlägen von New York haben sich die USA politisch und militärisch nicht aus dem Nahen Osten zurückgezogen. Im Gegenteil, das Verhältnis zwischen Washington und Jerusalem hat sich als unverändert, sogar als gestärkt erwiesen. Offiziell verwiesen die Vertreter der Bush-Administration immer wieder darauf, dass es keinen Einfluss der Anschläge in New York und Washington auf die amerikanische Nahostpolitik gebe. Nach wiederholten Aussagen von Präsident Bush jr. und anderen US-Vertretern ist das strategische Ziel der USA die „Umgestaltung“ der Nahost-Region. Bei dieser Neuvermessung der Politik

im Nahen und Mittleren Osten geht es sowohl um die inneren, politischen und sozialen Staaten wie um die zwischenstaatlichen Beziehungen und die regionale Ordnung - vor allem um eine Regelung des arabisch-israelischen Konflikts und um Frage der regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit. Bush hat sich im Vorfeld des Irak-Krieges auch persönlich zu einer Neuordnungsperspektive bekannt, die mit einem Regimewechsel in Irak beginnen soll, um anschließend politische Reformen (d.h. nach US-Diktion v.a. primär Liberalisierung und Privatisierung der Ökonomie, die Schaffung demokratischer Institutionen und freier Wahlen steht nicht an erster Stelle, vgl. Nationale Sicherheitsstrategie der USA) in den palästinensischen Gebieten und den arabischen Staaten und, darauf aufbauend, eine Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu fördern (Perthes 2003, 57). Der Angriff auf den Irak entsprach sowohl Sicherheitsinteressen, als auch einem langfristigen Plan zur geostrategischen Machterweiterung. Gleichzeitig haben israelische Politiker wiederholt erklärt, dass ein US-Angriff auf den Irak eine im israelischen Sinne positive Bedeutung für die ganze Region, insbesondere für den israelisch-palästinensischen Konflikt haben werde. Der israelische Standpunkt ist wichtig, da zahlreiche Juden und sogar israelische Staatsbürger in bedeutenden Positionen im amerikanischen Regierungsapparat tätig sind und entscheidenden Einfluss auf die Bush-Administration ausüben. Die periodisch immer wieder eskalierende israelisch-palästinensische Konfrontation erzeugte und erzeugt Unruhen und Instabilitäten in der gesamten Region. Geostrategische Interessen der USA in der Nahe Osten und die Motive für den Irakkrieg sind offensichtlich. Die Besetzung des Iraks durch amerikanische Truppen war für die Bush-Administration einer der wichtigsten geostrategischen Schritte zur Sicherung und Ausweitung ihrer nationalen Interessen im Irak und in der Region. Der freie Zugang zu den Ölvorkommen im Nahen Osten ist schon immer von größter Wichtigkeit für die amerikanische Politik gewesen. Hierbei spielte auch das amerikanisch-israelische Verhältnis eine entscheidende Rolle.

2.1.2.3.4. Partnerschaft Israels mit den USA - eine Special Relationship?

„We will speak up for our principles. We will stand up for our friends in the world.

And one of the most important friends is the State of Israel.”

(George W. Bush am 3. Mai 2001 vor dem American Jewish Committee)

Nach Ende des Golfkrieges und dem Zerfall der Sowjetunion wurden die Vereinigten Staaten von Amerika zu der einflussreichsten Großmacht im Nahen Osten. Das Verhältnis der USA

zum Staat Israel, der „einzigen Demokratie“ im Nahen Osten, unterlag von jeher nicht nur den zwischenstaatlichen Beziehungen dieser beiden Länder, sondern vielmehr den globalen und regionalen Entwicklungen. Amerikas Einfluss stieg kontinuierlich in dieser Region seit dem „Sechs-Tage-Krieg“⁶¹ von 1967 (Chomsky 1999, 73). Diese Beziehungen verkörpern eine „*Special Relationship*“, die den Eckpfeiler der gesamten amerikanischen Nahostpolitik bildet. Die Begründung für das „spezielle Verhältnis“ dieser beiden Länder liegt vor allem in der erfolgreichen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten und ihren politischen Verbindungen in den USA, als auch in Israel und anderen Teilen der Welt. Juden stellen rund drei Prozent der amerikanischen Bevölkerung. Sie sind liberaler als andere Amerikaner in ihrer politischen, sozialen und gesellschaftlichen Ausrichtung. Sie wählen in einer weitaus größeren Anzahl als jede andere ethnische oder religiöse Gruppe. 92 % aller Juden gehen bei nationalen Wahlen, im Vergleich zu 54 % der gesamten restlichen Bevölkerung (Brenner 1986, 120). Die Juden in Amerika haben ein so intensives Verhältnis zum Staat Israel wie keine andere ethnische Gruppe in den Vereinigten Staaten zu irgendeinem anderen Staat. Gleichzeitig ist keine andere Nation so abhängig von privaten Individuen, deren Organisationen, Einrichtungen oder dergleichen, welche weder in dem Land wohnen noch Bürger dieses Landes sind (Brenner 1986, 106).

Die Zahl der nationalen jüdischen Organisationen in Amerika ist ungemein hoch. Vielmehr setzt die „jüdische Lobby“ sich aus drei Gruppen zusammen: (a) aus dem politischen Organisationen amerikanischen Juden (wie z.B. dem „*American Israel Public Affairs Committee - AIPAC*“ oder dem „*American Jewish Congress*“); (b) aus evangelikalen Gruppen des amerikanischen Südens, die sich aus religiösen Gründen mit Israel in besonderer Weise verbunden fühlen; und (c) aus weiten Teilen der Gewerkschaften (Kaim 2003, 121). Israel spielt eine zentrale Rolle für die institutionellen Strukturen der amerikanischen Juden und jüdischen Organisationen. Die Hauptaufgabe dieser Lobbyorganisationen ist finanzielle Hilfe, sowie politische Unterstützung für Israel zu initiieren, zu sichern und auszubauen, weil der israelische Staat schon immer von den Spenden der reichen jüdischen Gemeinde in Amerika abhängig war (Lind 2002, 686). Es werden mehr als 300 jüdische Organisationen und beinahe 200 lokale Organisationen aufgelistet, deren Budget zusammen bei ungefähr sechs Billionen Dollar im Jahr liegt (Brenner 1986, 127). „*Aus all diesen Organisationen – mit einem Budget, das so hoch ist wie das Bruttosozialprodukt der Hälfte der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen – sollen exemplarisch drei vorgestellt werden, welche die Interessen der jüdischen*

⁶¹ Der Sechstagekrieg dauerte vom 5. Juni bis zum 10. Juni 1967. Am Ende des Krieges hatte Israel den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen und das Westjordanland erobert, vgl. Chomsky 1999, 73.

Bevölkerung und des Staates Israel auf verschiedenen Ebenen vertreten.“ (Brenner 1986, 127).

„Keine Lobby kann den Zugang zur öffentlichen Meinung dominieren oder absoluten Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben, solange sie nicht eine regierungnahe Politik verfolgt.“ (Chomsky 1999, 13; 17). Die pro-israelische Lobby hat sich als ein starker Faktor in der politische Landschaft Amerikas etabliert. Das *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC) gilt als die einflussreichste jüdische Organisation in den Vereinigten Staaten von Amerika. Heutzutage wird das AIPAC allgemein als der politische Arm innerhalb der jüdischen Gemeinschaft angesehen. Die meisten jüdischen Organisationen stimmen dahingehend überein, dass das AIPAC die israelischen Interessen im politischen Entscheidungsprozeß in Amerika am entschiedensten vertritt. Der Fokus der AIPAC - Lobbytätigkeit ist der Kongress. Hauptgründe dafür sind die Haushaltskompetenz der Legislative und ihre Wirkung auf den Präsidenten bei einigen außenpolitischen Fragen, z.B. Waffenverkäufen, Verträgen und diplomatischen Angelegenheit (Kaim 2003, 123). Der Einfluss des Kongresses auf die amerikanische Politik, z.B. im arabisch-israelischen Konflikt, ist immer größer gewesen als in anderen Bereichen der Außenpolitik. Eine bedingungslose Unterstützung und großzügige Zahlungen zur Sicherung der nationalen Existenz Israels; die Unterstützung für traditionelle israelische Positionen im Nahostkonflikt, wie die dauerhafte Kontrolle über die besetzten Gebiete, solange die arabische Welt nicht als Verhandlungspartner für einen Friedensprozess zur Verfügung steht ist ein weiteres wichtiges Ziel (Lind 2002, 691). Die amerikanische Außenpolitik liegt also nicht allein in den Händen des amerikanischen Präsidenten, sondern gerade was die amerikanische Nahostpolitik betrifft, hat der Kongress mit dieser Region sein vornehmliches Betätigungsfeld gefunden. In ihrer Arbeit konzentrieren sich israelische Lobbygruppen primär auf den Kongress und die Öffentlichkeit, weil sie auf die Exekutive einen indirekten Einfluss haben. In der Öffentlichkeit können sie einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung des „Nationalen Interesses“ und damit indirekt auf das Verhalten der Abgeordneten und des Präsidenten nehmen. Der Präsident gibt die Richtlinien der amerikanischen Nahostpolitik vor, der Kongress hingegen kann seinen Einfluss durch die Zustimmung oder Ablehnung zu der vom Präsidenten anberaumten Höhe der Wirtschafts- und Militärhilfe geltend machen (Lind 2002, 694). Trotz der vielen Bereiche in denen jüdische Personen und Organisationen involviert sind, sind sie von den Entscheidungen der Exekutive und der Legislative abhängig. Demzufolge, wenn einzelne Juden und Organisationen ihre Ansichten in der Politik vertreten wollen, können sie das lediglich als Antragsteller und Außenseiter tun. Ihr Gewicht im Kongress und ihre Möglichkeiten der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und Medien

führen keineswegs zu einer direkten, sondern nur zu einer indirekten Beteiligung am außenpolitischen Entscheidungsprozess in den USA.

2.1.2.4. Der Irak-Krieg als ökonomisches Motiv der USA?

Autorin: Elena Lazarevski-Poklar

Die Regierung der USA hat gegenüber dem UN-Sicherheitsrat und der Weltöffentlichkeit lange Zeit Unrichtigkeiten verbreitet, um einen Krieg um Erdöl und die Vormachtstellung im Mittleren Osten führen zu können. Im September 2003 hat der US-Geheimdienst CIA die Nachforschungen nach Massenvernichtungswaffen im Irak ergebnislos beendet – von den verlässlichen Beweisen mit denen George W. Bush seinen Krieg gerechtfertigt hat, war damals keine Rede mehr. Es war auch von „Wiederaufbau“ und der versprochenen Demokratie wenig zu sehen. Der Krieg diente nicht nur dem Sturz des Saddam-Regimes und einer geopolitischen Neuordnung des Nahen Ostens, sondern auch den Geschäften der amerikanischen Rüstungsindustrie. (vgl. Guilliard 2004, 19; Hennes 2003, 43)

2.1.2.4.1. Die Bedeutung der irakischen Ölressourcen für eine mittel- bis langfristige Energiesicherungspolitik der USA in der Region

Es ist viel über die Ursachen der Irak-Krieg diskutiert worden. Was wir in diesem Kapitel erläutern werden, ist die Hypothese, mit der sich viele Kritiker des Irak-Kriegs beschäftigt und diskutiert haben: *„Bei dem Angriff auf den Irak geht es nicht nur um den Regimewechsel oder um Bekämpfung der Massenvernichtungswaffen, sondern auch um die Zukunft der amerikanischen Energieversorgung.“*

Die Golfregion wird von US-Strategen seit dem 2. Weltkrieg als „vitales Interessensgebiet“ eingeordnet. Es geht im Grunde um die Beherrschung der Region selbst. Seit dem Aufstieg zur Weltmacht haben sich die USA bemüht, die arabische Region in ein militärisches Paktsystem einzubinden. Dies würde zunächst über den Bagdad-Pakt 1955 versucht. Nach dem I. Golfkrieg ist es den USA gelungen, eine direkte Dauerpräsenz in der Golfregion durchzusetzen. Dies ist selbst bei verschiedenen Regierungen in der Golfregion nicht umstritten; von der Bevölkerung wird der Abzug des US- und NATO-Militäreinheiten aus der

Golfregion gefordert. Dieser unsicheren Situation soll durch die Etablierung eines US-hörigen Regimes im Irak ein Ende bereitet werden. (Kiechle 2003, 171)

Der Irak gehört neben Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und dem Iran zu jenen fünf Staaten am Persischen Golf, die über 63% der gesicherten Weltölreserven verfügen.

Tabelle 1: Ölreserven und –produktion der fünf wichtigsten Golfstaaten

	Reserven Milliarden Fass	Anteil an den Weltreserve %	Produktion 2001 Millionen Fass/Tag	Produktion 1. Hj. 2002 Millionen Fass/Tag	Anteil an der Weltproduktion 1. Hj. 2002 %
Saudi-Arabien	262	25,0	8,0	7,5	10,2
Irak	112	11,0	2,4	1,8	2,4
Vereinigte Arabische Emirate	98	9,0	2,2	2,0	2,7
Kuwait	97	9,0	2,0	1,9	2,6
Iran	90	8,5	3,7	3,4	4,2

Quelle: Vgl. BP Statistical Review of World Energy, London, Juni 2002; Petroleum Economist, August 2002.

Der Irak verfügt somit über die zweitgrößten Erdölreserven der Welt. Allein die gesicherten Erdölreserven im Irak betragen 112 Milliarden Barrel, genug, wie „Der Spiegel“ (Nr.43/2002: 148) berichtet, allein Deutschland bis zum Jahr 2111 zu versorgen. Die amerikanische Energiebehörde EIA schätzt, dass noch mindestens weitere 220 Milliarden Barrel Öl unter irakischem Boden lagern. Laut Kiechle (2003, 172) befindet sich „[...] das Erdöl im Irak mehrheitlich nahe an der Erdoberfläche.“ Es ist deshalb wesentlich billiger zu fördern als Öl aus anderen Weltgegenden, das tiefer in der Erde lagert. Billigere Förderung bedeutet auch höhere Gewinnspannen (Kiechle 2003, 172).

In der Region liegen die weltweit größten Erdölvorräte. Irak besitzt ca. 10%, Saudi Arabien etwas über 20% der globalen Erdölvorräte. Seit Mitte der 60er Jahre wird weltweit immer weniger Öl gefunden. Die heutigen jährlichen Neufunde sind um Größenordnungen kleiner als vor 30 Jahren. Seit etwa 1980 können die Neufunde den Verbrauch nicht mehr ausgleichen. Heute werden nur etwa 20 - 25 Prozent des jährlich verbrauchten Öls durch Neufunde ersetzt.

Die USA verbrauchen mit 4% der Erdbevölkerung mehr als 25% aller fossilen Brennstoffe und setzen mehr als 25% der CO₂-Emissionen frei. Sie beteiligen sich nicht an der globalen Klimaschutzpolitik und sind sogar für die Hälfte der weltweiten Emissionszunahmen seit 1990 verantwortlich. Seit 1991, dem Jahr des ersten amerikanisch-irakischen Kriegs ist der Ölverbrauch in den USA um 17% gewachsen, in der EU um 7%. In Deutschland ging zum Beispiel der Ölverbrauch seit 1998 um 7% zurück. Als Land mit der höchsten Energieverschwendung und Abhängigkeit vom Erdöl wären die USA am stärksten von einer Verknappung des Rohstoffs betroffen. (UPI-Institut 28.5.2004, 2) Die US-Abhängigkeit von importiertem Öl wird bis zum Jahr 2020 auf zwei Drittel steigen (heute etwa 50 Prozent), weil die amerikanische Ölproduktion in den nächsten 20 Jahren um 12% zurückgehen werde. Die erdölproduzierenden Länder des Mittleren Ostens werden weiterhin die entscheidende Rolle bei der „world oil security“ spielen. Von dort kommen im Jahre 2020 voraussichtlich 54 bis 67 Prozent der Welt-Erdölexporte (Harrer 2003, 147). Die ökonomische Motive der Bush-Administration werden deutlich, wenn man den Erdölverbrauch der drei kapitalistischen Zentren USA/Kanada, Japan und EU mit den Erdölreserven vergleicht. Die genannten Länder verfügen über ganze 4% der Weltölreserven, haben aber bei einem Bevölkerungsanteil von nur 13% einen Verbrauchsanteil von 54%. Die eigenen Erdölreserven der USA/Kanada reichen noch ungefähr zehn Jahre, das Öl aus der Nordsee noch etwa sieben Jahre. Die IEA berichtet (IEA-Bericht, 9/2002) von einer weiteren Steigerung des Erdölverbrauchs. Die kapitalistischen Zentren sind also immer abhängiger von der Golfregion. Die USA mussten schon im Jahre 2002 60% des benötigten Erdöls im Ausland kaufen. Der Krieg gegen den Irak ist als Bestandteil der energiepolitischen Orientierung der US-Regierung zu sehen, die weiter auf Erdöl als Hauptenergiequelle setzt und einkalkuliert, die Ölmärkte mit militärischen Mitteln zu sichern. Der US-Regierung geht es in diesem Zusammenhang um die völlige Neuordnung der Golfregion. (Schmid 2002)

In dem Artikel „Vereinigte Staaten: Kampf um Öl statt Krieg gegen Terror“ schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 16.9.2002:

Der Irak exportiert derzeit auf Grund internationaler Sanktionen seit dem Golfkrieg weniger als zwei Millionen Barrel pro Tag. Bagdad würde gerne sechs Millionen fördern. Nach einem Machtwechsel könnte der Irak wieder ungebremst Öl produzieren, das, so wird gemutmaßt, seinem „Befreier“ Amerika zu Gute käme. Eine Investition in die Zukunft, schließlich verfügt das Land über die zweitgrößten Reserven der Welt.

(UPI-Institut 28.5.2004, 3)

Der Bush-Regierung geht es neben der Sicherung ihrer militärstrategischen Interessen in der Golfregion, die ja nicht nur über die Person Bush mit der Ölindustrie eng verbunden ist, darum, unmittelbaren Zugriff auf das irakische Erdöl zu erhalten. (Kiechle, 171) Der Irak nach Saddam, mit einer US-freundlichen Regierung an der Spitze, hätte alles Potential, Saudi-Arabien zu ersetzen: als strategischer Partner und Gastland für US-Truppen, als Öllieferant und Garant für einen kompatiblen Ölpreis (Harrer 2003, 144). Die „Times of London“ vom 11.7.2002 publizierte unter dem Titel „Westen sieht in gigantischen Ölfeldern reiche Beute winken“ folgendes: *„Die Absetzung von Präsident Saddam Hussein würde die reichen neuen Ölfelder des Irak westlichen Bietern öffnen und die Abhängigkeit von saudischen Öl verringern. Kein anderes Land hat solche unerschlossenen Ölreserven anzubieten.“* (Martin 2003). Washington möchte also seine Abhängigkeit von Saudi-Arabien verringern. Daneben ist der Irak auch das „einzigste Land unter den großen Ölproduzenten am Golf mit einer ausgeprägten Transportinfrastruktur in Richtung Mittelmeer“ (Pipelines in die Türkei und nach Syrien), ohne dass man also die Tankerroute der Straße von Hormusz für alle Transporte benutzen müsste (Harrer 2003, 143). In einer von dem PNAC (Project for the New American Century) publizierten Anhörung am 22. Mai 2002 von William Kristol vor einem Abgeordnetenhaus-Ausschuss wurde klar formuliert:

[...] das Regime von Saddam Hussein zu entfernen und eine anständige irakische Gesellschaft und Wirtschaft aufbauen zu helfen, denn dies würde einen gewaltigen Schritt in Richtung Reduktion des saudischen Einflusses darstellen. Das irakische Öl voll auf die Weltmärkte zu bringen, würde die Energiewirtschaften verbessern. Von einer militärischen und strategischen Perspektive aus gesehen, ist Irak wichtiger als Saudi-Arabien.

„Freiheit und Demokratie für alle“ klingt eben besser als *„Wir machen uns von den grässlichen Saudis unabhängig.“* (Harrer 2003, 143).

2.1.2.4.2. Welche Rolle spielte die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) bei der Planung des Krieges aus der Sicht der Bush-Administration?

Fünf Staaten am Persischen Golf verfügen über 63 Prozent der gesicherten Weltölreserven. Weitere Golfstaaten fügen zwei Prozent hinzu, so dass die Golf-OPEC über 65 Prozent, die OPEC insgesamt über 78 Prozent der gesicherten Weltreserven verfügt (Müller 2003, 131). Der Krieg gegen den Irak ist als Bestandteil der energiepolitischen Orientierung der US-

Regierung zu sehen, wobei es ihr in diesem Zusammenhang um die völlige Neuordnung der Golfregion und die Entmachtung der wichtigsten Staaten der OPEC geht (Kiechle 2003, 172). Den USA geht es auch langfristig darum, die Absprachen zu Fördermengen und dem Ölpreis durch die OPEC aufzubrechen. Zum Nachteil und unter Protest der anderen OPEC-Staaten hat Saudi-Arabien in der Vergangenheit oftmals die getroffenen Absprachen unterlaufen. Als Belohnung für derartiges Verhalten und den dadurch sinkenden oder jedenfalls nicht ansteigenden Ölpreis wurde von den US-Regierungen durch Sicherheitszusagen auch für das Regierungssystem in Saudi-Arabien belohnt. Es zeichnet sich ab, dass die US-Regierung künftig nicht mehr uneingeschränkt auf die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien bauen kann. Auch unter dem Gesichtspunkt, die OPEC langfristig handlungsunfähig machen zu wollen, war der US-Plan, nach dem Krieg gegen den Irak das Land zu besetzen und eine US-Militärregierung einzusetzen, eine ernst zunehmende Option. Bestandteil dieses Planes ist es, dem US-Oberbefehlshaber für den Irak auch die Kontrolle über die Ölförderung zu übertragen. Damit ist eine ideale Möglichkeit gegeben, auf die Erdölfördermenge und damit auch den Ölpreis Einfluss zu nehmen. Letztlich wird ein langfristiges Ausplünderungsprogramm des Irak geplant. Die irakische Bevölkerung und die Menschen in der Region werden ihrer natürlichen Reichtümer beraubt und damit auch um ihre Entwicklungsmöglichkeiten betrogen (Kiechle 2003, 173).

Der US-Regierung geht es nicht nur um die Bestimmung der Ölpreise, sondern auch um die Verhinderung, dass die OPEC-Länder den Euro als Standardwährung einführen. Was würde passieren, wenn die OPEC plötzlich auf den Euro umsteigt? Alle Öl-verbrauchenden Staaten und deren Zentralbanken müssten die „Währungs-Reserven“ von Dollar auf Euro umstellen. Der Dollar würde sofort bis zur Hälfte seines Wertes verlieren – mit den entsprechenden Folgen (u.a. ungeheurer Inflation) für die US-Wirtschaft, die ein derartiger Zusammenbruch der Währung nach sich ziehen würde. Eine Flucht aller ausländischen Anlagen aus dem Dollar – die Aktien und Dollar-bezogenen Wertpapieren – könnten einen Sturm auf die Banken wie in den 1930er Jahren auslösen. (Reisegger 2003)

Javad Yarjani, der Chef des OPEC-Öl-Markt-Analyse Departments hat im April 2002 in Spanien eine sehr beachtete Rede (Yarjani 2002) gehalten. Sie setzte sich mit der Frage der Öl-Währung der OPEC in Bezug auf Dollar und Euro auseinander. Er erklärte u.a.:

In den späten 90-ern gehen mehr als 4/5 der Währungstransaktionen und die Hälfte der Welt-Exporte auf Dollar-Rechnung. Daneben stellt die US-Währung 2/3 der offiziellen Welt-Währungsreserven. Die Abhängigkeit der Welt vom US-Dollar für ihren Handel hat die Länder an Dollarreserven gefesselt gesehen, die völlig außerhalb jedes Verhältnisses zu

Amerikas Anteil an der Weltproduktion stehen. [...] Kurzfristig werden die Mitgliedsländer der OPEC weiterhin Dollarzahlungen akzeptieren. Die OPEC wird aber die Möglichkeit einer Fakturierung und Bezahlung in Euro in Zukunft nicht ausschließen [...] sollte der Euro die Stärke des Dollars herausfordern, [...], dann könnte dies bedeuten, dass ein System entstehen würde, das langfristig vielen Ländern dienen würde.

Diese grundlegende Rede und die EU-Erweiterung im Jahre 2004 – 450 Millionen Menschen und ein BIP von ca. 9,5 Billionen – könnte ein Anstoß für die OPEC sein, auf den Euro umzusteigen. Hier ist aber noch nicht einmal das Potential von England, Norwegen, Dänemark und Schweden als Mitglieder der Währungs-Union inkludiert, die sie derzeit noch nicht sind. Seit April – als diese Rede gehalten wurde – hat sich die Dollar-Euro Relation umgekehrt, und wie es aussieht, wird der Dollar weiter fallen. Dies würde für die US-Wirtschaft nicht „angenehm“ sein, insbesondere dann, wenn nicht endlich strukturelle Anpassungen vorgenommen werden, wofür die Zeit und Umstände eigentlich zu knapp werden dürfte. Das Ergebnis eines Zusammenbruchs des Dollars würde schließlich bewirken, dass die USA und die EU die Rollen in der Welt-Wirtschaft tauschen, was wohl nicht im Sinne der USA ist. So könnte die massive US-Drohung mit der militärischen Macht die Ereignisse in den OPEC-Staaten doch eher bestimmen. Es ist ausschließlich ein Krieg um die weitere Vorherrschaft des Dollars als Öl-Wahrung. Diese Situation ist nicht eine, die sich in den letzten Monaten entwickelt hat, sondern hat schon vor dem Regierungsantritt Bushs – als Lobbyist der Öl-Konzerne – festgestanden. (Reisegger 2003)

Aber auch wenn die USA der OPEC mit ihrem gewagten Krieg den beabsichtigten Schock verpasst haben sollten, die Zukunft der Hauptakteure auf den Weltölmärkten wird von tieferen historischen Entwicklungen bestimmt – insbesondere von Saudi-Arabiens bewusster Herauslösung aus der bedingungslosen Abhängigkeit von Washington (Alkadri/Mohamedi 2003, 1070f.).

2.1.2.4.3. Amerikanische Konzerne als Profiteure eines zerstörten Iraks und die personellen Verflechtungen der Bush-Administration zur Industrie

Rania Masri (2004, 209) schreibt, dass „der von den USA (an)geführte Krieg gegen den Irak noch nicht vorbei“ ist. Phase I war der Golfkrieg von 1991, Phase II waren die zwölfteinhalb Jahre Sanktionen gegen den Irak und als Phase III werden das Bombardement und die Invasion des Iraks im Jahre 2003 bezeichnet. Die vierte Phase ist charakterisiert durch die

Besetzung des Iraks und seiner Invasion durch die Großkonzerne. Die Invasion wird hier jedoch als „Rekonstruktion“, d.h. als „Wiederaufbau“ präsentiert. Die Frage ist nun, was eigentlich „Wiederaufbau“ bedeutet. Masri (2004, 209) nennt ein einfaches Beispiel für „Wiederaufbau“: den Bau eines Krankenhauses anstelle eines Krankenhauses. Die US-Regierung baut jedoch anstelle eines Krankenhauses eine Militäreinrichtung. Und eines der Hauptziele beim „Wiederaufbau“ des Landes besteht in der Abkehr des Irak von einer staatlich dominierten Wirtschaftsform hin zu einer „freien Marktwirtschaft“ (vgl. Masri 2004, 209f.) Der freie Marktwirtschaft bedeutet im Sinne der Bush-Administration das „*Big Business*“. Schon nach der Tradition der Republikaner soll sich der Staat aus den Märkten heraushalten und die Steuerbelastung der privaten Einkommen senken, um die wirtschaftliche Dynamik zu stärken. Die Bush-Administration betreibt ein massives *deficit spending*: vor allem in der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft. (Hennes 2003, 46)

Es wird bereits seit einiger Zeit über Beziehungen zwischen Mitgliedern der US-Regierung und der Industrie diskutiert und es kann festgestellt werden, dass es eine engere Verbindung zwischen einem Industriezweig und der Präsidentschaft in der Geschichte der USA bisher nicht gegeben hat. George W. Bush hat seine berufliche Karriere im Ölgeschäft in Texas begonnen. In seiner Wahlkampagne 2000 übernahm er die Forderung nach einer neuen Aufrüstungswelle und ernannte Dick Cheney zu seinem *running mate*. Über 100 Millionen US-Dollar füllten die Wahlkampfkasse des George W. Bush, mehr als bei irgendeinem Kandidat zuvor in der Geschichte des amerikanischen Präsidentschaftswahlen. (vgl. Chen/Reynolds 2003, A12; Edsall/Allen 2003, A1; A11) Mit dem Geld aus der Wirtschaft konnte er auch die Wahlen gewinnen. Richard Cheney und Donald Rumsfeld sind ein Team, die sich schon lange zwischen Politik, Militär und Industrie hin und her bewegen. Rumsfeld arbeitete als ehemaliger NATO-Botschafter, Stabchef im Weißen Haus und als Verteidigungsminister. Bereits 1974 holte er seinen Partner Cheney aus dem Kongress in den Stab des Weißen Hauses. Cheney war später fünf Jahre lang als Vorstandsvorsitzender des texanischen Erdöldienstleisters Halliburton, der von der Bush-Administration zum Hauptauftragnehmer für den Wiederaufbau im Irak gemacht worden ist, tätig. Es kann somit festgestellt werden, dass die Bush-Administration Interessenspolitik im Dienste der Erdölindustrie betreibt. Die massiven Interessen der Rüstungsindustrie dürfen jedoch auch nicht übersehen werden. (Hennes 2003, 42)

Eine weitere Verflechtung zwischen Regierung und Rüstungsindustrie ist sogar eine Verwandtschaft ersten Grades. Die Ehefrau des Vizepräsidenten, Lynne Cheney, wurde 1993 in den Aufsichtsrat von Lockheed-Martin berufen, dem größten Rüstungskonzern der Welt. Als Cheney im Januar 2001 in seinem Regierungsamt vereidigt wurde, legte seine Frau ihr

Mandat bei Lockheed-Martin aus Pietätsgründen nieder. Bis dahin hatte sie über Unternehmensaktien und Tantiemen des Rüstungsriesen über 500.000 US-Dollar verdient. (Washington Business Journal, 5.1.2001)

Noch wichtiger als die Beziehungen der Bush-Administration zu diesen Firmen ist, was jene im Irak tun werden. Alle diese Firmen sind durch ihre Privatisierungspläne miteinander verknüpft. In diesem Kapitel werden zwei Beispiele von Großkonzernen behandelt. Schon Monate bevor das US-Militär den Irak angriff, hat das Kriegsministerium mit dem ehemaligen Unternehmen von Vizepräsident Dick Cheney, Halliburton, Verhandlungen über einen Vertrag, welcher der zweitgrößten Ölausrüstungsfirma der Welt die völlige Kontrolle über die Ölfelder des Irak geben würde, geführt.

Bei Halliburton handelt es sich nicht um ein einzelnes, sondern um mehrere Unternehmen, die in verschiedenen Bereichen tätig sind, wie dem Bau von Öl- und Gaspipelines, von Militärgefängnissen usw. Sie verhandelt über ihre Tochterunternehmen mit den Regierungen von Ländern, die von der Regierung Bush als „terroristisch“ eingestuft werden, ebenso wie mit den anderen, die zu den schlimmsten Diktaturen dieser Welt zählen. (Laurent 2003, 163)

Dieser Gesellschaft wurde die Kontrolle über die irakischen Ölbohrungen übertragen; möglicherweise soll sie sich auch am Ölverkauf beteiligt werden. Der Regierung und Halliburton geht es tatsächlich um die Privatisierung der Ölressourcen des Irak (Masri 2004, 215f.). Die größten Aufträge im Umfang von 2,3 Milliarden Dollar erhielt das Halliburton-Tochterunternehmen KBR, dass die US-Armee logistisch unterstützt und die irakische Ölindustrie wieder aufbauen soll (UPI Institut, 28.5.2004). Halliburton ist nicht das einzige Unternehmen, dem man unzweifelhaft Gefälligkeiten erwies. Bechtel, ein US-amerikanischer Konzern, der die Privatisierung des irakischen Wassers erreichen will, hat am 17. April 2003 ohne vorherige Ausschreibung einen Vertrag mit der USAID (US Agency for international Development) abgeschlossen. Dieser Kontrakt beinhaltet u.a. die Schnellreparatur oder Wiederherstellung von Kraftwerken, Stromnetzen, kommunalen Wasser-, Abwasser- und Klärsystemen und Flughafeneinrichtungen, als auch die Entschlammung, die Reparatur und den Ausbau des Seehafens Umm Qasr (noch bevor das US-Militär den Hafen eingenommen hat) (Masri 2004, 216). Der Vertrag belief sich zunächst auf einen Betrag von 680 Millionen US-Dollar im Laufe von 18 Monaten und wurde von den US-Vertretern in Bagdad noch einmal um 350 Millionen Dollar aufgestockt. Er könnte am Ende zu einem Geschäft von über 100 Milliarden Dollar und damit zum möglicherweise lukrativsten Vertrag über den „Wiederaufbau“ des Irak werden. (King 2003)

Gegenwärtig sitzen frühere Aufsichtsratsmitglieder, ehemalige und gegenwärtige Vizepräsidenten und Präsidenten, der derzeitige leitende Direktor sowie „Freunde“ der Firma Bechtel im Export Council des Präsidenten, im Defense Policy Board, im Committee for the Liberation of Iraq, in der semioffiziellen Auslandshilfeorganisation USAID, in der Overseas Private Investment Corporation, der Export-Import Bank, der CIA, der OSHA und dem Evaluation Board des Verteidigungsministeriums. Am bemerkenswertesten jedoch ist, dass Paul Bremer – der bis vor kurzem amtierende „Verwalter“ des Irak – selbst einmal Direktor von Bechtel war (Masri 2004, 217). Juliette Beck von der Monitoring-Organisation Public Citizen kommentiert, dass Bechtel keine Firma ist, [...] *„die in sozialer und umweltpolitischer Hinsicht eine saubere Weste hat. Dieses Unternehmen sollte nicht an den humanitären Bemühungen zum Wiederaufbau des Irak beteiligt werden. [...] wo immer Bechtel ist, da wird auch privatisiert.“* (Masri 2004, 217). Die amerikanischen Firmen im Irak genießen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten juristische Immunität durch den Präsidenten. Sie können tun und lassen, was sie wollen. Bei jeglichen Verstößen und Verbrechen, auch z.B. bei Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung wird sie die "Executive Order 13303" vor Strafe schützen, die US-Präsident Bush in Kraft gesetzt hat. Die Regierungsorder legt fest, dass Gerichtsurteile, Pfändungen oder Gerichtsprozesse für null und nichtig erklärt werden müssen, wenn sie den irakischen Entwicklungsfonds oder jegliche Geschäfte mit irakischem Öl betreffen (UPI Institut, 28.5.2004).

Washington geht also davon aus, dass ausländische Konzerne beim Ausbau des irakischen Ölsektors eine wichtige Rolle spielen werden. Die Absicht, das irakische Öl zu „kontrollieren“, hat in den Kriegsplanungen der Bush-Regierung strategische als auch kommerzielle Bedeutung gehabt. Die Falken in Washington haben in einem mit den USA verbündeten Irak auch eine Alternative zu Saudi-Arabien als wichtigsten Öllieferanten gesehen. Sie haben in ihren Berechnungen auch einkalkuliert, dass eine gesteigerte irakische Produktion zu langfristig niedrigeren Ölpreisen führen würde, was wiederum zur Folge hätte, dass Saudi-Arabien und andere Öl-produzierende Golfstaaten in starke finanzielle Engpässe geraten dürften und somit zu wirtschaftlichen und politischen Reformen gezwungen wären, um Aufstände im eigenen Land zu vermeiden (Alkadri/Mohamedi 2003, 1070).

2.1.2.5. Konklusion

Hinsichtlich unserer beiden Hypothesen (siehe Kapitel 2.1.2.1.1.) können wir eine Verifikation dieser konstatieren. US-Präsident George W. Bush versuchte durch den Verweis auf vermeintliche Massenvernichtungswaffen des Saddam-Regimes und der Unterstützung von Terroristen die internationale Weltöffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Militärschlages zu überzeugen. Wie heute bekannt ist, gab es diese Gefahrenpotentiale für die USA und der internationalen Gemeinschaft zu keinem Zeitpunkt und dessen war sich die Bush-Administration auch stets bewusst. Der Krieg gegen den Irak wurde in der Theorie bereits 1998 durch Mitglieder der neokonservativen Denkfabrik PNAC, als einzige Möglichkeit den irakischen Despoten von der Macht zu verdrängen, beschlossen. 2001 befanden sich mehrere dieser Personen unmittelbar in Regierungsverantwortung oder fungierten als regierungsnaher BeraterInnen. Ziel der in den Medien dargelegten Argumente, die einen Krieg rechtfertigen sollten, war eine Legitimierung durch das Völkerrecht, die letztendlich am Widerstand der UN-Sicherheitsratsmitglieder Russländische Föderation, China und Frankreich scheiterte. Der Wille der USA, nach Beendigung des Krieges demokratische Reformen in der Nahost-Region voranzutreiben, kann zwar unsererseits nicht eindeutig widerlegt werden, doch es existieren zahlreiche Indizien dafür (vgl. u.a. Nationale Sicherheitsstrategie der USA), dass das Demokratieverständnis der Bush-Regierung weitgehend auf ökonomische Liberalisierungen hinausläuft und weniger auf die Schaffung dauerhafter demokratischer, politischer Institutionen. So würden die USA heute sogar eine gemäßigte Theokratie im Irak unterstützen, solange die irakische Wirtschaft von freiem Unternehmertum und Marktwirtschaft charakterisiert ist.

Die zweite von uns verfasste Hypothese bezog sich auf die Annahme, dass überwiegend ökonomische und politische Interessen der USA die tatsächlichen Gründe für die Kriegsentscheidung waren. Auch hier war es uns möglich diese Behauptung zu verifizieren. Der Sturz des Saddam-Regimes bot der USA die einmalige Chance, ungehinderten Zugang zu den irakischen Ölressourcen zu erhalten. Dies zeigt sich auch darin, dass die USA trotz der irakischen Übergangsregierung bis dato die volle Verfügungsgewalt über die Ölvorkommen ausüben. Die besondere Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der einzigen, nach US-Diktion existenten Marktwirtschaft und Demokratie der Nahost-Region, Israel, stellt ebenso einen wichtigen Kriegsgrund dar, da der Irak unter Saddam Hussein für den jüdischen Staat ein potentieller Aggressor war. Durch den Sturz des Despoten wurde das israelische Existenzrecht nachweislich gestärkt. Kommerzielle Interessen amerikanischer Großkonzerne (Halliburton, KBR, Bechtel, Lockheed-Martin u.a.) im Irak, sowie die personelle Verflechtung führender Regierungsmitglieder (u.a. Cheney, Bremer) zu diesen Unternehmen

stärken die Vermutung, dass der Irak-Krieg ausschließlich interessensbezogen geführt wurde und nicht aufgrund vermeintlicher Massenvernichtungswaffen oder Terroristenkontakte Saddam Husseins.

Hinsichtlich der theoretischen Konzeption kann festgehalten werden, dass die Fokussierung der US-Regierung auf militärische Aufrüstung und Schaffung von Abschreckungsszenarien, wie sie in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA festgeschrieben sind, dem neorealistischen Theoriemodell entspricht. Müncklers Theorie der „neuen Kriege“ übereinstimmt mit dem Irak-Krieg zumindest in dem Sinne, dass eine radikale Kommerzialisierung und Privatisierung ehemals staatlichem Eigentums im Irak feststellbar ist.

Bibliographie

Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsartikel

Adam, Rachel/Martina Glebocki/Alexander Wicker (2003). „Any prize, any burden?“ Die amerikanische Öffentlichkeit und die Irakfrage, in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 82-87.

Adam, Rachel/Hans-Joachim Schmidt (2003). Nordkorea und der Irak im Visier Washingtons. Unterschiede und Gemeinsamkeiten, in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 114-119.

Alkadri, Raad/Fareed Mohamedi (2003). Die Weltölmärkte und die Okkupation des Irak, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9, September 2003.

BP Statistical Review of World Energy (2002), London, Juni 2002.

Brenner, Lenni (1986). Jews in America Today“, London.

Chen, Edwin/Maura Reynolds (2003). Bush Starts Loading Record War Chest for '04 Campaign, in: Los Angeles Times, Ausgabe 17.6.2003.

Chomsky, Noam (1999). Fateful Triangle. The U.S., Israel and the Palestinians“, London.

Edsall, Thomas B./Mike Allen (2003). Bush Bundlers Take Fundraising to New Level, in: Washington Post, Ausgabe 14.7.2003.

Encyclopedia Britannica (2003) (englische DVD-Version)

Gärtner, Heinz (2004). Reader zur Vorlesung: Theorie und Sicherheit, Wien.

Glasneck, Johannes/Timm, Angelika (1992). Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Bonn.

Guilliard, Joachim (2004). Die neue Phase des Krieges, in: Göbel, Rüdiger/Joachim Guilliard /Michael Schiffmann (Hg.). Der Irak-Krieg. Besetzung. Widerstand, Köln.

Harrer, Gudrun (2003). Kriegs-Gründe. Versuch über den Irak-Krieg, Wien.

Hedstück, Michael/Gunther Hellmann (2003). „Wir machen einen deutschen Weg“. Irakabenteuer, das transatlantische Verhältnis und die deutsche Außenpolitik, in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 224-234.

Hennes, Michael (2003). Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA, in: Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46.

Homolar-Riechmann, Alexandra (2003). Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks, in: Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte, B46, 33-40.

IEA (Hg.) (2002). Welt Energie-Ausblick bis 2030, September 2002.

Kaim, Markus (2003). Sicherung des Existenzrechts Israels. Die Innenseite der US-Nahostpolitik, in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 120-129.

Kiechle, Brigitte (2003). Irak. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Mit dem Maßstab der Freiheit, Wien.

King, Neil (2003). US to Boost Bechtel's Funding to Rebuild Iraqi Electricity Grid, in: Wall Street Journal, Ausgabe 28.8.2003.

Kirchner, Henner (2004). Instabilität als Prinzip? Die Folgen des Irak-Krieges im regionalen Kontext, in: Rüdiger Göbel/Joachim Guilliard/Michael Schiffmann (Hg.): Der Irak- Krieg. Besetzung, Widerstand, Köln, 172-189.

Kreft, Heinrich (2003). Weltpolitik statt Geopolitik. Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen des „Grauen Krieges“, in: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik, Wien, 441-461.

Kremp, Werner (2003). Vom „War Powers Act“ 1973 zur Irakkrieg-Ermächtigung 2002. Präsident und Kongress im Streit, in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 88-94.

Laurent, Eric (2003). Die neue Welt des George W. Bush. Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus, Frankfurt/Main.

Lind, Michael (2002). Die Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 2002, 685-698.

Martin, Patrick (2002). Kriegsgründe und Kriegsszenarien. Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren, in: Friedensblätter, Nr. 53, September 2002.

Masri, Rania (2004). Wiederaufbau oder Demontage des Irak?, in: Göbel, Rüdiger/Joachim Guilliard Joachim/Michael Schiffmann (Hg.): Der Irak-Krieg. Besetzung. Widerstand, Köln.

Meier, Oliver (2003). Die Rolle der Atomenergiebehörde und der UN-Inspektoren. Konturen eines wirksamen Kontrollregimes für den Irak., in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 173-187.

Müller, Friedemann (2003). Energiepolitische Neuordnung am Persischen Golf. Erweiterte US-Handlungsspielräume, in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas. Frankfurt am Main, 130-137.

Münkler, Herfried (2003). Der Neue Golfkrieg, Reinbek bei Hamburg.

Münkler, Herfried (2004). Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg.

Nohlen, Dieter (Hg.) (2002). Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, München.

Peres, Schimon (1996). Die Versöhnung. Der neue Nahe Osten, München.

Perthes, Volker (2003). Nach dem Irak der Rest? Nachkriegsszenarien und Neuordnungsphantasien, in: „Bernd W. Kubbig (Hg): „Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 263-274.

Reisegger, Gerold (2003). Wir werden schamlos irreführt. Vom 11. September zum Irak-Krieg, Tübingen.

Salzburger Nachrichten, Ausgabe 18.6.2004.

Sapper, Manfred (2003). Zur Kooperation verdammt. Russlands Irakpolitik in Zeiten des Anti-Terror-Kampfs, in: Bernd W. Kubbig (Hg.): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 207-211.

Schmidt, Fred (2002). Der Öl-Junkie, in: UZ, Ausgabe 25.10.2002

Szukala, Andrea/Thomas Jäger (2003). Die innenpolitische Steuerung der amerikanischen Irak-Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, 37-48.

Telp, Claus (2003). Schoßhund Amerikas oder eigenständiger Akteur. Großbritanniens Position in der Irakdebatte, in: Bernd W. Kubbig (Hg): Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas, Frankfurt/Main, 198-203.

The Economist, Special report – Israel und Palestinians : It should have been so simple. Ausgabe 25. Jänner 2003.

Umwelt- und Prognose-Institut e.V. (UPI-Institut) (Hg.) (2004). Dokumentation des Irakkriegs. Stand 28.05.2004.

Waltz, Kenneth N. (1979). Theory of International Politics, Reading.

Woodward, Bob (2003). Bush at War. Amerika im Krieg, Hamburg.

Internet

http://www.aei.org/news/filter.all.newsID.13478/news_detail.asp, Perle, Richard: Should Iraq be next?, San Diego Union-Tribune, Ausgabe 16. Dezember 2001. Download am 12.05.2004.

http://www.cia.gov/cia/publications/iraq_wmd/Iraq_Oct_2002.pdf, CIA (Hg): Iraq's Weapons of Mass Destruction Programs. Download am 12.05.2004.

<http://www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,2763,918812,00.html>, Perle, Richard: Thank God for the Death of the UN., The Guardian, Ausgabe 21. März 2003. Download am 12.05.2004

<http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/Bush2003.html> (Rede des amerikanischen Präsidenten am 3. Mai 2001 vor dem American Jewish Committee) Download am 22.10.2004

http://www.mepc.org/public_asp/journal_vo18/0109_bill-pdf, Bill, James A.: The Politics of Hegemony. The United States and Iran. S. 89-100. Download am 01.06.2004

<http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm>. Download am 24.05.2004

<http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>. Download am 24.05.2004

<http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm>. Download am 24.05.2004

<http://www.oic-oci.org/english/fm/26/26th-fm-Political.htm> (Security Council Resolution No. 425/1978) Download am 15.10.2004

<http://www.opec.org/NewsInfo/Speeches/sp2002/spAraqueSpainApr14.htm>, Yarjani, Javad : The Choice of Currency for the Denomination of the Oil Bill. The International Role of the Euro (Invited by the Spanish Minister of Economic Affairs during Spain's Presidency of the EU), Spanien, 14.4.2002. Download am 25.09.2004

<http://www.washington.bizjournals.com>, Vice president-elect's wife steps down from Lockheed board, in: Washington Business-Journal, Ausgabe 5.1.2001, Download am 21.10.2004

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (Rede des amerikanischen Präsidenten zur Lage der amerikanischen Nation, 29.1.2002) Download am 10.05.2004

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html> (Rede des amerikanischen Präsidenten vor den Absolventen der Militärakademie West Point in New York, 1.6.2002) Download am 10.05.2004

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/09/20020912-1.html> (Rede des amerikanischen Präsidenten vor der UN-Generalversammlung, 12.9.2002) Download am 10.05.2004

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/03/20030317-7.html> (Rede des amerikanischen Präsidenten zur Lage der amerikanischen Nation, 17.3.2003) Download am 10.05.2004

<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf> (National Security Strategy of the USA) Download am 20.03.2004

2.1.3. IRAK im ersten Jahr ohne Saddam Hussein

Analyse des Transformationsprozess im Irak, beginnend mit dem offiziellen Kriegsende, 1.Mai 2003 bis zur Installation der Übergangsregierung am 28. Juni 2004.

(Verfasser: Caroline Carnbring, Wolfgang Klug, Simone Tögel)

2.1.3.1. Vorwort

Im Irak herrscht fast anderthalb Jahre nach dem offiziellen Kriegsende noch immer Chaos. Fast täglich erschüttern Terroranschläge das Land. Die US-Armee steht den zahlreichen Banden von Aufständischen scheinbar machtlos gegenüber. Die Stabilität und innere Sicherheit ist somit nicht gegeben. Je länger dieser Zustand anhält, desto geringer wird die Akzeptanz der irakischen Bevölkerung gegenüber den Besatzern. Und hier liegt der Schlüssel, der über Erfolg oder Nicht-Erfolg entscheidet: die Zivilgesellschaft. Sollte es den Vereinigten Staaten auf Dauer nicht gelingen die Mehrheit der irakischen Bevölkerung für sich zu gewinnen, laufen sie Gefahr, das Land in ein zweites Vietnam zu verwandeln. Dieser Ansicht ist auch der französische Islamwissenschaftler Gilles Kepel, und bringt das Groteske dieser Situation so auf den Punkt: *„Die Amerikaner müssen heute den Preis für das Embargo zahlen, unter dem der Irak mehr als ein Jahrzehnt litt. Als der Deckel Saddam über dem Druckkessel weggesprengt war, zeigte sich, dass es keine irakische Zivilgesellschaft, keine bürgerliche Mittelschicht mehr gab, sondern nur noch mafiose Gruppen, Clans, Stämme, sunnitische und schiitische Religionsgemeinschaften. Dieses Chaos, eine direkte Folge des Embargos, lässt sich nicht mit einem Zauberstab beseitigen.“* (Interview mit Gilles Kepel im Spiegel Nr.47 am 15.11.2004)

Der Irak steht heute zwischen Freiheit und Besatzung, zwischen Realität und Illusion, zwischen Terror und Verheißungen von zukünftigem Wohlstand und Demokratie und zwischen freien Wahlen und Wahlboykott. Die politische Stabilisierung des Landes gleicht einer Gradwanderung. Noch während der zweiten Amtsperiode George W. Bushs wird sich entscheiden, ob der USA dieser Balanceakt gelungen ist, oder nicht.

2.1.3.2. Einleitung

In unserer Arbeit untersuchen wir das erste Jahr des Transformationsprozesses im Irak, beginnend mit dem offiziellen Kriegsende am 1.Mai 2003 bis zur Errichtung der Übergangsregierung am 28.Juni 2004. Dabei analysieren wir die Zielsetzungen und Probleme dieses Transformationsprozesses anhand ausgewählter Kriterien wie Stabilität und innere Sicherheit des Landes.

Theoretisch untermauern wir unsere Arbeit mit dem Nation-Building Ansatz und dem Konzept zerfallener bzw. gescheiteter Staaten. Wir stützen unseren Forschungsbericht überwiegend auf deutsch- und englischsprachige Sekundärliteratur.

An dieser Stelle möchten wir uns auch bei Gudrun Harrer, Außenpolitikressortleiterin bei der Tageszeitung „Der Standard“ und Autorin des Buches „Kriegs-Gründe. Versuch über den Irak-Krieg“, für ihre Unterstützung und Interviewbereitschaft bedanken.

2.1.3.3. Kurze geschichtliche Einführung und besondere Relevanz des Themas

Der Irak ist ein multi-ethnisches Land, dessen Grenzen durch die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und England gezogen wurden. Im Irak leben rund 23 Millionen Menschen, 70 Prozent davon sind arabisch (sunnitisch/ schiitisch), ein rundes Viertel kurdisch und es gibt kleinere Minderheiten wie die Turkmenen. Diese Heterogenität der Bevölkerung bestimmte seit jeher die Politik und Kultur des Landes.

Unter dem Ottomansichen und Persischen Reich, in diesen Gebieten lebten die Kurden großteils bis zum Ersten Weltkrieg, genossen die Kurden weitgehende Autonomie. In der Aufteilung des Ottomansichen Reiches hatten die Kurden kein Mitspracherecht und fanden sich im neu geschaffenen Staat Irak unter britischer Herrschaft wieder. Ab 1960 wurden an Kurden gegebene Zugeständnisse widerrufen und seitens der irakischen Regierung wurde für 15 Jahre Arabisierung in den Kurdischen Gebieten betrieben. 1980 begann der Iran-Irak Krieg und die Kurden unterstützten die Iraner, was gegen Ende des Krieges zu brutalen irakischen Kampagnen gegen die Kurden führte, allein 1988 wurden hunderte kurdische Dörfer im Nordirak zerstört und ungefähr 200.000 Kurden wurden währenddessen getötet. Seit der UN-Operation Provide Comfort 1991 genießen die Kurden im Nordirak weitgehende Autonomie. Schiiten bilden erst seit dem 19. Jahrhundert die Mehrheit im Irak, als der Großteil der arabischen Nomaden sesshaft wurde und sich viele zur schiitischen Glaubensgemeinschaft konvertierten, während die meisten jener, die weiterhin als Nomaden in der Wüste lebten, Sunniten blieben. Während die Schiiten und Sunniten viele, auf ihrer arabischen Herkunft

beruhenden, kulturelle Gemeinsamkeiten teilen, entstanden verschiedene politische Zugänge. Die Schiiten fühlten sich dem irakischen Nationalismus näher, während die Sunniten einem breiteren arabischen Nationalismus anhängen. Beide jedoch haben seit der Gründung des modernen Irak durch die Briten 1921 ein starkes Interesse an territorialer Integrität. Für die Sunniten, die 17 % der irakischen Bevölkerung ausmachen, bildet der Irak eine lebenswichtige Basis. Mit mehr als 60 % Bevölkerungsanteil ist für die Schiiten ein geeinter Irak dennoch die günstigere Option, da durch eine Teilung des Landes der Zugang zu vielen heilige Stätten des Islams sowie auch zu den substanziellen Ölreserven aus dem Norden nicht mehr gesichert wäre. Zusätzlich hat unter den Schiiten der Traum Fortbestand über einen großen und prosperierenden Irak zu herrschen, nicht zuletzt deswegen da sie in ihrer Revolte 1920 den Briten unterlagen.

Während dem Machtvakuum nach dem Fall des Ottomanischen Reichs, bevor die Briten ihre Macht 1920 noch festigen konnten, gingen die Schiiten mit den sunnitischen Sharifians unter König Faysal eine Allianz ein, mit der sich beide nach dem Abzug der Briten für sich führenden Einfluss über das Land erhofften. Nachdem der Aufstand der Schiiten von den Briten niedergeschlagen war, wurden die sunniten Sharifians von den Briten als Machthaber eingesetzt. Unter den Schiiten besteht noch immer das starke Gefühl damals ihres Führungsanteils beraubt worden zu sein, während sie der sunnitischen Minderheit zur Macht verhalfen.

Erst durch die Ereignisse der Islamischen Revolution im Iran kam es wieder zu einem fehlgeschlagenen Aufstand der irakischen Schiiten gegen das Baath-Regime. Die Baath-Regierung unterhielt eine Armee mit der die schiitische Opposition kontrolliert werden konnte und tötete führende schiitische Geistliche, hauptsächlich aus den Familien Sadr und Hakim, um die Entstehung einer vereinten und starken schiitischen Plattform zu verhindern, welche zu einer politischen Kraft werden könnte.

Der wenig organisierte und spontane Aufstand der Schiiten im Südirak 1991 wurde von religiöser Seite durch den Geistlichen Abu al-Qasim al-Khoei nur sehr zurückhaltend unterstützt. Khoeis Zögern in politischen Angelegenheiten tätig zu werden ist Ausdruck eines alten Auffassungsunterschieds innerhalb der Schiiten zwischen den beiden Richtungen sich einzig religiösen Aktivitäten zu widmen und andererseits sich ebenfalls in politischen Sphären zu betätigen. (Yitzhak Nakash, Foreign Affairs Juli/August 2003: The Shi'ites and the Future of Iraq)

Bis zur Machtübernahme der Baath-Partei 1968 war laut dem deutschen Politologen Jochen Hippler der Irak keine Nation, sondern „eine Verknüpfung heterogener, sozialer und ethno-

religiöser Subsysteme, die nur durch einen unzureichenden gefestigten Staatsapparat notdürftig zusammengehalten wurden.“ ⁶²

Durch die Baath-Partei, und seit 1979 durch das diktatorische Regieren Saddam Husseins, wurde das Land formal arabisiert, d.h. alle vorhandenen multikulturellen Strömungen wurden unterdrückt, und gleichzeitig wirtschaftlich modernisiert. In der Folge bildeten sich vor allem unter den Schiiten politische Exilgruppen.

Ein erklärtes Ziel Saddam Husseins war es den Irak als Führungsland in der arabischen Welt zu etablieren, was sich unter anderem im Krieg gegen den Iran (1980-88) und den Golfkriegen äußerte. Dieses Vorhaben scheiterte nicht zuletzt aufgrund der internationalen Sanktionen, die bis zum Beginn des dritten Golfkrieges (20.3. 2003) aufrechterhalten blieben. So misslang das ursprüngliche Rezept der Baath-Diktatur, *„durch eine Kombination sozialpolitischer, wirtschaftlicher und infrastruktureller Wohltaten mit brutaler Unterdrückung, Stabilität zu erreichen und den Irak zu einem starken Staat und internationalem Machtfaktor zu machen.“* ⁶³

Nach dem offiziellen Ende des letzten Golfkrieges, am 1.Mai 2003, sah sich vor allem die US-amerikanische Besatzung mit einer Anzahl von Problemen konfrontiert.

Die Ziele eines Transformationsprozess sind kurz-, lang- und mittelfristig angelegt.

Zu den unmittelbaren Aufgaben zählen unter anderem die Wiederherstellung der inneren Sicherheit und die Stabilität des Landes, der wirtschaftliche Wiederaufbau und die soziale bzw. humanitäre Versorgung, also die Wiedererlangung „normaler“ Lebensverhältnisse.

Die zweite Phase der Transformation bzw. die mittel- und langfristigen Zielsetzungen betreffen die Etablierung eines neuen politischen Systems (Parteien, Verfassung, Übergangsregierung, neue Eliten/ leadership) und die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – auch im Hinblick auf die politische Kultur und Traditionen des Landes –, um Desintegrationsmechanismen vorzubeugen bzw. zu vermeiden. In der Konsolidierungsphase findet die Umsetzung politischer Maßnahmen statt.

Der Transformationsprozess im Irak wird nicht (nur) von innen, durch die verschiedenen ethnischen Gruppen, sondern maßgeblich von außen, durch die USA beeinflusst. Die Besatzer stoßen im Irak zusehend auf Widerstand, die Legitimation seitens der Bevölkerung wird täglich geringer (mit Ausnahme der Kurden, und dort nur begrenzt), was sich negativ auf den Transformationsprozess auswirkt.

⁶² Zitiert nach Jochen Hippler: Militärische Besatzung als Schöpfungsakt: Nation Building im Irak. In: Hippler, Jochen (Hrsg.): Nation Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Verlag Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 2004

⁶³ Vgl. Hippler, S.123

In unserer Arbeit beleuchten wir das erste Jahr des Transformationsprozesses im Irak und versuchen auf die Frage, „welche Zielsetzungen verfolgte dieser Prozess und welche Schwierigkeiten treten in seiner Umsetzung auf?“ Antwort zu geben.

2.1.3.4. *Forschungsfrage und Untersuchungsgegenstand*

Welche Zielsetzungen verfolgt der Transformationsprozess im Irak und welche Schwierigkeiten treten in der Umsetzung auf?

Am 1. Mai 2003 wurde von US-Präsident Bush vom US-Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ das Ende der Hauptkampfhandlungen erklärt: „...*my fellow Americans, major combat operations in Iraq have ended. In the battle of Iraq, the United States and our allies have prevailed.*“ (CNN, 1. Mai 2003, Bush makes history speech aboard warship). Dieser Zeitpunkt ist als Beginn des Untersuchungszeitraums gewählt worden, da somit eine neue Phase, die dem zwischenstaatlichen Krieg folgend, begann. Untersucht werden die Entwicklungen im Irak bis Ende Juni 2004, als die irakische Übergangsregierung eingesetzt wurde. Es ist uns bewusst, dass dies nur einen Ausschnitt des Prozesses im Irak beleuchten kann, aber unter der praktischen Notwendigkeit einer zeitlichen Abgrenzung schien uns die Wahl dieses Zeitraums bis hin zum sogenannten Souveränitätstransfer sinnvoll.

2.1.3.4.1. *Hypothese*

Die Bedeutung, im Irak eine konstruktive Friedensdynamik zu schaffen, wurde von den Besatzungsmächten grundlegend unterschätzt.

Der von den USA geleitete Transformationsprozess orientiert sich zu wenig an den Interessen der irakischen Bevölkerung. Durch ihre mangelnde Einbeziehung besteht ein schweres Legitimationsdefizit der hauptsächlich von Exilirakern und von den USA ernannten Personen getragenen Übergangsinstitutionen.

2.1.3.5. Theoriebasis

2.1.3.5.1. Klärung der Zentralen Begriffe: Transformation, Demokratisierung, Nation und Staat

Transformation

Als Transformation oder Systemwechsel wird der allgemeine Prozess des Übergangs von einem Regimetyp zu einem anderen bezeichnet, insbesondere jener von einer Diktatur/ Autoritären Regime/ Totalitarismus zur Demokratie. Die Systemtransformationforschung untersucht also einen Regimewechsel, der im Idealfall von einem autokratischen System zu einer Demokratie führt. Dabei kann der Transformationsprozess in drei Phasen eingeteilt werden:

Die erste Phase definiert das alte Regime, die zweite leitet den Umbruch und das neue politische System ein, während in der dritten Phase die so genannte Konsolidierung stattfindet. Zwar werden neue Gesetze schon in der zweiten Phase bestimmt, die Umsetzung erfolgt aber erst in der dritten, sprich in der Konsolidierungsphase.

Ein Transformationsprozess umfasst nicht nur das System und die politische Elite, sondern auch die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Dabei bezeichnet das Wort Prozess immer etwas Dynamisches – ein dynamisches Aufeinanderfolgen von verschiedenen Zuständen eines Systems. Doch nicht nur das System ändert sich, auch die Menschen darin. Das heißt, ein politischer Transformationsprozess äußert sich nicht nur in der Neuordnung des politischen Systems, sondern verändert auch die politische Kultur eines Landes.

Die Art des Systemwechsels wird in der wissenschaftlichen Literatur mit verschiedenen Begriffen wie Systemwandel, Systemwechsel, Transition und Transformation beschrieben. Unter Systemwandel wird meistens der Übergang von einem Systemtyp in einen anderen verstanden. So würde der Übergang von einer Diktatur zur Demokratie als Systemwandel bezeichnet werden.

Der Begriff Systemwechsel ist im Gegensatz dazu ein allumfassender Begriff, der nicht den Übergang, sondern den abgeschlossenen Transformationsprozess charakterisiert.

Die Transition skizziert laut Wolfgang Merkel (Merkel/Puhle/Croissant/Eicher/Thiery: Defekte Demokratie, 2003, S.8-91) den Übergang zu einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie. Der Transformationsbegriff ist sicher der all umfassendste.

Demokratisierung

Die Demokratisierung bezeichnet den Prozess der Herausbildung einer demokratischen Staatsform aus einem autoritären oder totalitären politischen System (Vgl. Transformation) und die Schaffung von realer politischer Partizipation durch seine Staatsbürger (Wahlrecht, Gewaltenteilung und -beschränkung). Unter Demokratisierungspolitik wird vor allem eine von außen unterstützte oder durch Zwang durchgesetzte Demokratisierung verstanden. Diese Art der Politik gehört zum Repertoire der US-Außenpolitik. Die von Präsident Wilson nach dem ersten Weltkrieg verkündeten „14 Punkte“⁶⁴ sind ebenso Teil dieser Tradition wie die Besatzungspolitik gegenüber Deutschland und Japan nach dem zweiten Weltkrieg. Das Ende des Ost-West-Konflikts entfachte einen weiteren Schub US-amerikanischer oder westlicher Demokratisierungspolitik. Während unter Bill Clinton ganz allgemein die Ausdehnung demokratischer Herrschaftsverhältnisse („democratic enlargement“) verkündet wurde, betreibt die Bush-Administration aktiv den Sturz unliebsamer Diktatoren („regime change“).

Nation

Nation bezeichnet eine „Gemeinschaft von Menschen, die sich aus ethnischen, sprachlichen, kulturellen und/oder politischen Gründen zusammengehörig und von anderen unterschieden fühlen. Die verschiedenen Definitionskriterien einer Nation entspringen ihrem jeweils konkreten historisch-politischen Bezugsrahmen und daraus resultierenden unterschiedlichen Interpretationsmuster“ (Zitiert nach Nohlen, Dieter: Kleines Lexikon der Politik, 2003, S.321). Im weitesten Sinn ist die Nation ein System von Werteorientierungen und einem vorhandenem Wir-Gefühl, also einer kollektiven Identität.

Staat

Als Staat wird die „Gesamtheit der öffentlichen Institutionen verstanden, die das Zusammenleben der Menschen in einem Gemeinwesen gewährleisten soll.“ Der Staat wird durch sein Staatsgebiet, -volk und durch seine Staatsgewalt definiert. Die Staatsaufgaben sind von Raum und Zeit abhängig, dennoch zählen „die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit sowie die politische Beteiligung und die kulturelle Integration, der Schutz der Bürgerrechte, Friedensstiftung, die Setzung der ökonomischen Rahmenbedingungen für die friedliche Konkurrenz der Wirtschaftssubjekte einschließlich der Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur und der Wettbewerbsgarantie, die Schaffung der sozialen Voraussetzung individueller Freiheiten durch sozialstaatliche Sicherungssysteme, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und nachhaltige Entwicklung und die Schaffung

⁶⁴ Vgl. <http://www.dhm.de/lemo/html/wk1/kriegsverlauf/14punkte/>

einer wissensbasierten Infrastruktur zur Vermeidung nicht mehr kontrollierbarer Risiken,“ (Nohlen, 2003, S.485) dazu.

2.1.3.5.2. Theorieansatz: Nation-Building in gescheiterten bzw. zerfallenen Staaten (failed bzw. collapsed states)

Historisch gesehen bezeichnet „Nation-Building“ den Prozess der Herausbildung moderner Nationalstaaten im 19. Jahrhundert. Durch die politischen Umbrüche in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nach 1989 und angesichts des Zerfalls von Staaten in Folge von Konflikten und Kriegen (Bosnien-Herzegowina, Kosovo) steht die Aufgabe der Nations- bzw. Staatenbildung heute erneut auf der internationalen politischen Tagesordnung.

Vor allem durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 lässt sich ein Wandel im Umgang mit so genannten failed states erkennen:

Vor 9/11 galten failed states als regionale Angelegenheit, in die nur aus humanitären Gründen eingegriffen wurde. Nach 9/11 werden solche Staaten, vor allem von den USA, als unmittelbare Gefährdung der (inter-)nationalen Sicherheit betrachtet.

In der wissenschaftlichen Literatur taucht immer wieder die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussbarkeit des Nation-Building-Prozesses von außen auf. Weitgehend unklar ist, an welchem Modell sich der (Wieder-)Aufbau des Staates bzw. der Staatlichkeit in den verschiedenen Regionen ausrichten soll. Einig sind sich die Experten darin, dass Nation-Building ein Zusammenspiel von Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Militärpolitik und das angestrebte Ziel, eine moderne marktwirtschaftliche Gesellschaft nach westlichem Vorbild ist. Nation-Building umfasst also die ganzheitliche gesellschaftliche Entwicklung eines Landes, wobei die Herausbildung einer nationalen Identität im Vordergrund steht. Feststeht, dass die Abwesenheit des staatlichen Gewaltmonopols zu einem Bürgerkrieg führen und somit die Entwicklung der Zivilgesellschaft blockiert werden kann. Demzufolge ist der Staat auch im 21. Jahrhundert das zentrale Ordnungsmodell.

Laut einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (Scheckener Ulrich, 2004, S.1-27) gibt es seit den 1990er Jahren vier Problembereiche mit denen fragile Staaten zu kämpfen haben:

Zusammenhang von fragilen Staaten und Terrorismus: Failed states gelten als Nährboden für die Etablierung terroristischer Strukturen.

Zusammenhang von fragilen Staaten und „neuen Kriegen“: Die Hauptprofiteure der so genannten neuen Kriege sind nichtstaatliche Gewaltakteure wie beispielsweise Rebellen. Sie

können mitunter Teile des Staatsgebiets kontrollieren und ihre parastaatlichen Strukturen etablieren.

Zusammenhang von fragilen Staaten und unregulierten transnationalen Aktivitäten wie unter anderem Menschen-, Drogen- und Waffenhandel und alle Arten grenzüberschreitender „Schwarzmärkte.“

Die räumliche Ausweitung von Zerfallsprozessen: Spill-over-Effekte äußern sich unter anderem durch Flüchtlingsströme und den Export von Kriminalität sowie dem Wegfall von Märkten.

Aufgrund dieser Entwicklungen sollte die nachhaltige Stärkung staatlicher Strukturen ein Hauptanliegen der internationalen Politik sein, die sich die Frage stellen muss, was von außen getan werden kann, um einen Staat mit besten Wissen und Gewissen (wieder) aufzubauen. Um diese Frage beantworten zu können, muss in einem ersten Schritt das Konzept und die Kernfunktionen eines (modernen) Staates definiert werden.

Ein Staat setzt sich aus seinem Staatsgebiet, seinem Staatsvolk und seiner Staatsgewalt zusammen. Dabei verkörpert der Staat eine bestimmte Ordnung und bedarf der Anerkennung von außen, also anderer Staaten. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich das Konzept des Staates bzw. der Staatlichkeit weiterentwickelt. Die Begriffe Verfassungs-, Rechts-, Verwaltungs-, und Wohlfahrtsstaat verleihen dem ursprünglichen Staatskonzept ein neues Gesicht. Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität bzw. Rechtstaatlichkeit gelten heute als die Kernbereiche des modernen Staates.

Anhand dieser Kategorien kann die Fragilität eines Staates gemessen werden, denn der Staat muss einerseits die Sicherheit nach innen und nach außen – u. a. durch eine staatliche Armee oder Polizei – gewährleisten, andererseits über wirtschaftliche und soziale Ressourcen verfügen sowie politische Partizipation fördern und die Stabilität politischer Institutionen sichern.

Aus diesen Kriterien ergeben sich vier Typen von Staatlichkeit: der konsolidierte oder konsolidierende (consolidated/consolidating), der schwache (weak), der versagende oder verfallende (failing) und der gescheiterte bzw. zerfallene Staat (failed bzw. collapsed state). Der Irak ist dem Typ des gescheiterten Staates zuzuordnen.⁶⁵

Wie kann nun Nation-Building bzw. der Aufbau von Staatlichkeit von außen unterstützt werden? Erfolgreiches Nation-Building setzt bei den Kernbereichen des modernen Staates an

⁶⁵ Die Tabelle im Anhang 1 stellt begünstigende Faktoren für fragile Staatlichkeit dar. Um die Vielzahl der Faktoren zu ordnen wird einerseits zwischen Struktur-, Prozess- und Auslösefaktoren und andererseits zwischen internationaler/regionaler, nationaler und substaatlicher Ebene unterschieden.

– Sicherheit, Wohlfahrt, Legitimität bzw. Rechtstaatlichkeit – und ist im Idealfall ein „Friedensprozess“, der von außen bestimmt und positiv geleitet wird.

Im Irak stehen die US-Truppen vor einem Sicherheitsdilemma. Es ist die Aufgabe der USA im Rahmen des Nation-Building-Prozesses bestimmte Maßnahmen zu setzen wie beispielsweise den Aufbau von Polizei und Militär, die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und nichtstaatlichen Gewaltakteuren (Sicherheitsfunktion), die Gewährung von Finanzhilfen, Krediten, (Wieder-)Aufbau der Infrastruktur, Grundversorgung der Bevölkerung durch humanitäre Hilfe (Wohlfahrtsfunktion), Förderung der Demokratisierung sowie der Menschen- und Minderheitenrechte, Organisation und Beobachtung von Wahlen, Aufbau des Justizwesens und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure.

	Sicherheit	Wohlfahrt	Legitimität und Rechtsstaatlichkeit
Gescheiterte Staaten	Peacekeeping Peace- enforcement Temporärer Einsatz einer internationalen Polizei Aufbau von lokaler Polizei und Armee Kontrolle der Außengrenzen Förderung von Friedensprozessen Bekämpfung von „crime and conflict networks“	Aufbau bzw. Wiederaufbau von physischer Infrastruktur (Energieversorgung, Verkehrswege, Schulen etc.) Grundversorgung der Bevölkerung Finanzhilfen Wirtschaftsreformen Aufbau bzw. Wiederaufbau von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen	Neue Verfassung Aufbau politischer und administrativer Institutionen Aufbau einer unabhängigen Justiz Organisation und Beobachtung von Wahlen Korruptions-Bekämpfung Förderung der Menschenrechte und der Pressefreiheit Aufbau kommunaler Strukturen

Tabelle: Toolbox für Interventionen in gescheiterten Staaten. In: Scheckener, Ulrich (Hg.): States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem. SWP- Studie (Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin November 2004

Im Irak wirken die politischen Rahmenbedingungen massiv auf das Nation-Building und den Demokratisierungsprozess ein. Saddam Husseins Regime wurde primär von außen, d.h. von ausländischen Truppen, gestürzt. Eine erfolgreiche Demokratisierung beginnt aber von innen, zum Beispiel mit dem Sturz der vorherrschenden Regierung durch die Opposition.

Es ist schwierig in einem Land Nation-Building „von außen“ zu betreiben, da die erhoffte Stabilität meist oberflächlich und nicht nachhaltig ist. Externes Nation-Building bewegt sich also im Spannungsfeld „Förderung der internen Prozesse sowie Eigeninteresse und Strategische Ziele der Besatzer bzw. Akteure.“ Dabei steht die Wiederherstellung der Stabilität vor der Demokratisierung. In diesem Zusammenhang ist zu klären, wer den Gesamtprozess des Nation-Building steuert. Sind es wie im Irak externe Regierungen, oder Internationale Organisationen und interne Gesellschaftsgruppen?

Ein wesentliches Problem des Nation-Building ist die Aufrechterhaltung der Legitimität für die Besatzung. Hat die irakische Bevölkerung das Gefühl, die Anwesenheit und Arbeit der US-Amerikaner sei sinnvoll und notwendig, erhöht sich die Akzeptanz für politische Maßnahmen. Ist jedoch der Eindruck vorhanden, dass die USA vor allem Eigeninteressen verfolgen und sich nach Kriegsende keine Verbesserung der Lebensbedingungen einstellt, führt dies zu erhöhtem Misstrauen gegenüber den Besatzern. Fazit: Widerstand formiert sich.

Nach Jochen Hippler (2004, S.121-141) sieht sich (US-amerikanisches, imperiales) Nation-Building mit folgenden Problemen konfrontiert:

Sicherheitsproblem: Die Uneinigkeit zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen führt zu Spannungen und Widerstandskämpfen. So kann es zu Anschlägen gegen die Besatzer kommen. Die Täter gehen davon aus, dass zivile Opfer den Hass der Bevölkerung gegen die Besatzer schürt, und somit ihr Widerstand legitimiert wird. Aber auch innerhalb der unterschiedlichen irakischen Stämme gibt es vermehrt Anschläge. Ziel ist die Provokation eines Bürgerkriegs. Ein weiteres Problem umfasst die lokalen Machthaber und Warlords: Die Besatzer sind auf lokale Verbündete angewiesen, egal als welchen (radikalen) Lager diese stammen.

Frage der Ressourcen: Aufgrund der hohen Kosten, die beim Wiederaufbau eines Staates bzw. der Staatlichkeit entstehen, wird zusehend minimales Nation-Building betrieben, was sich natürlich negativ auf die Erfolgchancen auswirkt.

Je länger der Einsatz im Irak dauert und je größer die Verluste der US-Amerikaner (und ihrer Verbündeten) sind, desto geringer ist die Legitimation im eigenen Land.

Zielkonflikte und Ziel-Mittel-Konflikte: Beim imperialen Nation-Building besteht häufig ein Konflikt zwischen dem Interesse an tatsächlichem Nation-Building mit sozio-politischer Entwicklung und dem Interesse an der Kontrolle und Durchsetzung der Besatzer- Interessen.

Nation-Building im Irak kann also nur dann erfolgreich sein, wenn es einen integrativen Charakter besitzt. Im Vordergrund steht dabei die Herausbildung einer gruppenübergreifenden nationalen Identität, die Integration der Gesellschaft und die Etablierung eines funktionsfähigen Staatsapparats. Nation-Building benötigt zusätzlich eine „nationale“ Infrastruktur wie zum Beispiel gemeinsame Verkehrswege und landesweite Medien. Außerdem bedeutet Nation-Building, vor allem in der Konsolidierungsphase, auch eine Art gesellschaftliche Mobilisierung. Dabei können negative Kräfte freigesetzt werden:

„Der Prozess der Konstituierung von Nation und die stärkere Partizipation und politische Mobilisierungsfähigkeit der zur Nation gewordenen Bevölkerung bedeutet allerdings, dass in der Gesellschaft zuvor schlummernde Konflikte, die durch den Ausschluss der Bevölkerung von der Politik nur geringe Artikulationsmöglichkeiten hatten, verstärkt wirksam werden können. Umso mehr wird dies zutreffen, wenn die Bestimmung dessen, wer eigentlich zur Nation gehört, ungeklärt oder umstritten ist, also insbesondere in mult-ethnischen oder mult-religiösen Gesellschaften, die sich nicht auf gemeinsame Staatsbürgerschaft als Gemeinschaftskriterium einigen können.“ (Hippler, 2004, S.26)

Nation-Building- Konzepte funktionieren nicht wenn sie ohne Rücksicht auf (demokratie-)politische Traditionen wie eine Glocke über eine Gesellschaft gestülpt werden. Nation-Building muss auf die Bedürfnisse und Vorstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eingehen und diese in den Transformations- und Entscheidungsprozess mit einbeziehen. Das Konzept der Nation und des Staates ist ein dynamisches Phänomen, das sich in dauernder Veränderung befindet und sehr stark von den historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes abhängig ist.

Nation-Building kann durch bestehende Strukturen der Nachkriegsgesellschaften entweder erleichtert oder erschwert werden. Da im Irak Nation-Building von außen betrieben wird, die

Infrastruktur des Landes fast zur Gänze zerstört ist, und alle staatlichen Strukturen Relikte aus einer Diktatur stammen, muss die USA das Land von Grund auf neu aufbauen.

Der Regierungswechsel stellt nur den Anfang eines Transformationsprozesses dar, in dessen Verlauf demokratische Verfahren und Institutionen konsolidiert, eine Zivilgesellschaft verankert, eine funktionierende Marktwirtschaft und ein soziales System geschaffen werden muss.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass externes Nation-Building nur dann funktioniert, wenn die einheimische Bevölkerung den Sinn von Nation-Building-Maßnahmen erkennt.

Die Legitimation der Besatzungsmächte im Irak hängt also maßgeblich von den gemachten Erfolgen in der Nachkriegszeit ab. Dabei spielt sowohl das individuelle als auch das kollektive Sicherheitsgefühl eine tragende Rolle. Nicht ohne Grund mussten sich die USA Vorwürfe gefallen lassen, sie hätten die Planung des Nachkriegsirak auf die leichte Schulter genommen und keine einheimischen Experten konsultiert.

Der Schlüssel zum erfolgreichen Nation-Building liegt also bei der Bevölkerung.

Werden die Besatzer, wie es im Irak der Fall ist, als Feinde betrachtet, und deren Maßnahmen als politisches Eigeninteresse ausgelegt, gestaltet sich auch der Wiederaufbau und die Errichtung demokratischer Werte schwierig. Vielfach wird in diesem Zusammenhang vom „Kampf um die Köpfe“ der Menschen gesprochen, denn dauerhafte Demokratisierung kann nur „von innen“ stattfinden. Ist dieser Kampf einmal gewonnen, steht einer erfolgreichen Demokratisierung nur wenig im Weg.

2.1.3.6. Methode

Methodisch stützen wir unsere Arbeit vorwiegend auf Primärquellen, wie z.B. UNO-Resolutionen und auf deutsch- und englischsprachige Sekundärliteratur. Für die aktuellsten Entwicklungen stehen uns neben Homepages relevanter internationaler Forschungsinstitute, aktuelle Berichte, u. a. von der International Crisis Group, zur Verfügung. Um unsere Arbeit zusätzlich abzustützen, führten wir ein Tiefeninterview mit Gudrun Harrer, Außenpolitikressortleiterin bei der Tageszeitung „Der Standard“ und Autorin des Buches „Kriegs-Gründe. Ein Versuch über den Irak-Krieg“, die uns auch für die internen Zusammenhänge sensibilisiert hat.

2.1.3.7. Überblick über die wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse nach dem offiziellen Kriegsende am 1. Mai 2003 bis zur Regierungsübergabe am 28. Juni 2004

Fast ein Jahr, nachdem US-Präsident George W. Bush die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet erklärt hat, kann immer noch nicht von Frieden, Sicherheit und Demokratie im Irak gesprochen werden. Zieht man eine Bilanz der Geschehnisse des letzten Jahres, stehen die USA und ihre Alliierten in keinem guten Licht. Der Hauptgrund für den Angriff auf den Irak, der Besitz von Massenvernichtungswaffen, konnte nicht bestätigt werden.

Im letzten Jahr gerieten sowohl die amerikanische als auch die britische Regierung samt ihren Geheimdiensten unter erheblichen Druck und mussten öffentlich zugeben, dass sie mit Informationen bezüglich dem Vorhandensein irakischer Waffenvernichtungswaffen nicht immer wahrheitsgetreu umgegangen sind. Das von den USA angegebene Vorhaben, der Irak wolle Uranium im Niger erwerben, erwies sich als nicht wahr. Tony Blair wurde bei einer Anhörung im Ausschuss des britischen Unterhauses zwar vom Vorwurf der Manipulation von Geheimdienstinformationen entlastet, Kritik bezüglich der Veröffentlichung von nicht-bestätigten Informationen blieb jedoch bestehen. Zusätzlich brachte der Selbstmord des britischen Waffeninspektors David Kelly Tony Blair in Argumentationsnot.

Unsicherheit und Gewalt stehen im Irak auch nach dem 1. Mai 2003 weiter auf der Tagesordnung. Im Jänner 2004 erhöhte sich die Zahl der gefallenen US-Soldaten im Irak auf 500. Allein in Bagdad und in drei Provinzen starben um die 5.500 Zivilisten eines gewaltsamen Todes. Auf das UN-Hauptquartier in Bagdad wurde im August 2003 ein Bombenanschlag verübt bei dem mindestens 15 Menschen ums Leben kamen, darunter der UN-Sonderbeauftragte Sergio Vieira de Mello.

Bei dem heiligen Fest der Schiiten, dem Aschura-Fest, bei dem im März 2004 zehntausende schiitische Gläubige zusammengekommen waren, werden bei einem fast zeitgleichen Anschlag in Bagdad und dem Wallfahrtsort Kerbela 150 Menschen getötet und weitere 200 teils schwer verletzt. Das sind nur wenige von unzähligen Beispielen von Anschlägen in den letzten 14 Monaten. Die Gewalt nimmt keinen Abbruch. Ende April 2004 kommen die schrecklichen Folterungen von US-Amerikanern an irakischen Gefangenen ans Tageslicht.

Neben den zahlreichen Anschlägen im Irak, gab es im vergangenen Jahr auch Terroranschläge in Saudi-Arabien, Marokko, Afghanistan und Jakarta. Der Terroranschlag in Madrid am 11. März 2004 kostete fast 200 Menschen das Leben.

In Falluja lieferten sich amerikanische Truppen lange Zeit mit den Anhängern des Schiitenführers Muktada al Sadr immer wieder schwere Gefechte, ein Zeichen für zusehends organisierten Widerstand.

Der von den USA eingesetzte 25-köpfige Provisorische Regierungsrat wird von der Bevölkerungsmehrheit nicht anerkannt. Er hat keine tragfähige Basis im Volk, besitzt weder reale Macht noch ausreichende Befugnisse.

Auch international hat es die USA schwer, sich durchzusetzen. Viele dem Sicherheitsrat vorgelegte Entwürfe für eine Irak-Resolution wurden zurückgewiesen. Spanien zog nach dem Wahlsieg der sozialistischen Partei und der folgenden Regierungsumbildung seine Truppen aus dem Irak ab, Honduras folgte diesem Beispiel. Unter den gegebenen Sicherheitsbedingungen ist die UNO sehr zurückhaltend Personal in den Irak zu entsenden.

2.1.3.8. Situation vor Ort

2.1.3.8.1. Ausgangslage für Versuch des nation building im Irak

Das Ende des Krieges und die Erwartungshaltungen der USA

Nach dem Einmarsch der Koalitionstruppen in Bagdad am 9. April 2003 schien die Macht des irakischen Staates unter Saddam gebrochen zu sein. Über die Pläne der von der USA angeführten Koalition für das Nachkriegsszenario im Irak, die Umsetzung der angekündigten Befreiung und Demokratisierung war wenig bekannt.

Es gab viele warnende Stimmen im Vorfeld, die behaupteten, dass die Pläne und Handlungen der Besatzungsmächte nach dem eigentlichen Krieg noch bedeutsamer sein und längerfristige Auswirkungen haben würden, wie zum Beispiel ein 2002 vom Council on Foreign Relations und dem James A. Baker III Institute for Public Policy of Rice University veröffentlichter Bericht „Guiding Principles for U.S. Post-Conflict Policy in Iraq“.

Doch bereits am 12. April 2003 wird das Irakische Nationalmuseum von Plünderern überfallen. Es beginnt eine Phase in der Infrastruktur und zivile Ordnung zusammenbricht. Es stellt sich die Frage, ob die USA nach dem schnellen und erfolgreichen Krieg gegen die irakische Armee die Anstrengungen auch Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten unterschätzt haben.

Zahlreiche Indizien lassen vermuten, dass von Seiten der US-Militärplanung ein schneller erfolgreicher Feldzug vorhergesehen wurde, und jegliche Planung hauptsächlich auf den primären militärischen Kampf mit der irakischen Armee ausgerichtet war. Am 18. März 2003, ein Tag vor Kriegsbeginn berief der US-Joint Chiefs of Staff eine Sitzung ein, in der Pläne für den Truppenrückzug nach dem Sieg diskutiert wurden.

Eine knappe Woche nachdem US-Truppen in Bagdad einmarschierten, am 16. April 2003, besuchte General Tommy Franks seine Führungsoffiziere vor Ort. Er teilte ihnen mit, dass Kampftruppen binnen 60 Tagen zum Rückzug aus dem Irak bereit sein sollen, wenn alles nach Plan verlief. Bis September 2003 sollten die 140.000 Soldaten auf ca. 30.000 reduziert sein. Präsident Bush würde Pläne in Erwägung ziehen, vier internationale Divisionen als Blauhelme einzusetzen.

Ein weiteres Anzeichen für strikt militärische Operationalisierung ist, dass erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg das US-Verteidigungsministerium und nicht das Außenministerium die Führung und Verantwortung für das Nachkriegsszenario übertragen bekam. Das Verteidigungsministerium schien eine längere Involvierung als in Bosnien oder Kosovo absolut vermeiden zu wollen.

Doch die meisten erhofften und scheinbar fest eingeplanten internationalen Truppen kamen nicht und die irakischen Institutionen, die die Verwaltung des Landes mittragen sollten, brachen zusammen.

Larry Diamond, der als Senior Adviser für die CPA arbeitete, konstatiert zwei strategische Fehleinschätzungen. Erstens war das Ausmaß der Ent-Baathifizierung viel zu breit, da es zu viele Menschen ausschloss, die in der Verwaltung gebraucht würden und zugleich nie in Verbrechen der Baath-Partei involviert waren. Zusätzlich wurde dazu der sehr umstrittene Ahmed Chalabi eingesetzt. Den zweiten groben Fehlschritt beging laut Diamond die CPA mit der Auflösung der Armee, die bereits niedergeschlagen war und reformiert hätte werden können. Durch die Auflösung wurden jedoch qualifizierte Menschen den Rebellen in die Arme getrieben (Larry Diamond, Foreign Affairs 2004).

Laut einem top-secret Dokument aus dem August 2002, „Iraq: Goals, Objectives and Strategy“, ging hervor, dass als Ziel nicht nur der Sturz von Saddam vorgesehen war, sondern auch der Aufbau eines demokratischen Systems in dem die irakische Bürokratie zwar erhalten aber jedoch reformiert werden sollte. Laut Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice bestand das Konzept darin, dass die irakische Armee geschlagen werden sollte, dass jedoch die Institutionen von Ministerien bis zur Polizei bestehen bleiben würden.

Auf Grund der knappen Kalkulationen und schnellen Rückzugspläne seitens des US-Verteidigungsministeriums, waren nach dem erklärten Ende der Hauptkampfhandlungen zu wenig Truppen im Irak um die nötigen Aufgaben zu erfüllen.

Condoleezza Rice und ihr Stellvertreter Stephen Hadley ließen nachforschen, welche Anforderungen bei früheren nation-building Versuchen entstanden sind. Die Studie Force Security in Seven Recent Stability Operations unterstrich, dass für die Friedenssicherung nach einem Krieg gänzlich andere Anforderungen zu erfüllen sind und Faktoren wie Bevölkerungsanzahl, Gelände und gestellte Aufgaben zu berücksichtigen sind. Für eine Truppendichte wie im Kosovo wären im Irak 480.000 Soldaten nötig, für ein Verhältnis wie in Bosnien 364.000 und für mit Afghanistan als Maßstab nur 13.900.

Nach Herrn Garner, dem ersten zivilen Verwalter im Irak, bestand das Problem in der Fehlplanung für das Nachkriegsszenario im Irak und das machte es den Aufständischen leichter Fuß zu fassen:

“John Abizaid was the only one who really had his head in the postwar game”, Garner said, referring to the general who served as Franks's deputy and eventually his successor. "The Bush administration did not. Condi Rice did not. Doug Feith didn't. You could go brief them, but you never saw any initiative come of them. You just kind of got a north and south nod. And so it ends with so many tragic things." (Michael R. Gordon, October 19, 2004).

Cruise-Missile versus Selbstmordattentäter

Es sollte zunächst festgehalten werden, dass die von den USA in medial rund um den Globus ausgestrahlter Weise geltend gemachten Gründe für einen Feldzug gegen den Irak primär nicht in der Erschaffung eines demokratischen irakischen Staates, sondern im Kampf gegen den Terrorismus lagen. Ein Regimewechsel schien insofern angebracht, um den angeblichen Unterstützer von internationalem Terror, Saddam Hussein, abzusetzen und die Welt dadurch sicherer zu machen. Mit der Entmachtung Saddam Husseins und seiner Anhänger im Irak sollte ein vernichtender Schlag gegen das Al Quaida Terrornetzwerk geführt werden, das weltweit Menschen zahlreicher unterschiedlicher Nationalitäten tötet. Unberücksichtigt, zumindest aber vernachlässigt, blieb dabei, dass die ideologische Motivation der Terroristen weiter durch die von US-Truppen angeführten Invasionen von zwei muslimischen Ländern

(Afghanistan, Irak) gestärkt wurde und dass eine Spirale von der Bekämpfung des nationalen Terrorismus in diesen Ländern vermehrt zu internationalem Terrorismus führt.

Dieser proklamierte Kampf gegen den angeblichen Förderer des Terrorismus im Irak war also weitaus mehr als nur der Feldzug gegen den Nationalstaat Irak und der daraus resultierende Krieg nur zunächst einer von sich gegenüber stehenden nationalen Armeen.

Vor diesem Hintergrund entfalteten sich die (teils unkontrollierten) Kräfte militärisch sehr ungleicher Akteure. Sehr schnell erwies sich, dass, trotz weltweiter Führung der USA im Feld der Waffentechnologie es nicht ausreicht, Machtbestrebungen nur auf dieser Ebene zu verfolgen und umsetzen zu wollen.

Die Invasion des Irak stellte grundsätzlich kein militärisches Problem dar, aber es darf nicht übersehen werden, dass es der 2,5fachen Truppenstärke bedarf, um ein besetztes Land zu befrieden. Die stark aufgestockten Streitkräfte müssen für eine derartige Befriedung verstreut eingesetzt werden, aber durch diese Aufteilung werden sie verwundbar.

Als gegenläufige Entwicklung zum Technologiewaffenmarkt werden die „Waffen der Armen“ sichtbar, Sprengstoffgürtel, AK-47 Maschinengewehre und tragbare Raketen. Die Besatzungstruppen stehen nicht mehr einer feindlichen Armee gegenüber, sondern werden gezwungen, einen Guerilla-Krieg zu führen. Es sollte festgehalten werden, dass Kriege gegen solche Guerillakämpfer bisher selten auf militärischem Wege gewonnen wurden.

Hier kommt die Schwäche der politischen Machtsäule der USA im Irak zum Ausdruck. Um eine neue politische Stabilität zu erreichen, befrieden „Mächtige“ (empires) besetzte Länder nicht mit eigenen Truppen, sondern mit der Hilfe von ansässigen Verbündeten. Abgesehen vom Nord-Irak (Kurden) wurde das in diesem Krieg verabsäumt. Die von den USA eingesetzten Exiliraker erfüllten die in sie gesetzten Hoffnungen nicht, da sie keinen Rückhalt in der Bevölkerung haben. In dieser Sackgasse gefangen, reagieren die USA auf aufkommende politische Probleme und Unzufriedenheiten der Bevölkerung zunehmend mit ihrer im Irak am weitesten entwickelten Fähigkeit – geballter Feuerkraft. (Überlegungen basieren auf dem Vortrag von Michael Mann).

2.1.3.8.2. Versuch von nation building durch die USA

Erste Maßnahmen einer Umsetzung

Der Transformationsprozess im Irak erwies sich seit Mai 2003 für die Besatzungsmächte als schwierige Aufgabe, was teilweise durch den Umgang mit schnell wechselnden Lageentwicklungen vor Ort bedingt war, wie auch durch mangelnde politische Um- und Weitsichtigkeit. In Summe ging dies oft zu Lasten der Kohärenz der Koalitionsstrategie. Am 21. April 2003 wurde von den USA die Coalition Provisional Authority (CPA) als Regierungskörper für die Übergangszeit geschaffen. Durch den Unwillen der USA weder ernsthaft die IrakerInnen, noch die UNO, miteinzubeziehen, hatte die CPA weitgehendste Befugnisse. Am 23. Mai 2003 wurde von der CPA die irakische Armee aufgelöst, die neue irakische Armee wurde am 8. August gegründet. Das ursprüngliche Bemühen der CPA, alle Verbindungen im Irak mit dem gestürzten Baathparteiregime zu kappen, prominente Beispiele sind die unmittelbare Auflösung der Irakischen Armee und Absetzung aller leitender Beamten im Verwaltungsapparat, erwies sich als höchst destabilisierend. Diese Strategie wurde in Folge nicht nur aufgegeben, sondern schrittweise wieder rückgängig gemacht. Der irakische Übergangregierungsrat wurde am 13. Juli 2003 erstmals einberufen und war der Versuch der USA, eine irakische Autorität zu entwickeln, welche unter der Bevölkerung Anerkennung genießen sollte. Diese Glaubwürdigkeit fehlte in den Augen vieler Irakis jedoch, da die Positionen zumeist mit Exil-Irakern besetzt wurden und de facto noch immer alle Entscheidungen treffen.

Untransparente Entscheidungen entfremdeten die irakische Bevölkerung zusehends, insbesondere wurde den von der USA eingesetzten Exil-Irakern in den Übergangsinstitutionen wird mangelnde Legitimität sowie bloße Wahrung der US und eigener Interessen als Handlungsmaxime vorgeworfen. Es erfolgte im Laufe des vergangenen Jahres eine schrittweise Übergabe von Befugnissen an ernannte irakische Institutionen. Obwohl laut Sicherheitsratsresolution 1511 Souveränität von den irakischen Interimsbehörden ausgeübt wird, haben sich die Besatzungsmächte jedoch de facto deren reale Ausübung weitgehend vorbehalten (ICG Middle East Report No 27, 2004). Zentrale Eckpfeiler des Transformationsprozesses des letzten Jahres werden im Folgenden kurz beschrieben:

Am 15. November 2003 schloss die Coalition Provisional Authority (CPA) mit dem irakischen Übergangregierungsrat ein Abkommen, welches eine schnellere Machtübergabe an irakische Institutionen vorsieht als es bis dahin geplant war. Der beschleunigte Zeitplan steht unter der Prämisse, den Irakern Verantwortung nicht erst nach Erstellung einer Verfassung und Abhaltung von nationalen Wahlen zu übertragen, sondern eine

Übergangsregierung mit 30. Juni 2004 zu ernennen, welche den Übergangsregierungsrat ablöst. Diese Vordatierung kann als Reaktion auf die stark ansteigende Angriffsfrequenz auf Koalitionstruppen im Irak, schwindende Unterstützung seitens der irakischen Bevölkerung für die Besatzungsmächte und den von diesen eingesetzten Übergangsregierungsrat gesehen werden (http://www.cfr.org/background/background_iraq_bushplan.php).

Die so genannte Interimsverfassung vom 8. März 2004 (Transitional Administrative Law – TAL - http://www.cfr.org/background/background_iraq_const.php), welche bis zu den landesweiten Wahlen im Jänner 2005 in Kraft sein soll, strebt einen föderalen Staat an. Die Entscheidung kritischer Streitfragen, wie zum Beispiel der Status der Stadt Kirkuk sind bis zur Verabschiedung einer permanenten Verfassung aufgeschoben.

In seiner Rede vom 24. Mai 2003 im Army War College in Carlisle, USA, beschrieb Präsident Bush seinen groben Fünfpunkteplan für den Transformationsprozess des Irak („Bush lays out plan for a new Iraq“, International Herald Tribune, 25. Mai 2004):

Übergabe der Regierungsgeschäfte an eine souveräne, von der UNO bestimmte, irakische Regierung sowie Schaffung einer repräsentativen beratenden Nationalversammlung, welche die religiöse und ethnische Diversität berücksichtigt.

Unterstützung bei Errichtung von Stabilität und Sicherheit, ohne ein Datum für den Transfer von Entscheidungsbefugnissen an Iraker in diesen Angelegenheiten zu nennen.

Fortsetzung des Wiederaufbaus der irakischen Infrastruktur. Die von den USA bereitgestellten Mittel werden auch nach dem 30. Juni von der USA kontrolliert, die Kontrolle der Öleinkünfte soll der UNO obliegen.

Involvierung und Unterstützung von anderen Ländern im Irak mit Hilfe einer neuen UN-Resolution.

Abhaltung von allgemeinen freien Wahlen bis Jänner 2005.

Die in Bushs Rede erwähnte UN-Resolution wurde vom Sicherheitsrat am 8. Juni 2004 einstimmig verabschiedet. Die Resolution 1546 legt Prozeduren für den weiteren Transformationsprozess fest, nimmt darin aber nicht den zentralen Stellenwert ein und läuft dadurch Gefahr den realen Gegebenheiten und Entwicklungen im Irak nicht gerecht zu werden.

Im achten Paragraphen der Präambel wird die Verpflichtung für die Übergangsregierung festgelegt, auf einen föderalen, demokratischen, pluralistischen und vereinten Irak

zuzuarbeiten. Das ist, was den Kurden von den an sie gemachten Zugeständnissen vom Transitional Administrative Law noch übrig geblieben ist.

Die Resolution sieht bis zum 1. Juni 2004 die Schaffung einer souveränen Übergangsregierung vor, der nicht später als am 30. Juni 2004 volle Verantwortung übertragen werden soll. Weiters wird festgelegt, dass am 30. Juni 2004 die Besatzung enden wird und die CPA aufhören wird zu existieren. Ebenso wird ein spezifischer Zeitplan für die restliche Übergangsperiode festgelegt: die Einberufung einer der irakischen Bevölkerungszusammensetzung entsprechenden nationalen Konferenz sowie die Abhaltung direkter demokratischer Wahlen zwischen 31. Dezember 2004 und 31. Jänner 2005 bei der eine Übergangsnationalversammlung gewählt werden soll, welche die Aufgabe haben wird eine Übergangsregierung zu bilden, eine permanente Verfassung zu verfassen, die schließlich zu einer verfassungsgemäß gewählten Regierung bis 31. Dezember 2005 führen soll.

Am 28. Juni übernimmt die souveräne Übergangsregierung die Geschäfte im Irak.

2.1.3.8.3. Warum stießen die US-Pläne von Seiten der irakischen Bevölkerung bisher oft auf massive Ablehnung?

Laut dem durchgeführten Interview mit Gudrun Harrer wurden die nötigen Ressourcen für die Friedenssicherung von den USA komplett unterschätzt, da für Schlüsselpositionen nicht alleine die Qualifikationen entscheidend sind, sondern auch das ideologische Profil bzw. ob die Person dem Außen- oder dem Verteidigungsministerium angehört. Zudem sei vermutlich in manchen amerikanischen think-tanks freies wissenschaftliches Arbeiten nicht mehr möglich und willfährige Experten liefern das gewünschte ideologische Produkt. Frau Harrer führte im Gespräch mit den Autoren weiter aus, dass die Auflösung der irakischen Armee im Mai 2003 wahrscheinlich einer der wesentlichsten Faktoren war, der die Dinge zum Kippen brachte. Denn wären noch einige Millionen Dollar in die reguläre irakische Armee investiert worden, und wäre ein entsprechendes Gehalt ausgezahlt worden, hätte vieles vermieden werden können, denn:

Die Armee ist weit älter als Saddam, sie ist ein Stück irakische Nationalgeschichte, während Saddam eine Episode davon ist. Die Armee aufzulösen war ein grober Fehler, mindestens

400.000 Leute arbeitslos zu machen die vermutlich jeweils 10 Leute zu ernähren haben...
dadurch verschafft man sich schnell 4,000.000 Feinde.

Ein ideologisches Scheitern der USA?

Wenn man versucht, die Gründe für die Instabilität im Irak, und damit meinen wir den mangelnden Frieden im Land einerseits, und das bisherige Scheitern einer stabilen nationalen Regierung im Irak andererseits, zu analysieren, muss man sich mit der bereits zuvor beschriebenen konzeptionellen politischen Schwäche der USA im Irak auseinander setzen: auf der ideologischen Ebene besteht ein noch weit größeres Ungleichgewicht als auf der militärischen.

Einerseits muss generell auf die „Waffen der Masseninformation“ hingewiesen werden, die eine globale Wissensverbreitung bewirken und damit den Nährboden ideologischen Handelns verstärken kann. Bemerkenswert ist, dass dieser Einfluss der Medien auf die Perzeption der Wirklichkeit und die Wahrnehmung der jeweiligen Gegenseite für die arabische genauso gilt wie für die westliche Welt: Al-Jazeera berichtet über die Zustände in Gefängnissen in Afghanistan, Irak, Guantanamo, die Nahostpolitik der USA, während CNN für viele US-Bürger den Eindruck entstehen lässt, Saddam stünde hinter den Anschlägen vom 11. September.

Aber während die „westliche Welt“ schon sehr bald und noch vor Beginn der Invasion über die Rechtmäßigkeit eben dieser gespalten war, gab es trotz starker gesellschaftlicher Spaltungen im Irak sehr schnell Tendenzen, gegen ein gemeinsames Feindbild, verkörpert durch die ausländischen Truppen und die von dieser eingesetzten Übergangsregierung bzw. Zivilverwaltung, vorzugehen.

Eine auseinanderklaffende Schere an ideologischen Beweggründen, ein zunehmend einheitliches Feindbild auf der einen Seite und ein immer weiteres Abrücken der USA von ursprünglich genannten ideologischen Zielsetzungen, nämlich Menschenrechtsschutz und Demokratisierung im Irak zu verankern, wird sichtbar. Dieser ideologische Gegensatz wird von den USA zu einer neuen „de facto Ideologie“ erhoben, in der sie ihren Feinden ihre Menschlichkeit abspricht und zum personifizierten „Bösen“ stilisiert. Gestützt auf diese neue Ideologie scheint es sogar gerechtfertigt, internationale Übereinkommen zum Schutz – nicht zuletzt eben jener (Menschen-)Rechte und Werte, die durch diesen Krieg geschützt und gestärkt werden sollten (z.B.: Genfer Konventionen – zu missachten.

Immer stärker arbeiten die Besatzungsmächte mit einer Dämonisierung und Entmenschlichung ihrer militärisch nur schwer zu fassenden Gegner. Hier soll insbesondere

auf jene publizierten Folterfotos aus Gefängnissen im Irak hingewiesen werden, über deren Einsatz als psychologisches Druckmittel in den Verhören anderer Gefangener nur spekuliert werden kann.

Dementsprechend scheint es auch wenig überraschend, dass die Okkupation die Iraker immer weiter von den befreienden Truppen und insbesondere den USA entfremdet hat. Das (militärische) Vorgehen der Besatzungsmacht hat noch weiter die Glaubwürdigkeit der ursprünglich postulierten Ziele unterminiert: Menschenrechte und Demokratisierung werden unter diesen Gegebenheiten leicht als imperialistische Instrumente verstanden, die als Vorwand und Feigenblatt für ein völkerrechtlich mehr als fragwürdiges Unterfangen gesehen werden können. (Überlegungen basieren auf dem Vortrag von Michael Mann)Michael Mann)

2.1.3.9. Die politische und ethnische Struktur des Irak

Die Gefühle zwischen den Sunniten, Schiiten und Kurden ist angespannt. Jede Gruppe hat auf Grund ihrer Vergangenheit und ihrer spezifischen Perzeption der aktuellen Vorgänge ein gewisses Maß an Verunsicherung. Die Schiiten, die viele Jahrzehnte von einer Mehrheitsregierung nur träumen konnten, werden jetzt wahrscheinlich besonders empfindlich auf diverse Ansprüche reagieren, da sie nun ihre Zeit an der Macht gekommen sehen. Die Minderheit der Sunniten, bisher unter Saddam die dominante Gesellschaftsschicht sieht sich jetzt an den Rand gedrängt. Viele enttäuschte Menschen mit wenig oder keinen Perspektiven werden dadurch den islamischen Extremisten in die Arme getrieben, verstärkt durch generalisierende Schwarz/Weißmalerei entlang der ethnischen Linien der Besatzungscoalition. Die Kurden haben sich seit der Besatzung sehr pragmatisch verhalten, sie wissen dass national wie regional kein unabhängiger Staat zu realisieren ist, vor allem nicht ohne die Rohstoff-Stadt Kirkuk und streben daher weitestgehend Autonomie an. Durch den unstablen gesellschaftlichen wie angespannten sicherheitstechnischen Kontext, der nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Ethnien besteht, wird es nicht leicht sein Trennlinien welcher Art auch immer zu überwinden.

2.1.3.10 Die grundlegenden Elemente des Nation-building

Was die Intervention im Irak auf mehrfache Weise eindeutig beweist, ist, dass die USA wahrhaftig die einzige und stärkste militärische und politische Macht besitzt, und darüber

hinaus, diese auch benützen kann wie immer ihr beliebt. Erstens konnten die USA ein großes weit entfernt gelegenes Land sehr rasch, mit wenig Hilfe von Alliierten, ohne die Stützpunkte in Saudi Arabien und ohne den Weg über die Türkei zu verwenden mit relativ wenigen Verlusten besetzen. Zweitens wagten oder konnten die Nachbarländer keinen Widerstand gegen die USA leisten. Und drittens, die Tatsache, dass auch die Länder, die in Opposition zum Irakkrieg standen, darunter einige der normalerweise mächtigsten amerikanischen Verbündeten, die Pläne der USA nicht hinauszögern oder verhindern konnten. Allerdings scheinen die USA und ihre Truppen, die so schnell das Saddam-Regime gestürzt haben, kaum oder gar nicht in der Lage zu sein einen dauerhaften Frieden aufzubauen und zu erhalten. Die Pläne über eine Nachkriegsordnung im Irak dürften um vieles konfuser und inkonsistenter gewesen sein, als in vielen anderen internationalen Interventionen der letzten Jahre (Bailes 2004, 1).

Das Ergebnis dieser Fehleinschätzungen auf Seiten der USA schafft im Irak eine Ausgangslage, die nicht gerade förderlich ist, um lang anhaltenden Frieden und Demokratisierung herbeizuführen.

Jeder Versuch ein vom Krieg zerstörtes Land wiederaufzubauen und es zu demokratisieren sollte vier grundlegende Komponenten enthalten:

- den politischen Wiederaufbau eines legitimen und kompetenten Staates,
- den wirtschaftlichen Aufbau, einschließlich des Aufbaus der landesweiten Infrastruktur und der Schaffung von Institutionen und Gesetzen, die eine Marktwirtschaft ermöglichen,
- den sozialen Wiederaufbau, einschließlich der Erneuerung beziehungsweise der Bildung einer Zivilgesellschaft und politischer Kultur und
- die Schaffung allgemeiner Sicherheit für die Bevölkerung (Diamond 2004, 2).

Diese vier Elemente interagieren miteinander. Ohne einen legitimen und effektiven Staat und wirtschaftlichem Aufbau, werden sich keine Investoren finden, die neue Jobs und Wohlstand in das Land bringen. Ohne sichtbare und spürbare Erfolge im wirtschaftlichen Bereich, verliert die Regierung schnell an Vertrauen und Legitimität. Auch die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und ihr Vertrauen in den Staat und in die Regierung ist für die Rechtsordnung des Staates notwendig, und ohne diese wird auch kein schnelles Wachstum der Wirtschaft möglich sein. In einer Nachkriegsgesellschaft ist die Schaffung von Sicherheit das Grundlegende, das Fundament, auf das die anderen Elemente aufbauen (Diamond 2004, Foreign Affairs).

2.1.3.10.1 Das grundlegende Element Sicherheit

Seitdem G.W. Bush das Ende der Hauptkampfhandlungen am 1. Mai 2003 verkündete, sehen sich die Soldaten der „Koalition der Willigen“ und der Irak diesem Chaos der Gewalt ausgesetzt – von Frieden kann keine Rede sein und ein Gewaltmonopol, fest beim Staat verankert, ist noch in weiter Ferne.

Im ersten Jahr nach dem Einmarsch ereigneten sich fast täglich Anschläge und Attentate, nicht nur gegen die Besatzungsmacht, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung, wie zum Beispiel auf irakische Polizisten, Bürgermeister und Verwaltungsbeamte (Ullrich, Rudloff 2004, 157). Bei einem Selbstmordattentat auf die Büros der Demokratischen Partei Kurdistans und der Patriotischen Union Kurdistans in Erbil am 1. Februar 2004 wurden um die 117 Menschen getötet. Durch diesen Anschlag wurde eine ethnische Gruppe samt ihrer Führung getroffen. Ob dies geschah, weil die Kurden Verbündete der Amerikaner im Krieg gegen Saddam waren und als treue Partner der US-Truppen gesehen werden, oder weil sie schon alles haben, was ein unabhängiges Land braucht – Armee, Parlament, Währung und Sprache - oder ganz einfach nur um Chaos zu schaffen, bleibt offen (Thumann, Die Zeit, 20.11.2003). Und auch die fast zeitgleichen Anschläge am 2. März 2004 in Bagdad und in Kerbala, die über 150 Menschen das Leben kosteten und bei denen über 200 verletzt wurden (NZZ, 2.3.2004), richtete sich gegen schiitische Gläubige, die sich anlässlich des Aschurafestes zu Tausenden versammelt hatten. Und dies sind nur wenige Beispiele von unzählbaren, fast täglichen Anschlägen und Attentaten (siehe Anhang „Chronologie der Ereignisse im Irak 2003-2004“). Seit Anfang April 2004 organisiert sich der Widerstand im Irak, der in einen landesweiten Aufstand radikaler Schiiten, dem sich aber auch Anhänger der sunnitischen Glaubensgemeinschaft anschlossen, auszuarten drohte (Ullrich, Rudloff 2004, 157). Als Anführer dieses organisierten Widerstandes kann der junge radikale Schiitenführer Muktda al-Sadr gesehen werden. Die „Medhi-Armee“ al-Sadrs verfügt um die 1000 Soldaten, allerdings gelang es Muktda, über 10.000 desillusionierte und arbeitslose junge Männer zu mobilisieren (Ladurner, Die Zeit, 15.5.2003).

Hierin liegen gleich zwei Vergehen der USA: erstens, den Nährboden für Radikalismus und Anti-Amerikanismus zu schaffen. Zweitens hätten sich die USA von Anfang an eine Strategie gegen eine politische Bedrohung eines Muktda al-Sadrs ausdenken müssen. Weder wurde er in einen politischen Prozess eingebunden, wie von manchen Schiitenführern gefordert, noch begegnete man ihn durch rechtliche und sehr spät erst durch militärische Mittel (Diamond 2004, Foreign Affairs). Mit der Großoffensive im April 2004 gegen die Stadt Falludscha

geling es den ausländischen Soldaten nicht, die Truppen al-Sadrs zu eliminieren, viel schlimmer noch, der Aufstand weitete sich auf Kirkuk, Kerbala, Kut Nasirija und Basra aus (Ullrich, Rudloff 2004, 157). Nach mehr als dreiwöchiger Belagerung zogen sich die US-Truppen dann Ende April zurück. Auch die Unterdrückung anderer bewaffneter Milizen, wie die der kurdischen Pesh Merga (die mindestens 50.000 Kämpfer umfasst) oder den zweitbestens ausgerüsteten Armeen der zwei wichtigsten religiösen Parteien, der SCIRI (Supreme Council for Islamic Revolution in Iraq) und der Dawa, gelang nicht (Diamond 2004, Foreign Affairs). Erst Anfang 2004 begann die zivile Übergangsverwaltung ein Abkommen zu deren Entwaffnung und deren Integration in eine neue irakische Polizei und Armee, auszuhandeln, das dann im Juni desselben Jahres auch umgesetzt wurde. Es ist allerdings noch nicht absehbar, wie beständig dieses Abkommen ist, auf der einen Seite stehen die Kurden jeder neuen Art von Zentralgewalt skeptisch gegenüber, auf der anderen Seite ist noch unklar, ob die anderen beiden Milizen dem Abkommen wirklich nachkommen werden oder nur vorübergehend die Waffen niederlegen (Diamond 2004, Foreign Affairs).

Durch die Entführungen ausländischer Zivilisten – und zum Teil daraus folgenden Ermordungen, mit denen der Truppenabzug der jeweiligen Länder herbei gezwungen werden soll, oder ganz einfach das Signal gesetzt werden soll, dass alle Ausländer im Irak nicht erwünscht sind, entsteht eine neue Dimension der Gewalt im Irak. Im April 2004 lag die Zahl der Entführten bei bereits 40 aus 12 verschiedenen Ländern (Ullrich, Rudloff 2004, 158). Und schließlich die schrecklichen Bilder von den Misshandlungen irakischer Gefangener von USA-Truppen in Abu Ghraib, das bereits unter Saddam Hussein eine berüchtigte Folter- und Hinrichtungsstätte war, schüren weiteren Hass auf die Besatzungsmacht.

Ein großer Fehler der USA war es, eine vollkommen falschen Erwartungshaltung bezüglich der Zeit nach Saddam gehabt zu haben. Die Amerikaner wurden nie als Befreier Saddams gefeiert, obwohl die meisten sicherlich glücklich sind, dass es ihn nicht mehr gibt.

Nichtsdestotrotz führte der Sturz Saddams nicht zu einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verbesserung. Hohe Arbeitslosigkeit, Instabilität, islamischer Terrorismus und zerstörte Infrastruktur kennzeichnen das Land und auch die politischen Freiheiten hat die Besatzung nicht gebracht. Zudem hat der Krieg religiöse Konflikte hervorgebracht. Die Gewalt hat Formen angenommen, die kaum noch zu durchschauen sind. Gruppen, die um jeden Preis Instabilität hervorrufen wollen, nach dem Motto „je schrecklicher die Lage, desto besser für uns“, interethnische und interreligiöse Konflikte, Stammesfehden und nicht zuletzt der tiefsitzende Hass gegen die Besatzung (Interview Gudrun Harrer 2004).

Auch verstehen die USA nicht, dass das stärkste Band unter den Irakern nicht die Religion ist, sondern das Nationalgefühl (Ladurner, Die Zeit, 15.5.2003) und ihr erster Wunsch und oberstes Ziel ist, ein freies Land zu haben ohne eine Besatzung.

So gesehen sind die USA die Ursache des Problems und nicht die Lösung.

2.1.3.10.2 Eine kurze Zusammenfassung der Wirtschaftslage ein Jahr nach dem Sturz Saddam Husseins⁶⁶

Die wirtschaftliche Lage im Irak hat sich seit dem Sturz des Saddam-Regimes im April 2003 nicht sehr viel verbessert, von einer Normalisierung ist sie weit entfernt. Es gibt zwar zahlreiche Wiederaufbauversuche sowohl in der Wirtschaftsentwicklung als auch in wirtschaftspolitischen Belangen, durch die prekäre Sicherheitslage konnten allerdings nur einige wenige Projekte auch wirklich durchgesetzt werden. Eine zweite Entwicklung war die von der US-Zivilverwaltung (CPA) geplante Umwandlung der staatlich dominierten irakischen Wirtschaft in eine Marktwirtschaft. Dies sollte hauptsächlich durch Privatisierung geschehen. Alle Ressourcen des Landes außer Öl und Land sollen für Investitionen aus dem Ausland geöffnet werden. Darüber hinaus gibt es für nicht-Iraker Beschränkungen im Bankensektor. Dies würde aber sozusagen einem „Ausverkauf“ – wie Kritiker es nennen – gleichkommen, da die Schätze Iraks zu „einem Schleuderpreis auf dem Weltmarkt verhökert würden“ (Ladurner, Die Zeit, 9.10.2003).

Für eine umfassende Privatisierung der irakischen Staatsbetriebe gibt es allerdings noch keine konkreten Umsetzungspläne, wiederum weil ausländische Investoren aufgrund der Sicherheitslage eher zurückhaltend sind.

Mit den UN- Resolutionen 1483 vom 22.05.2003 und 1546 vom 08.06.2004 wurde die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds für den Irak durch die Koalitionsmächte gebilligt, in den sämtlich irakische Öleinnahmen fließen, und sind dadurch zumindest bis Ende 2005 vor Pfändungen geschützt. In der Resolution 1483 wurden auch die umfassenden UN-Sanktionen gegen den Irak aufgehoben.

Die Schulden des Irak werden auf 120 Milliarden Dollar geschätzt (Kolbe, NZZ, 21.11.2004). Nach Beratungen am Rande der Konferenz der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) in Berlin Ende November 2004, kann der Irak allerdings mit einem bis zu 80 Prozentiger Schuldenerlass bis zum Jahr 2008 rechnen (Kolbe, NZZ, 21.11.2004).

⁶⁶ Wenn nicht anders angegeben beziehen sich die Informationen in diesem Kapitel vom Auswärtigen Amt in Deutschland; www.auswaertiges-amt.de

Der Bedarf des Irak an Wiederaufbauinvestitionen wurde von der Weltbank und den Vereinten Nationen im Vorfeld der Internationalen Geberkonferenz von Madrid im Oktober 2004, auf ca. 55 Milliarden Dollar bis 2007 geschätzt. Mit dem im Herbst 2003 verabschiedeten Wiederaufbauprogramm vom US-Kongress wurden 18,4 Milliarden Dollar für den Irak bereitgestellt, zusätzlich dazu wurde auf der Geberkonferenz in Madrid von IWF, Weltbank und Geberländern Zusagen in der Höhe von 14-18 Milliarden Dollar gemacht. Die bis jetzt in Angriff genommenen Projekte scheiterten allerdings wieder einmal an dem Fundament jedweden Wiederaufbaus – an der Sicherheit. Im Juli 2004 wurde die Summe der tatsächlich abgeflossenen Mittel aus dem US-Wiederaufbauprogramm mit lediglich 300 Millionen Dollar beziffert und anstatt der ursprünglich geplanten 250.000 Arbeitsplätze konnte nur ein Zehntel davon – 25.000 – geschaffen werden.

2.1.3.11. Konklusion

Während dem ersten Jahr der Okkupation des ist es den Besatzungsmächten nicht gelungen innere Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Diese nach oben scheinbar offene Gewaltspirale zwischen den Koalitionstruppen und Rebellen, wie auch unter den Rebellen hat den Druck auf die Koalition stark erhöht Souveränität abzugeben und sich auch zurückzuziehen, letztendlich das Land zu verlassen. Das allgemeine Bewusstsein dessen war für ein stabilisierendes Umfeld nicht zuträglich. Nach wie vor konnte kein allgemeingültiges Regelwerk über die Austragung von Streitigkeiten mit allen sich am politischen Prozess beteiligenden Gruppen und Individuen vereinbart werden. Das liegt zum Teil daran, dass wenige aber einflussreiche Islamisten kein Interesse an der Beteiligung sehen, andererseits auch daran, dass die USA zu lange gezögert hat Irakis ernsthaft in den politischen Prozess glaubwürdig und substanziell einzubinden. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit der USA als befreiende Macht und führt mit der Zeit in der breiten Bevölkerung zu Widerstand und bestenfalls zu Gleichgültigkeit und Desinteresse am politischen Prozess.

Die Umsetzung des ersten und unmittelbarsten Ziel des Transformationsprozesses, Herstellung von Stabilität und Sicherheit hat daher nach wie vor oberste Bedeutung – darf jedoch nicht als isoliert betrachtet werden, da Stabilität mit wirtschaftlichem Aufschwung und zugelassenen politischen Partizipationsmöglichkeiten interagiert.

Die Hypothese, dass die von der USA geführte Koalition die Hindernisse und Anforderungen sowie das komplexe Umfeld im Irak unterschätzt haben, findet sich in unseren Ergebnissen bestätigt. Das erste Jahr ohne Saddam war durch das Motto „too little, too late“ gekennzeichnet, mangelnde politische Weitsicht und umfassende Strategie machte es der

Koalition in einem sich immens schnell verändernden Umfeld schwer zu agieren um die ursprüngliche Zielsetzung, den Aufbau einer freien Nation auf demokratischen Strukturen zu verwirklichen.

Bibliographie

Ajami, Fouad (2003): Iraq and the Arabs' Future: In: Foreign Affairs, vol. 82, no. 1, January-February 2003: S. 2 - 18

Avineri, Shlomo (2003): Der Nahe Osten nach Saddam: In: Internationale Politik (Europa Archiv), 58. Jahr, Nr. 10, Oktober 2003: S. 1 - 6

Barton, Frederick D. (2003): Winning the Peace in Iraq: In: The Washington Quarterly, vol.26, no.2, Spring 2003: S. 7 - 22

Berdal, Mats (2003): The UN Security Council: Ineffective but Indispensable. In: Survival, vol. 45, no. 2, Summer 2003: S. 7 - 30

Byman, Daniel (2003): Constructing a Democratic Iraq: Challenges and Opportunities. In: International Security, vol. 28, no. 1, Summer 2003: S. 47 - 78

Byman, Daniel L (2003): Democracy in Iraq?: In: The Washington Quarterly, vol. 26, no. 3, Summer 2003: S. 119 - 136

Byman, Daniel L. (2003): Building the New Iraq: The Role of Intervening Forces. In: Survival, vol. 45, no. 2, Summer 2003: S. 57 - 71

Caplan, Richard (2004): Partner or Patron? International Civil Administration and Local Capacity-building. In: International Peacekeeping, Vol.11, Oxford, Summer 2004

Creveld van, Martin; "Die Zukunft der Guerilla;in Die Zeit, 27.3.2003

Day, Graham (2003): Policekeeping is the key: Rebuilding the internal security architecture of postwar Iraq. In: International Affairs, vol. 79, no. 2, March 2003: S. 299 - 314

Diamond Larry; „What went Wrong in Iraq, Foreign Affairs, September/Okttober 2004

Dodge, Toby (2003): Iraq at the Crossroads: State and Society in the Shadow of Regime Change. In: Adelphi Paper, Nr. 354: S. 9 - 178

Etzioni, Amitai (2004): A self-restrained approach to nation-building by foreign powers. In: International Affairs, 1/2004, S.1-17

Fierke, K.M (2000): Logics of Force and Dialogue: The Iraq/UNSCOM Crisis as Social Interaction. In: European Journal of International Relations, vol. 5, no. 3, Sept. 2000: S. 335 - 371

Hippler, Jochen: Nation- Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung? Stiftung und Frieden, Bonn 2004

Kaiser, Karl (2003): Zeitenwende: Dominanz und Interdependenz nach dem Irak-Krieg. In: Internationale Politik (Europa Archiv), 58. Jahr, Nr. 5, Mai 2003: S. 1 - 8

Krell, Gert (2003): Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht: Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen. In: HSFK-Report : Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 1/2003: S. 1 - 54

Ladurner, Ulrich; „Aufruhr im Paradies“; Die Zeit, 4.3.2004

Ladurner, Ulrich; „Das Ende der Illusionen“; Die Zeit, 15.5.2003

Ladurner, Ulrich; „Der Vorgeschmack von Freiheit“; Die Zeit, 30.4. 2003

Ladurner, Ulrich; „Die Amerikaner sind Barbaren“; die Zeit, 9.10.2003

Münkler, Herfried (2003): Der neue Golfkrieg: Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.

Nakash, Yitzhak (2003): The Shi'ites and the Future of Iraq: In: Foreign Affairs, vol. 82, no. 4, July/August 2003: S. 17 - 26

Ottaway, Marina (2002): Nation Building. In: Foreign Policy. Sept./Oct. 2002

Ottaway, Marina (2002): Rebuilding State. Institutions in Collapsed States. In: Development and Change, Oxford 2002

Paech, Norman (2003): Die Rolle der UNO und des Sicherheitsrates im Irakkonflikt: In: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 24-25: S. 34 - 44

Perthes, Volker (2002): Postwar Scenarios in Iraq and Regional Re-ordering: In: The International Spectator, vol. XXXVII, no. 4, October - December 2002: S. 21 - 26

Rubin, Barry (2003): Lessons from Iran: In: The Washington Quarterly, vol. 26, no. 3, Summer 2003: S. 105 - 118

Rudloff Felix; Ullrich, Volker (HG.), „Pulverfass Irak“; Frankfurt am Main 2004

Scheckener, Ulrich (Hg.): States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem. SWP- Studie (Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), Berlin November 2004

Tomuschat, Christian (2003): Der selbstverliebte Hegemon: Die USA und der Traum von einer unipolaren Welt. In: Internationale Politik (Europa Archiv), 58. Jahr, Nr. 5, Mai 2003: S. 39 - 47

Thumann, Michael; „Die zweite Front“; Die Zeit, 5.2.2004

Woodward, Bob (2002): Bush at War: With an Update on the War with Iraq. New York - London - Toronto u.a.: Simon & Schuster.

Zumach, Andreas (2004): Ein Jahr Irakkrieg : Bilanz des Scheiterns. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/2004: S. 289 - 296

Internet:

a.) Internationale Forschungsinstitute für die aktuellsten Entwicklungen:

www.crisisweb.org (International Crisis Group)

www.ecoi.net (European Country of Origin Information Network)

www.esiweb.org (European Stability Initiative, Berlin- Brussels- Sarajevo)

www.europa.eu.int (Internetportal der EU)

www.freedomhouse.org

www.oecd.org (Organisation for Economic Co- Operation and Development)

b.) Zeitschriften & Zeitungen

www.derstandard.at

www.diepresse.at

www.derspiegel.de

www.nzz.ch

c.) Sonstige

www.auswaertiges-amt.de

Appendix:

Chronologie der Geschehnisse im Irak Mai 2003 – Juni 2004⁶⁷

MAI 2003

1. Mai

In einer Rede auf dem Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ vor der Küste Kaliforniens verkündet G.W. Bush das Ende der großen militärischen Kampfhandlungen im Irak und spricht davon, dass sich die USA und ihre Alliierten durchgesetzt haben.

5. Mai

In der nordirakischen Provinzhauptstadt Mosul wählten Vertreter der verschiedenen Stämme und Religionsgruppen zum ersten Mal einen unabhängigen Stadtrat. Zum Bürgermeister der drittgrößten irakischen Stadt wurde der pensionierte General Ghanam el Bassu bestimmt.

9. Mai

Die USA und Großbritannien legten der UNO am 9. Mai einen Entwurf für eine Irakresolution vor, in der ihnen weitgehend die Kontrolle über die Öleinnahmen des Iraks übertragen wurde. Die Sanktionen gegen den Irak würden damit weitgehend aufgehoben. Der UNO und anderen internationalen Organisationen wird in dem Entwurf de facto nur eine beratende Rolle ohne größere Kompetenzen zugestanden.

10. Mai

Einer der bekanntesten schiitischen Geistlichen Ayatollah Abdel Asis el Hakim kehrt nach 23 Jahren im iranischen Exil in den Irak zurück.

12. Mai

⁶⁷ www.cfr.org, www.infoplease.com/spot/timelinearchive, www.nzz.ch, www.diezeit.de, www.economist.com, www.spiegel.de, www.iht.com

Die USA begannen mit einer umfassenden Umbildung ihrer Zivilverwaltung im Irak. Neuer oberster Zivilverwalter wird Paul Bremer, der Jay Garner ablöst. Als Grund für die Umbildung wurde die Situation im Irak genannt: eskalierende Gewalt und der Zusammenbruch der Ordnung würde den Wiederaufbau behindern, aber es wurde auch von der Unfähigkeit Garners gesprochen.

15. Mai

US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Negroponte, kündigte einen überarbeiteten Resolutionstext an. Der ursprüngliche Entwurf vom 9. Mai hatte sich als nicht mehrheitsfähig erwiesen.

22. Mai

Der Sicherheitsrat nahm mit 14 Stimmen bei Abwesenheit Syriens (das aber nachträglich auch zustimmte) den von den USA, GB und Spanien vorgelegten Resolutionsentwurf zu Irak an. Damit werden die Sanktionen bis auf das Waffenembargo aufgehoben.

30. Mai

Sowohl die amerikanische Regierung als auch Tony Blair bestreiten, dass Geheimdienstinformationen bezüglich der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak übertrieben oder gefälscht worden seien, um den Angriff zu rechtfertigen.

JUNI 2003

5. Juni

Der Leiter der UNO-Waffeninspektoren, Hans Blix, hat in seinem Abschlussbericht an den Sicherheitsrat am 5. Juni dargelegt, dass sein Team keine Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen während seines Einsatzes im Irak gefunden habe.

15. Juni

Beginn der Operation Desert Scorpion, ein militärisches Vorgehen gegen den organisierten Widerstand Iraks gegen amerikanische Truppen.

19. Juni

In Belgien sind Klagen gegen US-Präsident Bush und den britischen Premier Blair wegen deren Verantwortung für den Irakkrieg eingereicht worden.

24. Juni

Am 24. Juni begannen in New York interne Expertengespräche von mehr als 30 Geberländern über den Wiederaufbau des Irak. Demnach sollen im Jahr 2004 schätzungsweise 13 Milliarden Dollar aus dem Export irakischen Erdöls zum Wiederaufbau zur Verfügung stehen.

JULI 2003

7. Juli

Bush Regierung gibt zu, dass die Beweise für ein nukleares Waffenprogramm im Irak und der Ankauf von Uranium im afrikanischen Niger, nicht haltbar sind und nicht in der Rede zur Lage der Nation vom Jänner 2003 erwähnt hätten werden dürfen.

Der Außenausschuss des britischen Unterhauses hat die Regierung von Tony Blair vom Vorwurf der Manipulation von Geheimdienstinformationen zu irakischen Massenvernichtungswaffen zwar entlastet, gleichzeitig aber auch Kritik bezüglich der Veröffentlichung von nicht bestätigten Informationen geübt (Hussein könne binnen 45 Minuten Massenvernichtungswaffen aktivieren).

8. Juli

Der aus dem Libanon stammende US-General John Abizaid löst Tommy Franks als Oberbefehlshaber im Irak ab.

13. Juli

Nach zweimonatigen Verhandlungen trat der neue Verwaltungsrat, bestehend aus 25 Irakern, die von Briten und Amerikanern eingesetzt worden waren, im Irak zusammen.

16. Juli

Nach den Zerwürfnissen wegen des Irakkrieges hat der deutsche Außenminister Joschka Fischer Europa und die USA zur Bildung einer Allianz für den Frieden aufgerufen.

Aufgrund der täglichen Anschläge auf US-Soldaten hat die US-Armee erstmals von einem Guerilla-Krieg gesprochen.

18. Juli

Selbstmord des britischen Waffeninspektors Davis Kelly.

Russland macht eine Entsendung von Friedenstruppen von einem Mandat der Vereinten Nationen abhängig.

22. Juli

Die beiden Söhne Saddam Husseins, Uday und Kusai, kamen bei einer Schiesserei mit US-Soldaten ums Leben.

31. Juli

Paul Bremer verkündet am 31. Juli, dass es 2004 eine irakische Regierung geben wird und dass nach der Bildung einer demokratischen Regierung die US-geführten Besatzungstruppen den Irak verlassen würden.

August 2003

5. August

Die arabische Liga erkennt den von den USA eingesetzten irakischen Verwaltungsrat nicht als legitime Vertretung des Landes an. Der Sitz Iraks bei der Arabischen Liga bleibt damit vorerst vakant. Viele arabische Staaten sehen den Verwaltungsrat zwar als Schritt in die richtige Richtung, betrachten ihn aber nicht als legitime Regierung, da er nicht vom Volk gewählt wurde.

14. August

Verabschiedung der Resolution 1500 (2003).

19. August

Bei dem Bombenanschlag auf das UN-Hauptquartier kamen der UN-Sonderbeauftragte Sergio Vieira de Mello und mindestens 15 weitere Menschen ums Leben.

28. August

Anhörung Tony Blairs vor der Kelly-Kommission.

29. August

Einer der wichtigsten schiitischen Führer im Irak, Ayatollah Muhammad Bakr al-Hakim, stirbt zusammen mit 80 weiteren Menschen bei einem Bombenanschlag.

September 2003

1. September

Der Regierungsrat ernennt 25 Minister einer Übergangsregierung. Oberste zivile Instanz bleibt jedoch Paul Bremer. Das Kabinett wurde nach dem religiösen und ethnischen Proporz der Bevölkerung zusammengestellt: 13 Schiiten, 5 Sunniten, 5 Kurden – darunter die einzige Frau, 1 Christ und ein Turkmene. Ministerpräsident, Informationsminister und Verteidigungsminister wurden nicht ernannt.

4. September

Deutschland und Frankreich lehnen die von den USA vorgelegte UN-Resolution zum Irak in der jetzigen Form ab.

7. September

Bush will für Einsätze im Irak und in Afghanistan Haushaltsmittel in der Höhe von 87 Milliarden Dollar für 2004 anfordern.

8. September

Nach langem Zögern hat die Arabische Liga den irakischen Regierungsrat doch noch als Vertreter Iraks für eine begrenzte Zeit zugelassen.

20. September

Dreiergipfel in Berlin zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Irakpolitik konnten jedoch nicht ausgeräumt werden.

Oktober 2003

2. Oktober

Trotz dreimonatiger Suche sind noch keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden. In seinem ersten Zwischenbericht sagt der Chef des US-Inspektorenteams, David Kay, dass die Tatsache, dass bis jetzt nichts gefunden worden ist, nicht gleichzeitig bedeutet, dass es keine Waffen gibt.

7. Oktober

Die türkische Regierung beschließt die Entsendung von 10.000 Soldaten in den Irak

Umstrukturierung der Irakpolitik im Weißen Haus. Die Rolle des Pentagons wird geschwächt, Condoleezza Rice übernimmt mehr Verantwortung.

9. Oktober

Der US-Kongress hat die von Präsident Bush beantragten zusätzlichen Gelder für den Wiederaufbau Iraks und Afghanistans bewilligt (87 Milliarden Dollar).

13. Oktober

USA legt neue Irak-Resolution vor, die sowohl von Frankreich als auch von Deutschland als Fortschritt und Schritt in die richtige Richtung gegenüber dem vorigen Entwurf gesehen werden.

15. Oktober

Seit heute gilt im Irak der neue irakische Dinar.

USA erhöhen den Druck auf Syrien. Das US-Abgeordnetenhaus stimmte für die Verhängung von Sanktionen gegen das arabische Land.

16.Oktober

Trotz anhaltender Kritik an dem US-Entwurf der Irak-Resolution wird der Text vom Sicherheitsrat einstimmig angenommen. In der neuen Resolution wird die Internationale Gemeinschaft ausdrücklich zur Verstärkung ihrer Hilfe beim Wiederaufbau im Irak aufgefordert.

23-24.Oktober

Am 23.Oktober beginnt in Madrid die „Geberkonferenz“ für den Irak. Beteiligt sind rund 60 Staaten und 18 regierungsunabhängige Organisationen sowie 332 Unternehmen.

NOVEMBER 2003

7.November

Die türkische Regierung nimmt ihr Vorhaben, Soldaten in den Irak zu entsenden, zurück.

15. November

Angesichts der eskalierenden Gewalt erwog die US-Regierung am 12.November in einer Tagung des nationalen Sicherheitsrates eine Kehrtwende in der Irakpolitik. Am 15. November teilte der irakische Regierungsrat mit, dass es Ende 2005 eine neue Verfassung und eine gewählte Regierung geben solle.

24.November

Der von den USA eingesetzte Regierende Rat hat am 24.November der UNO den Zeitplan für die Bildung einer Übergangsregierung vorgelegt. Dabei wurde der UN-Sicherheitsrat aufgefordert, in einer Resolution die gesteckten Ziele zu unterstützen.

DEZEMBER 2003

9.Dezember

Nach der Veröffentlichung eines Pentagon-Memorandums, in dem US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz die Länder der Anti-Kriegskoalition von milliardenschweren Wiederaufbau-Aufträgen in Irak ausschließt, kündigten Deutschland und Frankreich ihren Widerstand an.

13./14.Dezember

Acht Monate nach der Einnahme von Bagdad ist der gestürzte irakische Staatschef Saddam Hussein in den Händen der US-Besatzungsmacht. Der britische Premierminister Tony Blair bestätigte am 14. Dezember 2003 erste Meldungen.

Saddam Hussein wurde nach Informationen aus Bagdad und Washington offenbar am späten Abend des 13. Dezember im Keller eines Hauses seiner Heimatstadt Tikrit entdeckt.

Daraufhin unterrichtete der oberste US-Zivilverwalter Paul Bremer telefonisch mehrere Mitglieder des irakischen Verwaltungsrates. Der Vorsitzende des irakischen Verwaltungsrates, Abdel Asis el Hakim sagte von Madrid aus, DNA-Tests hätten ergeben, dass es sich bei dem Verhafteten um Saddam Hussein handle. Der irakische Verwaltungsrat teilte in einer Erklärung mit, Saddam Hussein stehe unter schwerer Bewachung.

JÄNNER 2004

9.Jänner

Die USA billigen Saddam Hussein den Status eines Kriegsgefangenen zu.

11.Jänner

Der Großayatollah Ali al-Sistani verlangt eine direkte Wahl der Mitglieder der Übergangsregierung.

15.Jänner

10.000 Schiiten halten eine friedliche Demonstration für die direkten Wahlen.

19.Jänner

UN-Generalsekretär Kofi Annan und US-Zivilverwalter Paul Bremer haben am 19.Jänner Gespräche über die künftige Rolle der UNO im Irak aufgenommen. An dem Treffen beteiligte sich auch der amtierende Vorsitzende des irakischen Regierungsrates, Adnan Patschatschi. Es sollte darum gehen, ob und in welchem Umfang die UNO ihre Arbeit im Irak wieder aufnimmt. Die UNO hatte ihren Einsatz im Irak abgebrochen, nachdem bei zwei Anschlägen auf den Sitz der Organisation in der irakischen Hauptstadt Bagdad im August und September 2003 23 Menschen getötet worden waren.

FEBRUAR 2004

1.Februar

Um die 109 Iraker sterben bei einem Selbstmordattentat in Erbil.

2.Februar

US-Präsident Bush will Berichte der Geheimdienste über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen überprüfen lassen. Dafür soll eine unabhängige neunköpfige Kommission ins Leben gerufen werden.

12.Februar

Am 12.Februar trafen sich im Irak Experten der Vereinten Nationen unter der Leitung von Brahimi mit dem einflussreichsten schiitischen Geistlichen El Sistani. Dabei ging es um die Machtübergabe und über die Möglichkeit freier Wahlen.

14.Februar

Die US-Behörden sagen dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz einen Besuch beim inhaftierten irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu.

19. Februar

Kofi Annan hält Wahlen im Irak bis Ende Juni für unmöglich. Das Datum für die Machtübergabe am 30. Juni müsse respektiert werden. Eine Lösung für dieses Vorhaben hätte Vorrang, danach soll dann die Möglichkeit für Wahlen geschaffen werden.

MÄRZ 2004

1. März

Im Streit über eine provisorische Verfassung für den Irak ist ein Kompromiss erzielt worden.

2. März

Bei einem der blutigsten Anschläge kommen bei einem fast zeitgleichen Anschlag in Bagdad und in dem Wallfahrtsort Kerbela um die 150 Menschen ums Leben, weitere 200 wurden teils schwer verletzt. Der Anschlag richtete sich gegen schiitische Gläubige, die sich anlässlich des Aschura-Festes zu 10.000 versammelt hatten.

8. März

Die Übergangsverfassung wurde, nachdem sie vom irakischen Regierungsrat einstimmig gebilligt worden ist, unterzeichnet.

15. März

Der designierte spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero kündigt einen Truppenrückzug der spanischen Soldaten aus dem Irak an. Zapateros Sozialistische Partei (PSOE) hatte am 14. März überraschend die Parlamentswahl gewonnen.

16. März

Dem Beispiel Spaniens folgend, kündigt auch Honduras einen Rückzug seiner Truppen an.

21. März

Der Eu-Kommissionspräsident Romano Prodi bezeichnet den US-geführten Krieg im Irak als kontraproduktiv für den Kampf gegen den Terrorismus.

22. März

El Sistani will die UN-Mission im Irak boykottieren, falls diese die Anfang März verabschiedete Übergangsverfassung anerkennen.

31. März

Vier amerikanische Geschäftsmänner werden ermordet und deren verstümmelten Leichen durch die Strassen Fallujas gezogen.

APRIL 2004

4. April

Amerikanische Truppen beginnen Angriffe auf Falluja als Antwort auf die Ermordung der vier Amerikaner Ende März.

9. April

Ein amerikanischer Geschäftsmann, Thomas Hamill, wird als Geisel genommen. Insgesamt werden mehr als 20 Ausländer im Irak entführt.

11. April

Waffenstillstandübereinkommen in Falluja. Gefechte gehen jedoch weiter zwischen amerikanischen Soldaten und Anhängern des radikalen Schiitenführers Muktada al Sadr gehen jedoch weiter.

14. April

Die Eskalation im Irak und die Verschleppung von Zivilpersonen veranlassen eine Reihe von Ländern ihre Leute aus dem Land zu holen.

27. April

Brahimi berichtet im Sicherheitsrat, dass Ende Juni eine Übergangsregierung eingerichtet wird, die bis zu den Wahlen 2005 das Land regieren soll, allerdings wird die Übergangsregierung nur begrenzte Macht haben und kann keine neuen Gesetze erlassen.

30. April

Die schrecklichen physischen und sexuellen Folterungen von Irakern im Gefängnis von Abu Ghraib gelangen in die Öffentlichkeit.

MAI 2004

5. Mai

Angesichts der heftigen Empörung über die Misshandlungen irakischer Gefangener durch amerikanische Soldaten versuchen die USA die arabische Welt zu besänftigen. Bush tritt in zwei Interviews im arabischen Fernsehen auf und verurteilt die Folterungen.

7. Mai

Spanien verkündet, dass es auf keinen Fall wieder Truppen in den Irak entsenden wird.

26. Mai

Im Jahresbericht 2004 von Amnesty International wird besonders den amerikanischen und britischen Truppen vorgeworfen im Kampf gegen den Terrorismus systematisch Menschenrechte verletzt zu haben.

27. Mai

Nach sieben Wochen erbitterten Kämpfen gelangen die US-Truppen und Muktada Sadr zu einem Waffenstillstand.

28.Mai

Der irakische Regierungsrat hat Ijad Allawi für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert.

Die USA reagieren mit Zurückhaltung.

29.Mai

Weitere Folterberichte kommen ans Tageslicht.

JUNI 2004

1. Juni

Der UN- Sonderbeauftragte für den Irak, Lakhdar Brahimi, hat die Nominierung des sunnitischen Politikers Ghasi el Jawar als künftiger irakischer Präsident, der vom irakischen Regierungsrat empfohlen worden war, bestätigt. Der frühere irakische Außenminister Adnan Patschatschi hatte seine Nominierung als künftigen irakischen Präsidenten abgelehnt, nachdem er als den USA zu nahe kritisiert worden war. Außerdem wurde die Nominierung des Schiiten Ibrahim Dschaafari und des Kurden Roodsch Nuri Schawis als Vizepräsidenten durch Brahimi bekanntgegeben.

Kurz nach der Nominierung ereigneten sich in der Innenstadt von Bagdad mehrere schwere Explosionen.

Am 1. Juni wurde der irakische Regierungsrat von der US-Verwaltung aufgelöst. Die neue Übergangsregierung des designierten Ministerpräsidenten Ijad Allawi solle ab sofort die Aufgaben des Rates bis zur Machtübergabe am 30. Juni übernehmen, sagte ein Vertreter der US- geführten Koalition in Bagdad.

Gefechte zwischen den schiitischen Milizen der „Medhi-Armee“ Muktada Sadrs gegen US-Truppen in der heiligen Schiitenstadt Kufa im Süden Iraks.

2. Juni

Der irakische Politiker Ahmed Tschalabi hat laut Zeitungsbericht dem iranischen Geheimdienstministerium verraten, dass die USA den internen Nachrichtencode der iranischen Agenten kenne und somit den gesamten Nachrichtenverkehr mitverfolgen könne. Als Reaktion auf Kritik am starken Einfluss der Amerikaner im Irak, bezeichnet UN-Sonderbeauftragter Brahimi den US-Zivilverwaltungschef Paul Bremer als Diktator im Irak, da er sowohl das Geld als auch das letzte Wort hat.

Schwere Explosionen auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Kirkuk im Nordirak am Abend des 2. Juni.

3. Juni

Rücktritt des CIA- Chefs Tenet. Nach monatelanger Kritik an der CIA, reichte der Chef des US-Auslandsgeheimdienstes, George Tenet, seinen Rücktritt ein. Er gab für seinen Rücktritt persönliche Gründe an. Das weiße Haus betonte, dass Tenet von der Regierung nicht dazu gedrängt worden war.

Anschlag neben der italienischen Botschaft, trotz Waffenstillstands gehen Gefechte zwischen US-Truppen und Anhängern des Schiitenführers Sadr in Kufa weiter.

Die irakische Übergangsregierung erklärt sich prinzipiell einverstanden mit dem von den USA und Großbritannien vorgelegten Entwurf für eine neue Irakresolution.

4. Juni

Papst Johannes Paul II kritisiert in einer Privataudienz den Irakkrieg und verurteilte die Folterungen irakischer Gefangener.

Bei G.W. Bushs Besuch in Rom protestieren Zehntausende gegen den Irakkrieg.

5. Juni

Der frühere US-Chefwaffeninspekteur David Kay kritisiert in einem BBC-Interview die Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak als Selbstbetrug der verantwortlichen Politiker.

El Sadr traf zu einem zehnminütigen Gespräch mit dem Großayatollah Ali el Hussein el Sistani zusammen, angeblich wurde über einen Abzug sowohl der Milizionäre als auch der US-Truppen von den heiligen Schreinen gesprochen.

Unmittelbar vor dem Treffen Bushs mit Chirac protestieren mehrere Tausend Franzosen gegen die amerikanische Besatzung Iraks.

6. Juni

Bei einem Besuchs des US-Verteidigungsminister Rumsfeld in Bangladesch, bekräftigt die Regierung ihre Haltung, nur für eine Friedensmission Truppen in den Irak zu senden.

Der irakische Justizminister Malik Dohan el Hassan teilt der Nachrichtenagentur AFP in Bagdad mit, dass nach der Machtübergabe, für gewisse Fälle die Todesstrafe wieder eingeführt werden soll. Davon könnte der entmachtete Präsident Saddam Hussein betroffen sein.

7. Juni

Die irakische Übergangsregierung ist im Ringen um eine Stabilisierung des Iraks zu der Übereinkunft gekommen, dass die Milizen von neun Parteien bis Ende kommenden Jahres

aufgelöst werden sollen. Die El-Madhi-Armee des Schiitenführers El Sadr trat dem Abkommen allerdings nicht bei.

8.Juni

Neue Resolution für den Irak wird verabschiedet, Diese Resolution ändert jedoch nichts am Besatzungsregime und unterstellt die UNO der USA.

17.Juni

Kofi Annan hat eine Rückkehr der UNO in den Irak unter den derzeitigen Bedingungen ausgeschlossen.

28.Juni

Am 28.Juni wird zwei Tage früher als geplant die Regierungsmacht von den Besatzungsbehörden der einheimischen Regierung unter Ministerpräsident Iyad Allawi übertragen.